

(Beginn: 15.39 Uhr – Ende: 20.26 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 10. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie alle Mitglieder des Rates.

Nach meinen Informationen haben sich für die heutige Sitzung Frau Nessler-Komp von der CDU, Herr Wolf von der FDP und Herr Wiener von der Fraktion pro Köln entschuldigt.

Da auch heute wieder Wahlen anstehen, bestimme ich als Stimmzähler Frau Mucuk-Edis, Herrn Köhler und Frau Thelen sowie als deren Vertreter Herrn Neubert, Herrn Koke und Frau Tull.

Wir kommen nun zur Festlegung der Tagesordnung unserer heutigen Sitzung. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf, soweit möglich, gesondert gekennzeichnet. Ich will Sie im Folgenden noch einmal aufrufen:

Die FDP-Fraktion hat am 19. Mai fristgerecht einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Datenausspähung durch Google Street-View“ eingereicht, den wir als TOP 1.1 behandeln sollten.

Es gibt folgende Zusetzungen. Ich bitte Sie um erhöhte Aufmerksamkeiten, weil einige Zusetzungen mit sofortigen Absetzungen verbunden sind. Ich werde Ihnen zunächst die Zusetzungen und dann die Absetzungen nennen. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Tagesordnungspunkte vor: 4.2, 6.1.3, 6.4.1, 10.20, 10.21, 10.22, 10.23, 10.24, 10.25 - ich weise an dieser Stelle darauf hin, dass letztgenannter Punkt gleich wieder gestrichen wird -, 17.3, 17.4 sowie im nichtöffentlichen Teil 23.15 - auch dieser wird gleich wieder abgesetzt -, 23.16, 24.3, 24.4 und 24.5.

Jetzt kommen wir zu den Absetzungen. Abgesetzt wurden folgende Tagesordnungspunkte: 5.1.1, 10.25, 12.4, 16.1 sowie im nichtöffentlichen Teil 23.1, 23.11, 23.12 - diese Vorlage wurde irrtümlich zunächst unter diesem Punkt geführt, wird nun unter TOP 10.14 im öffentlichen Teil behandelt -, 23.13, 23.14, 23.15, 23.16 und 24.4. Insgesamt ist

unsere Tagesordnung also ein wenig verschlankt worden.

Bevor wir zur Abstimmung über die Tagesordnung kommen, sprechen noch Herr Börschel und Herr Detjen, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Sie haben die Vorlage 24.5 zugesetzt, deren Vorberatungsmöglichkeit außerordentlich gering war. Die Frage an die Verwaltung lautet: Verschlägt es etwas, wenn Sie diese zu einem späteren Zeitpunkt als Dringlichkeitsentscheidung bringen?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Punkt 24.5 soll also als Dringlichkeitsentscheidung eingebracht werden.

(Winrich Granitzka [CDU]: Dem würden wir uns gerne anschließen!)

Martin Börschel (SPD): Ja. wir bitten um dessen Absetzung.

(Oberbürgermeister Jürgen Roters berät sich mit Beigeordnetem Prof. Georg Quander)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Auf Bitte der SPD-Fraktion soll Tagesordnungspunkt 24.5 abgesetzt werden. Da auch von der CDU Zustimmung signalisiert wird, gehe ich davon aus, dass wir diesen Punkt absetzen können. - Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Ich gehe davon aus, dass es über die Tagesordnungspunkte 10.21 und 10.22 eine Diskussion geben wird. Deshalb rege ich an, diese beiden Punkte zusammen zu behandeln.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es Bedenken gegen die vorgeschlagene Zusammenlegung? Das haben wir ja schon häufiger getan, nämlich zwei Punkte zusammen zu diskutieren, dann aber getrennt über sie abzustimmen. - Herr Granitzka, bitte.

(Zurufe von der CDU: Nein! - Martin Börschel [SPD]: Die CDU hat nämlich zwei Redner benannt!)

Winrich Granitzka (CDU): Meine Fraktion bittet, das nicht zu tun.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe, es gibt den breiten Wunsch, diese Tagesordnungspunkte getrennt zu behandeln. Wir verbleiben also bei dem von der Verwaltung vorgesehenen Vorschlag.

Ich habe gerade eben, während wir bei der Festlegung der Tagesordnung sind, zwei Dringlichkeitsanträge der Fraktion pro Köln bekommen. Ich muss schon sagen: Das war zeitlich sehr knapp. Ich lese Ihnen jetzt den ersten der beiden Anträge vor:

Die Fraktion pro Köln bittet Sie folgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung des Rates der Stadt Köln zu setzen:

Die Verwaltung wird beauftragt, im amtlichen Gebrauch befindliche WLAN-Verbindungen so zu verschlüsseln, dass eine Aufzeichnung oder Ausspähung von verwaltungsinternem Datenverkehr ausgeschlossen ist. Die Begründung erfolgt mündlich.

(Martin Börschel [SPD]: Wahrscheinlich machen die das!)

Ich bitte nun Herrn Uckermann, die Dringlichkeit des Antrags, nicht aber den Antrag selbst zu begründen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Diskussion und Berichterstattung der letzten Tage hat die Bevölkerung sehr verunsichert. Sie hat sich gefragt: Was passiert eigentlich mit meinen Daten, wenn eine öffentliche Verwaltung mit WLAN-Netzen arbeitet? Wie sicher sind die Daten, wenn sich Dritte über eine einfache Methode ins Netz einloggen? - Es ist so, dass es eine einfache Verschlüsselungsmethode gibt, mit der man weiterhin einen einfachen Zugang hätte, die Daten aber geschützt wären. Wir möchten, dass hier festgehalten wird, dass, wenn über WLAN-Verbindungen innerhalb der städtischen Ämter kommuniziert wird, die Daten für Dritte nicht anzapfbar sind. Die Begründung für die Dringlichkeit ist, dass wir es für erforderlich

halten, dass das schnellstmöglich sichergestellt wird.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir stimmen über die Dringlichkeit ab. Wer ist gegen die Dringlichkeit dieses Antrags? - Dagegen stimmen SPD, Grüne, CDU, FDP, Herr Zimmermann, Herr Hoffmann und die Linke. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich verlese nun den zweiten Antrag:

Der Rat der Stadt Köln stellt fest, dass eine Mehrwertsteuererhöhung ein denkbar ungeeignetes Mittel ist, um die Haushaltsdefizite der Städte und Gemeinden zu mindern. Der Rat fordert alle relevanten Entscheidungsträger auf, von einer weiteren Belastung der Nettoeinkommen durch die Erhöhung von Verbrauchsteuern abzusehen. Die Begründung erfolgt mündlich.

Herr Uckermann, bitte.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber nur zur Dringlichkeit!)

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Moritz, Sie tun ein besonderes Interesse kund; das freut uns. - Dringlich ist es, weil wir in der letzten Woche, also nach Ablauf der Antragsfrist, vernehmen konnten, dass unser Oberbürgermeister angeblich - so war es jedenfalls in der Presse zu lesen - für die Anhebung der Mehrwertsteuer um 1 Prozentpunkt ist, die dann voll den Kommunalfinzen zugutekommen muss. Wir als Vertreter der Bürger der Stadt Köln sind der Meinung, dass das unterbleiben soll, weil die Stadt einen Großteil ihrer Gewerbesteuereinnahmen durch Handel erzielt und die Konsumenten noch in der Lage sein müssen, Einkäufe zu tätigen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist eine inhaltliche Begründung!)

- Ja, gut, Frau Moritz. Inhalte interessieren Sie ja nicht; das weiß ich ja mittlerweile. - Es ist deshalb dringlich, weil diese Aussage zur Verunsicherung der Bürger geführt hat. Wir wollen hier Klarheit haben, dass keine Mehrwertsteuererhöhung beabsichtigt ist. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen die Dringlichkeit dieses Antrags? - SPD, Grüne, CDU, FDP, Herr Hoffmann, Herr Zimmermann und die Linke. Damit ist die Dringlichkeit abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Feststellung der Tagesordnung. Wer spricht sich gegen die soeben festgestellte Tagesordnung mit den Zu- und Absetzungen aus? - Gegenstimmen von der Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist sie so angenommen.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt Aktuelle Stunde aufrufe, möchte ich Ihnen Herrn Dr. Hänel vorstellen. Er ist Referent in meinem Stab und wird mich in Zukunft bei der Leitung der Sitzung unterstützen.

Jetzt rufe ich Tagesordnungspunkt 1.1 auf:

1.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Datenausspähung durch Google Street-View“ AN/0982/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Sie heute einladen, mit mir eine Bilderreise zu unternehmen

(Jörg Uckermann [pro Köln]:
Bitte nicht!)

- dass Sie nichts von Bildern verstehen, Herr Uckermann, kann ich nachvollziehen -, und zwar eine Bilderreise durch Nordamerika und Europa. Beginnen möchte ich diese Reise mit einem Bild von einem Strand in Italien.

(Der Redner zeigt der Reihe nach vier Ausdrücke aus dem Internet - erster Ausdruck)

Hier sehen Sie ein Pärchen, das sich kurz vor dem Höhepunkt befindet. Dieses Bild finden Sie alle, sofern Sie ans WLAN angeschlossen sind, unter Google Street-View.

(Zweiter Ausdruck)

Auf diesem Bild können Sie ein brennendes Haus in den Vereinigten Staaten erkennen. Auch dieses Bild können Sie online sehen, wenn Sie Google Street-View aufrufen.

(Dritter Ausdruck)

Auf dem nächsten Bild - ich gebe alle diese Bilder zu Protokoll; dann können Sie sich das in Ruhe zu Hause anschauen - sehen Sie, wie nach einem gerade geschehenen Verkehrsunfall in den Vereinigten Staaten eine schwerverletzte Person von einem Krankenwagen abtransportiert wird.

(Vierter Ausdruck)

Hier sehen Sie ein Bild aus unserem Nachbarland, den Niederlanden, auf dem zu sehen ist, dass ein durch einen Verkehrsunfall verletzter Radfahrer am Boden liegt. Auch das ist auf Google Street-View zu sehen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen, meine sehr geehrten Kollegen, wir haben uns bereits im Dezember vergangenen Jahres mit dem Thema Google Street-View hier in diesem Haus beschäftigt. Das ist ein schwieriges Thema, weil wir uns dabei in einem Spannungsverhältnis zwischen öffentlichem und kommerziellem Interesse einerseits und dem Interesse des Bürgers und des Bürgerwohls andererseits befinden. Das macht die ganze Sache extrem spannend.

Die WLAN-Anschlüsse wurden, wie wir alle der Presse entnehmen konnten, inzwischen von Google geknackt, ja, sie wurden sogar systematisch aufgezeichnet und katalogisiert. Das hat Google am vergangenen Wochenende auf Nachfragen eingeräumt, was zuvor immer abgestritten wurde. Google hat gestern öffentlich eingeräumt, nicht nur Häuser abfotografiert, sondern auch mit Laserkanonen gescannt zu haben. Wie gestern in der Lokalpresse und auch in der überregionalen Presse zu lesen war, hat unsere rheinische Nachbarstadt Bonn per Ratsbeschluss und Bescheid des dortigen Oberbürgermeisters beschlossen, ab sofort für Google-Street-View-Wagen nur noch eine Genehmigung zu erteilen, wenn eine entsprechende Gebühr entrichtet wird. Heute war der Presse zu entnehmen, dass die Staatsanwaltschaft der Freien Hansestadt Hamburg ein Ermittlungsverfahren gegen wichtige Mitarbeiter von Google wegen des Ausspähens von Daten eingeleitet hat.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, es handelt sich hier nicht um ein Orchideenthema von bundesweiter oder übergeordneter Relevanz; nein, es handelt sich nach unserem Verständnis um ein Thema, das die Verwaltung und uns als Rat der Stadt Köln interessieren muss. Wir haben bereits im Dezember vergangenen Jahres einen umfangreichen Maßnahmenkatalog beschlossen, mit dem die Verwaltung beauftragt wird, erstens das Gespräch mit Google zu suchen - die Maßnahmen sollen an Google adressiert werden - und zweitens den Katalog von konkreten Maßnahmen gegenüber Google umzusetzen. Zum Beispiel wurde von den Kollegen der Grünen vorgeschlagen, auf der Website der Stadt Köln einen Widerspruchsvordruck im Pdf-Format einzustellen. Ich konnte bis dato nichts dergleichen feststellen. Auf der Internetseite der Stadt Köln ist auf leichtem Suchwege nichts zu finden.

Ich denke, es stünde uns als Rat und auch der Verwaltung der Stadt Köln - das ist an Sie gerichtet, Herr Oberbürgermeister -, gut zu Gesicht, zu dokumentieren, dass wir uns nicht zu Gehilfen derjenigen machen lassen, die systematisch die Daten der Bürger, also unsere Daten, ausspähen.

(Beifall bei der FDP)

Ich fordere deswegen die Verwaltung auf, erstens den Beschluss vom 17. Dezember 2009 *endlich* umzusetzen und zur nächsten Sitzung des AVR einen entsprechenden Sachstandsbericht vorzulegen - wenn die Hausaufgaben gemacht wurden, kann das ja nicht so umfangreich werden. Zweitens bitte ich die Verwaltung, zu recherchieren und zu prüfen, welche weitergehenden Maßnahmen ergriffen werden können, damit die Daten der Bürger dieser Stadt vor Spähern geschützt werden. - Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte, Herr Neubert.

Michael Neubert (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Was Google sich in den letzten Monaten geleistet hat, ist wirklich ein starkes Stück. Es hätte zum Beispiel nicht geschehen dürfen, dass private Mails und Daten über gescannte WLANs

abgefangen wurden. Ich sehe mich in dem, was wir als Rat in der Sitzung am 17. Dezember 2009 beschlossen haben, mehr als bestätigt. Inzwischen gibt es zahlreiche Rechtsgutachten, die belegen, dass eine vollständige Untersagung der Aufnahmen wohl nicht möglich ist. Das sollte uns allerdings nicht hindern, darauf hinzuwirken, dass die geltenden Regelungen und Gesetze und dabei insbesondere die Rechte jeder einzelnen Bürgerin und jedes einzelnen Bürgers gewahrt werden.

Wenn wir das als Kommune nicht stellvertretend für die hier lebenden Menschen machen können, müssen wir dafür Sorge tragen, dass die Kölnerinnen und Kölner erstens ihre Rechte kennen, zweitens in die Lage versetzt werden, von ihrem Recht unproblematisch und unkompliziert Gebrauch zu machen, und drittens ihnen als Stadtverwaltung in jeder nur erdenklichen Art bei der Ausübung ihrer Rechte behilflich sein. Daher plädiere ich dafür, die Verwaltung erneut damit zu beauftragen, im Sinne der obengenannten Ziele kurzfristig tätig zu werden und uns in der nächsten Sitzung des AVR darüber zu berichten.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Herr Dr. Elster, bitte.

Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Für die CDU-Fraktion möchte ich zunächst einmal feststellen, dass wir uns natürlich dieses Themas sehr wohl annehmen und prüfen, inwieweit Google Verstöße begeht. Das ist aber kein Stadt Köln spezifisches Thema, sondern ein Thema, das bei Bund und Land sehr gut aufgehoben ist. Uns leuchtet nicht ein, was die heutige Aktuelle Stunde zu diesem Thema tatsächlich bewirken soll. Was wollen Sie eigentlich mit dieser Aktuellen Stunde erreichen,

(Volker Görzel [FDP]: Druck!)

außer noch mehr Desinformation zu erzeugen? Sie, Herr Görzel, haben wiederum technisch unsauber recherchiert; denn Sie haben erneut einen Straftatbestand, der jetzt von der Staatsanwaltschaft Hamburg überprüft wird - sie hat ja ein Verfahren gegen Google-Mitarbeiter eingeleitet -, in unlauterer Weise vermengt mit Google Street-View. Diese beiden Dinge haben nichts miteinander zu tun.

(Volker Görzel [FDP]: Natürlich!)

Das wird einfach der Technologie Internet und den Möglichkeiten, die sich daraus ergeben, überhaupt nicht gerecht. Es steht uns als einer der Hauptstädte für die Internet- und Medientechnologie überhaupt nicht an, das Thema auf dem Niveau zu besprechen, wie Sie das hier jedes Mal wieder machen.

(Beifall bei pro Köln)

Wir sind der Auffassung, dass wir in diesem Zusammenhang auf unsere Institutionen vertrauen sollten. Ich weiß nicht, warum ausgerechnet Sie als Liberale immer wieder versuchen, unsere Bundesregierung infrage zu stellen. Unsere Bundesregierung hat das Thema sowohl über den Datenschutzbeauftragten als auch die Verbraucherschutzministerin im Griff. Wenn Sie die Presse wirklich aufmerksam verfolgt hätten, hätten Sie festgestellt, dass Google unserer Verbraucherschutzministerin in den letzten Wochen in vielen Punkten entgegengekommen ist. Gerade was Google Street-View angeht, sind wir, glaube ich, hier in der Bundesrepublik Deutschland besser aufgestellt als die allermeisten Länder in Europa und der ganzen Welt.

Ich sehe daher keine Notwendigkeit, das Thema Google Street-View hier erneut zu diskutieren. Sie können natürlich den Straftatbestand des WLAN-Scannings thematisieren. Aber dafür ist es nicht notwendig, eine Aktuelle Stunde anzuberaumen. Meine Damen und Herren, wir sind doch hier nicht vor Gericht. Wir sind hier im Rat der Stadt Köln. Die Staatsanwaltschaft Hamburg kümmert sich bereits um dieses Thema. Warum müssen wir das jetzt hier im Rat der Stadt Köln behandeln? Wir lehnen in jedem Fall Ihre Vorschläge ab.

(Zuruf von Volker Görzel [FDP])

- Herr Görzel, hören Sie doch zu. Ehrlich gesagt, ich habe überhaupt nicht verstanden, was Sie jetzt von der Stadtverwaltung fordern. - Wir gehen davon aus, dass wir in einer der nächsten AVR-Sitzungen genau das Konzept vorgelegt bekommen, was hier im Dezember beschlossen worden ist. Darüber hinaus besteht nach unserer Auffassung im Augenblick überhaupt kein Handlungsbedarf. Straftatbestände dürfen nicht begangen werden. Aber darum kümmert sich nicht die Stadtverwaltung Köln, sondern die Polizei.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Wolter, bitte.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP dokumentiert Erörterungsbedarf zum Thema Google Street-View mit ihrem Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde. Auch wir sehen einen Erörterungsbedarf zum Thema Google Street-View, und zwar aus zwei Gründen: zum einen, weil wir den Datenschutz durch die Maßnahmen von Google Street-View im Hinblick auf die Sichtbarmachung der Privatsphäre aufgrund der Erfassung privater WLAN-Router nicht gewährleistet sehen; zum anderen, weil wir uns fragen, was die Verwaltung im Hinblick auf die Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 17. Dezember zu diesem Thema bisher unternommen hat. Bislang fehlt uns dazu jegliches Feedback. Wir fragen: Was ist aus der Aufforderung zur Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger der Stadt bei Widersprüchen gegen die Veröffentlichung im Netz geworden? Wie sieht es mit dem Widerspruch gegen die Veröffentlichung öffentlicher Gebäude aus? Wie ist der Stand bei den stadt-eigenen Gesellschaften? All das war Gegenstand des Ratsbeschlusses. Dazu fehlt bislang jegliches Feedback.

Mir persönlich hätte es genügt, wenn wir das im AVR besprochen hätten. Da das aber bislang unterblieben ist, möchten auch wir bitten - das ist ja eben hier so beantragt worden -, das Thema im AVR weiter zu erörtern. Die SPD sieht das übrigens ähnlich.

Interessant finde ich, dass die Stadt Bonn den Mumm hat, diesen gewerblichen Schnüfflern die Stirn zu bieten. Hier sind zwar noch rechtliche Fragen offen - ich möchte den Rechtsdezernenten bitten, das bis zur AVR-Sitzung zu klären -, aber die Stadt Bonn hat sich gegen Google Street-View positioniert.

(Ulrich Breite [FDP]: Auch die CDU!)

Sie unterstützt über ihre Medien wie auch ihre Website die Bürgerinnen und Bürger bei Widersprüchen und nennt im Übrigen auch die entsprechenden Links zum Bundesverbraucherschutzministerium, das Sie, Herr Dr. Elster, eben angesprochen haben.

Auf der Website der Stadt Köln findet sich leider bislang nichts dergleichen. Das finde ich sehr schade. Man findet zwar Hinweise zur

Schweinegrippe oder zu „Kölle putzmunter“; aber nichts zu dem, was der Rat zu diesem Thema bereits beschlossen hat. Vielleicht habe ich ja noch nicht tief genug gegraben; aber auf den ersten Blick findet sich jedenfalls nichts. Ein Erfahrungsaustausch mit Bonn wäre hier sicherlich hilfreich.

Herr Oberbürgermeister, viele Bürgerinnen und Bürger haben das ungute Gefühl, dass Informationen und Daten von nicht autorisierten Dritten genutzt beziehungsweise auch missbraucht werden. Wir wollen mehr Datenschutz. Wir sind entsetzt darüber, für welche Zwecke Fahrten von Google Street-View ohne Wissen Dritter genutzt werden. Vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung eines elektronischen Datenaustauschs - viele nutzen soziale Netzwerke und Datenbanken zur schnellen Abfrage - müssen wir die Bürger, soweit möglich, im Sinne eines bestmöglichen Datenschutzes unterstützen. Deshalb bitten wir um Verweis in den AVR, um das Thema dort noch einmal zu diskutieren. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses
90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Wolter. - Frau Stahlhofen, bitte.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die FDP hat die heutige Aktuelle Stunde beantragt, damit sie nicht durch unseren gemeinsamen Antrag zum Thema Livestream Gefahr läuft, als die Piraten im Kölner Rat dazustehen. Natürlich ist es auch eine Art Bissreflex gegenüber dem Oberbürgermeister und der Verwaltung. In Richtung AVR ist jetzt schon genug gesagt worden. Darum möchte ich eher auf die Problematik als solche eingehen.

Für die Problematik der Kamerafahrten - so sehen es die Juristen des Städte- und Gemeindebundes - ergeben sich keine Handlungsspielräume aus dem bestehenden Kommunalrecht. Auch wenn Bonn jetzt medienwirksam eine Straßennutzungsgebühr einführt, wird dies in einer späteren gerichtlichen Auseinandersetzung aller Voraussicht nach keinen Bestand haben.

Google hat das WLAN-Scanning direkt nach Bekanntwerden wieder eingestellt. Der Google-Mitbegründer hat auf der derzeit laufenden Entwicklerkonferenz in San Francisco gesagt:

„Wir haben Mist gebaut“. Das ist noch eine sehr freundliche deutsche Übersetzung; im Englischen fiel der Begriff weitaus deftiger aus. Ein solches Bekenntnis hätte ich mir auch von der Telekom, der Deutschen Bahn, Lidl oder anderen Datensammlern gewünscht.

Die Argumentation von Google im Hinblick auf den Versuch einer Vorratsdatenspeicherung kommt uns allerdings recht bekannt vor: Es sei doch niemand zu Schaden gekommen. Warum also diese Aufregung? Wer sich nichts zuschulden kommen gelassen hätte, brauche auch nichts zu befürchten. - Aber so einfach können wir es uns nicht machen. Man muss bedenken, dass unsere Gesellschaft noch nicht endgültig entschieden hat, wie sie im digitalen Zeitalter mit dem Begriff Privatsphäre angemessen umgeht. Die technische Entwicklung ist unserer Einstellung dazu weit vorausgeeilt. Während früher alles in den eigenen vier Wänden blieb, schreiben heute Millionen Menschen in sogenannten sozialen Netzwerken, dass sie sich gerade Tee machen oder auch dass sie heute im Büro blaumachen. Hier bedarf es weiterhin dringend der Aufklärung über die damit verbundenen Gefahren, gerade auch in und für unsere Stadt.

Wer einer der größten Datensammler in Köln ist, beantwortet ein Blick auf die blaue Tonne. Die AWB sammelt mit dem Altpapier riesige Datenmengen. Rechnungen, Kontoauszüge etc. werden im wahrsten Sinne des Wortes in die Tonne gekloppt. Wir vertrauen darauf, dass die AWB die Daten nicht speichert. Dieses Vertrauen muss sich Google erst noch erarbeiten. So wie Menschen achtlos ihre Unterlagen dem Altpapier übergeben, so gehen sie auch mit digitalen Daten um. Eigentlich müsste man sagen: Jeder, der sein WLAN-Netz nicht verschlüsselt, hat es nicht besser verdient. Aber so einfach können wir es uns nicht machen. Der Politik obliegt auch hier die Aufgabe, die Menschen zu schützen, manchmal sogar vor sich selbst.

Abschließend möchte ich erwähnen, dass auch die Stadt Köln während der Ratssitzungen ein offenes WLAN anbietet, welches abgehört und auch missbraucht werden kann. Nach dem BGH-Urteil könnte daraus durchaus Handlungsbedarf entstehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich nehme an, dass Sie, da Sie mir außerhalb der Gepflogenheiten erst zum Schluss das Wort gegeben haben, erwarten, dass ich die Debatte jetzt zusammenfasse.

(Beifall bei pro Köln)

Ich möchte dieser Aufgabe gerne nachkommen, und zwar indem ich zunächst einmal erläutere, was eine Aktuelle Stunde ist. Eine Aktuelle Stunde dient dem vorläufigen Austausch zwischen dem Rat beziehungsweise den Fraktionen und der Verwaltung zu einem aktuellen Thema - das sagt der Name ja schon. Nun hat man zwar als Stadtrat eine Allzuständigkeit für die vom Gesetzgeber zugewiesenen Aufgaben, aber das Thema Datensicherheit gehört nicht dazu. So leid es mir tut und so interessant das Thema auch ist: Das können wir alle nach der Ratssitzung am Stammtisch diskutieren; wir haben hier andere Aufgaben. Statt hier vorzugaukeln, wir könnten das Problem lösen, sollten wir uns unseren eigentlichen Aufgaben zuwenden. Das erwarten die Bürger zu Recht von uns.

In der Tat, dieses Thema wird medial hochgespielt. Aber die Frage ist doch: Was kann eine Kommune tun? Die Kollegin Stahlhofen hat vollkommen recht, wenn sie anmahnt, dass wir hier offene WLAN-Verbindungen haben. Danke, Frau Stahlhofen. Darum hatten wir von der Bürgerbewegung pro Köln eben beantragt, diese einfachen WLAN-Verbindungen zu verschlüsseln. Jetzt werden Sie zu bedenken geben: Wenn man sie verschlüsselt, kommt man ja auch nur verschlüsselt herein. - Darauf sage ich: Das ist nicht so. Vielleicht haben Sie ja schon einmal von der Möglichkeit des einfachen Verschlüsseln gehört. Damit ließe sich weiterhin ein einfacher und sicherer Zugang zum Internet gewährleisten, ohne dass die Daten von Personen zufällig übertragen werden könnten.

So ist es hier auch bei der Firma Google. Die Firma Google selbst hat das angezeigt; sie selbst hat der Hamburgischen Datenschutzbehörde mitgeteilt, dass bei einer Aufgabe, die einem anderen Zweck diene, zufällig Daten auf ihre Rechner gelangt sind, die sie zwischenzeitlich gespeichert hatte und die sie jetzt wieder löschen muss. Dem müssen wir als Politiker, wenn wir denn seriös sind, zunächst einmal Glauben schenken.

Zum Zweiten ist es, anders als von Herrn Görzel eben dargestellt, eben nicht so, dass die

Staatsanwaltschaft - so steht es jedenfalls heute in einer in Hamburg erscheinenden Zeitung - gegen Personen ermittelt. Vielmehr macht sie sich mit dem Sachverhalt vertraut. Das ist auch richtig so; denn das ist Aufgabe der Staatsanwaltschaft, während der Stadtrat die Aufgabe hat, für seine Bürger zu sorgen. Ich glaube, Ihr Problem liegt nicht in der Bildung, sondern darin, dass Sie den Unterschied zwischen Stadtrat und Staatsanwaltschaft nicht kennen. Ansonsten würden Sie hier nicht eine ganze Stunde lang ein solches Affentheater veranstalten.

(Beifall bei pro Köln)

Sie haben ja viele Kontakte nach Bonn, Herr Oberbürgermeister. Es wäre vielleicht wichtig, daran zu erinnern, dass die Stadt Bonn im Zusammenhang mit dieser Verordnung Geld verlangt. Das heißt also, wenn sich jemand ähnlich betätigt, wie es die Firma Google getan hat, muss er demnächst Gebühren dafür bezahlen. Folglich scheint das also erwünscht zu sein; denn es sollen ja Gebühren dafür eingenommen werden. Ich kann hier nicht erkennen, dass die Stadt Bonn gegen die Aufnahmen als solche ist.

Wir müssen natürlich feststellen, dass die Street-View-Aufnahmen hier in Köln schon abgeschlossen sind. Das heißt, denjenigen, den es treffen soll, wird es gar nicht mehr treffen. Deshalb frage ich mich, wofür eine entsprechende Verordnung gut sein soll. Wenn das andere auch so machen, dann könnte man darüber nachdenken, sie zu beschließen. Aber ich bezweifle, dass die rechtlichen Bestand haben würden.

Wir von der Bürgerbewegung pro Köln sind selbstverständlich für Datenschutz. Aber man sollte zunächst vor der eigenen Haustür kehren. Hier hat die Stadt Köln ihre Hausaufgaben noch nicht gemacht. Vor dem Hintergrund dessen hatten wir die Aufgabe übernommen, einen entsprechenden Antrag zu formulieren. Ich will noch einmal deutlich sagen: Ein einfaches Verschlüsseln dieser Hotspots hätte diese Datenübertragung unmöglich gemacht. Dieses Problem können wir selbst regeln und sollten das jetzt in Angriff nehmen. Statt hier politisch herumzufabulieren, sollten wir erst einmal vor der eigenen Tür kehren. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Kahlen, bitte.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Verwaltung wird selbstverständlich, wie von Ihnen, Herr Görzel und Herr Neubert, gewünscht, im nächsten AVR einen Bericht geben. Ich denke aber, es gehört zum Austausch innerhalb der Aktuellen Stunde dazu, dass ich Ihnen schon heute ganz kurz einen Überblick gebe, was die Verwaltung bisher dazu unternommen hat.

Sie hatten uns am 17. Dezember einen Fünf-Punkte-Auftrag gegeben. Der erste Punkt bezog sich darauf, Kontakt zu Google Deutschland und ähnlichen Anbietern aufzunehmen, um festzustellen, ob und wann Aufnahmen im Stadtgebiet Köln stattfinden, und auch die Bürger zu informieren, sodass sie die Möglichkeit haben, sich den Aufnahmen zu entziehen oder vorab Widerspruch einzulegen.

Wir haben Kontakt mit der dafür zuständigen Agentur von Google aufgenommen. Nach deren Aussage sind sämtliche Aufnahmen für die Straßen in der Bundesrepublik Deutschland im letzten Jahr abgeschlossen worden. Es ist richtig, dass die Aufnahmen, im Unterschied zu anderen Staaten wie beispielsweise den Niederlanden und Großbritannien, noch nicht ins Netz eingestellt worden sind.

Die Internetinformation, die Sie heute bei Google abrufen können, dass auch noch im April oder Mai 2010 Aufnahmen in kreisfreien Städten, unter anderem in Köln und Bonn, und Kreisen Nordrhein-Westfalens geplant seien, trifft nach Auskunft von Google nicht zu; das ist nicht mehr aktuell. Im Internetauftritt teilt die Firma Google mit, dass sie nur noch Bedarf sieht, eventuelle kleine Lücken zu schließen oder schlechtes Bildmaterial aufzubereiten. Aber der Tenor ist: Alle Aufnahmen für die gesamte Bundesrepublik sind dem Grunde nach im letzten Jahr abgeschlossen worden.

Ich komme zur Frage der Widerspruchsmöglichkeit. Die Stadt hat auch aufgrund der jüngsten Diskussionen seit heute auf ihrer Homepage unter der Rubrik „Bürgerservice“ einen Link auf die entsprechende Seite des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz eingestellt. Dort findet man nicht nur ausführliche Informationen zu Google Street-View, sondern auch verschiedene

Musterwidersprüche, die heruntergeladen werden können. Außerdem sind noch entsprechende Informationen zu Google selbst und deren Planungen eingestellt. Das heißt, das, was Sie auch unter Punkt 4 gefordert haben, nämlich den direkten Zugriff auf Widerspruchsmöglichkeiten, ist seit heute umgesetzt.

Google selbst hat im Übrigen der Bundesverbraucherschutzministerin Frau Aigner zugesagt, diesen neuen Dienst in Deutschland erst zu starten, wenn alle von den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik eingereichten Widersprüche vollständig umgesetzt sind. Es bedarf also nicht erst einer Präsentation der veröffentlichten Bilder, sondern die Bürger können direkt Widerspruch einlegen.

Der zweite Punkt beinhaltete den Auftrag, zu prüfen, inwieweit straßenverkehrsrechtliche Vorschriften auf den Straßen im Stadtgebiet einzuhalten seien.

Es ist eben schon angesprochen worden, es ist in der Tat eine umstrittene Frage, ob Kamerafahrten eine straßenrechtliche Sondernutzung oder einen erlaubnisfreien Gemeingebrauch darstellen. Dazu gibt es unterschiedliche Gutachten. Auch die Stadt Bonn hat in ihrer Vorlage als Antwort auf eine Anfrage die These vertreten, dass nach überwiegender Einschätzung eine Sondernutzung nicht vorliege. Aber ich sage deutlich: Dazu gibt es durchaus auch andere Einschätzungen.

Ich glaube, vor dem Hintergrund, dass das Stadtgebiet bereits abfotografiert ist, ist diese Frage in Bezug auf Köln klar beantwortet. Sie können keine rückwirkende Sondernutzungssatzung in Kraft treten lassen. Das heißt, für die 2 556 Kilometer Straßen in Köln können Sie jetzt nicht rückwirkend eine Gebührenpflicht beschließen. Bonn und Ratingen haben jeweils pro angefangenem Kilometer Gebühren in Höhe von 20 Euro festgesetzt. In Ratingen sind allerdings bisher noch keine Gebühren eingegangen. Es ist mir im Augenblick auch noch nicht bekannt, wie Bonn dies umzusetzen gedenkt.

Sie hatten uns des Weiteren den Auftrag gegeben, eine qualifizierte Unkenntlichmachung sicherzustellen. Mittlerweile hat die Firma Google zugesagt, eine automatisierte Verfremdungstechnologie einzusetzen, mit deren Hilfe Gesichter und Autokennzeichen unkenntlich gemacht werden. Bei der Frage von Hausnummern gibt es die durchgängige

Rechtsprechung, dass Häuser und Hausnummern nicht der Persönlichkeitssphäre zugerechnet werden. Insofern kommt hier die Verfremdungstechnologie vermutlich nicht zum Einsatz.

Es stand noch die Frage nach dem Widerspruch der Stadt gegen die Abbildung städtischer Gebäude im Raum.

Hier muss man differenzieren: Das Widerspruchsrecht resultiert aus dem Schutz des Persönlichkeitsrechts, also dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Die Stadt wiederum ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Da ist dieses Persönlichkeitsrecht nicht anwendbar, sodass wir also nicht in der Lage sind, Widerspruch gegen die Abbildung städtischer Gebäude einzulegen.

Neu ist in der Tat der Skandal, dass Google während der Street-View-Fahrten nicht nur Fotos von Gebäuden und Straßenzügen angefertigt hat, sondern mit seinen Aufnahmegaräten auch über ungesicherte WLAN-Netze private Internetdaten mitgeschnitten hat. Es ist eben schon darauf hingewiesen worden, dass die Hamburger Staatsanwaltschaft wegen illegalen Abfangens von Daten ermittelt. Es gibt jetzt noch einen zusätzlichen Konflikt: Einerseits hat Google das mit sofortiger Wirkung eingestellt und angegeben, man wolle die illegal mitgeschnittenen Daten löschen, vorerst aber - laut *dpa* - nur in Irland. Andererseits hat der für Google Deutschland zuständige Hamburger Datenschutzbeauftragte klar erklärt, das unkontrollierte Löschen dieser WLAN-Nutzerdaten müsse verhindert werden, da sonst eine rechtliche Bewertung des Datenschutzverstoßes unmöglich würde. Google ist auch ein Ultimatum gestellt worden. Der Internetkonzern muss die bei den Street-View-Fahrten gesammelten WLAN-Daten bis kommenden Mittwoch offenlegen. Anderenfalls wird ein Bußgeld von 300 000 Euro fällig.

Sie bekommen den ausführlichen Bericht zu diesem Thema dann im AVR. Abschließend noch einmal: Das, was wir hier machen können, nämlich den Bürger darin zu bestärken, Widerspruch auch direkt gegenüber Google auszudrücken, ist jetzt auch internetgestützt über die Homepage der Stadt Köln möglich. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank für Ihre detaillierten Ausführungen. - Wie ich allen Redebeiträgen entnommen habe, soll

das in den zuständigen Fachausschuss überwiesen werden. Gibt es Bedenken gegen eine solche Beschlussfassung? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Damit ist das verwiesen an den AVR. Und die Aktuelle Stunde ist beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1 auf:

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.1:

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Änderung der Geschäftsordnung der Ausländerrechtlichen Beratungskommission“ AN/0720/2010

Dazu liegt eine ausführliche Begründung vor. Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Frau Wolter, bitte.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Natürlich geht es in dem vorliegenden gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, FDP und den Grünen nicht um die bestmögliche Arbeitsfähigkeit der Ausländerrechtlichen Beratungskommission. Die Satzungsänderung, wonach in Zukunft nicht mehr alle im AVR stimmberechtigten Fraktionen in dem Gremium vertreten sein sollen, verfolgt vor allem das Ziel, das kein Vertreter der Fraktion pro Köln in die Ausländerrechtliche Beratungskommission gelangen kann.

Dieser Antrag ist nur ein Glied in einer Kette von solchen Satzungsänderungen in den verschiedensten Gremien, seitdem pro Köln bei der Kommunalwahl 2009 gestärkt in den Rat mit fünf Stadträten einzog und dadurch im Gegensatz zur letzten Legislaturperiode nun in den meisten Fachausschüssen mit Stimmrecht vertreten ist. Das verursachte für die Damen und Herren der Kölner Klügelparteien natürlich ein Dilemma, will man doch in Sachen pro Köln weitgehend den Wählerwillen ignorieren und die unabhängigen und kritischen Pro-Köln-Vertreter aus möglichst vielen städtischen und stadtnahen Kontrollgremien heraushalten. Dazu ist man bereit, ständig neue Geschäftsordnungstricks zu erfinden, Satzungen willkürlich zu ändern oder, wie bei der Besetzung der Aufsichtsratsposten

stadtnaher Unternehmen, direkt das Recht zu brechen. Mehrere einschlägige Verfahren - -

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Wolter, Sie werfen hier vor, dass im Stadtrat Recht gebrochen wurde. Das weise ich zurück.

(Zuruf: Das stimmt ja auch!)

Judith Wolter (pro Köln): Das können Sie machen. Das wird das Verwaltungsgericht entscheiden, und zwar noch im Laufe dieser Legislaturperiode.

Im Falle diverser Stiftungs- und Kontrollgremien mussten die Kölner Klüngelpolitiker von CDU, SPD & Co. im Laufe der letzten Jahre gleich mehrfach nachbessern. Im Jahr 2004, also nach dem erstmaligen Einzug unserer Fraktion in den Rat, wurden viele Satzungen erst einmal dahingehend geändert, dass in den Ausschüssen nur noch stimmberechtigte Fraktionen vertreten sein durften. Hintergrund dieser undemokratischen Entscheidung war der Umstand, dass damals die Fraktion pro Köln mit vier Stadträten nicht stimmberechtigt in den Ausschüssen vertreten war. Schon damals handelte es sich dabei offenkundig um eine Lex Pro Köln und eine minderheitenfeindliche undemokratische Entscheidung.

Im Jahr 2009 zog pro Köln aber erneut in den Rat ein und erhielt aufgrund des Stimmenzuwachses nun sogar das Stimmrecht in den meisten Fachausschüssen des Rates. Da war guter Rat für die Damen und Herren der etablierten Parteien teuer. Aber schließlich machte man das, was man immer machte: Erneut wurden Tricks erfunden, Recht gebeugt und Satzungen geändert, um die missliebige Opposition außen vor lassen zu können. Nun werden genau jene Passagen geändert, die sich zuvor als so nützlich im Kampf gegen die ach so böse Fraktion pro Köln erwiesen haben. Nun sollen also nicht mehr die stimmberechtigten Fraktionen vertreten sein, sondern nur noch insgesamt vier von der Ratsmehrheit bestimmte Vertreter entsandt werden. Dreimal dürfen Sie raten, welche Fraktion da wohl nicht zum Zuge kommen wird.

Für die Zukunft noch ein kostenloser Tipp von mir als Rechtsanwältin: Schreiben Sie doch einfach in alle infrage kommenden Satzungen und Regelungen eine Art Generalklausel pro Köln, dass nur Vertreter des Rates entsandt

werden, die nicht Mitglied der Fraktion pro Köln sind.

(Beifall bei pro Köln)

Das spart Ihre und unsere Zeit, und es wäre wenigstens ehrlich. Wir von pro Köln machen bei einem solchen undemokratischen Verhalten jedoch nicht mit, unabhängig davon, gegen welche politische Gruppierung sich dies richtet. Wir stimmen dem Antrag daher nicht zu und nehmen wieder einmal erfreut zur Kenntnis, dass Sie offenbar große Angst vor unserer Mitarbeit haben. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer spricht sich gegen den Antrag der vier Fraktionen aus? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist der Antrag so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.2 auf:

3.1.2 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Einhaltung des Kölner Höhenkonzeptes - Schutz der romanischen Kirchen in Köln“

Dabei handelt es sich um einen ehemaligen Dringlichkeitsantrag. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Wenn sich der Mann hingesetzt hat, der in zehn Tagen seine erste Rente bekommen wird, fange ich an.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Was soll diese Äußerung?

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Klipper hat gerade mitgeteilt, dass er in zehn Tagen seine erste Rente bekommen wird. Darüber freuen wir uns alle. Aber es wäre nett, wenn er sich jetzt hinsetzen würde, damit ich beginnen kann.

(Zuruf von der CDU: Das geht dich doch überhaupt nichts an!)

Sicherlich nicht, aber das ist wie bei Street-View. Diese Information habe ich gerade mitgehört;

denn ich kann mein Gehör nicht einfach abschalten. Man kann zwar den Mund halten - das sollten Sie einmal tun -, nicht aber die Ohren verschließen.

(Unruhe bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Kommen Sie bitte zur Sache!

Jörg Uckermann (pro Köln): Ja, Herr Oberbürgermeister, aber bitte in einem Rahmen außerhalb des brasilianischen Karnevals.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU] steht mit dem Rücken zum Redner)

- Schauen Sie einmal, welche Handbewegung er macht. Er zeigt mir hinter seinem Rücken den Mittelfinger. Da kann ich nur staunen, Herr Oberbürgermeister; das ist ja unfassbar.

(Widerspruch bei der CDU - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ich glaube, Sie spinnen ein bisschen!)

Natürlich, das habe ich doch eben gesehen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Sie haben Sie wohl nicht mehr alle!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Kommen Sie jetzt bitte zur Sache!

Jörg Uckermann (pro Köln): Habe ich mich eben verhört, Herr Oberbürgermeister? Ich fasse das noch einmal zusammen - -

(Andreas Köhler [CDU]: Unerträglich)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Hören Sie mit Ihren Spielchen auf und kommen Sie jetzt zur Sache!

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Es gibt zwar schon ein Buch über die Demokratie in Amerika, aber man müsste auch einmal eines über die Demokratie im Kölner Stadtrat schreiben. Dessen Inhalt würde nicht ganz so gut ausfallen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Es muss hier doch möglich sein, in einer gewissen Würde einen Sachbeitrag zu leisten,

(Zuruf von der CDU: Dann fangen Sie doch an damit!)

ohne dass man schon gestört wird, ehe man angefangen hat. Das ist ja der Kern der Sache. Als Sitzungsleiter haben Sie hier für Ordnung zu sorgen. Wir halten die Ordnung ein.

(Martin Börschel [SPD]: Dann sollten Sie den Sitzungsleiter nicht angreifen!)

Ich möchte meine Rede halten. Sorgen Sie dafür, dass der Kollege sich hinsetzt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, ich bitte Sie noch einmal, dieses Vorspiel zu beenden. Sie sprechen jetzt seit anderthalb Minuten nicht zur Sache.

Jörg Uckermann (pro Köln): Mir stehen fünf Minuten Redezeit zu, und die beginnt genau jetzt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann werden Sie Ärger bekommen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Zur Sache sprechen! - Andreas Köhler [CDU]: Die Zeit läuft!)

Jörg Uckermann (pro Köln): - Ja, Frau Moritz, was ist denn noch? Lassen Sie mich doch jetzt anfangen. So lange können Sie doch einmal den Mund halten.

(Beifall bei pro Köln - Zurufe)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Fangen Sie jetzt bitte an!

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich möchte auch zu hören sein, Herr Oberbürgermeister, damit klar wird, wofür wir uns einsetzen. - Die Bürgerbewegung pro Köln setzt sich nämlich für die Themen der Bevölkerung ein, während Sie sich nur eigennützig für Themen einsetzen, beispielsweise wie Sie die Posten am besten verteilen können. Das heißt, wenn wir einen Posten bekommen könnten, wofür uns die Bürger gewählt haben - das haben wir ja eben gesehen -, dann verhalten Sie sich undemokratisch, indem Sie die Satzungen so

ändern, dass wir unseren Wählerauftrag nicht wahrnehmen können. Das ist die Sache.

Aber bei diesem Punkt geht es um unser Kölner Stadtbild und unsere romanischen Kirchen. Das interessiert die Bürger. Das bringen wir vor, auch wenn Sie das nicht möchten. Ich merke ja, dass Sie unseren Antrag blockieren wollen. Wir von der Bürgerbewegung pro Köln wünschen, dass die romanischen Kirchen auch in Zukunft in ihrer Gestalt geschützt werden, damit sie weiterhin ihrem Beitrag für die Kultur in Köln leisten können.

Der Rat hat vor zwei Jahren ein Höhenkonzept beschlossen, das beinhaltet, dass diese Kirchen eben nicht zugebaut werden dürfen. Das ist rechtsverbindlich hier im Rat, also auf kommunaler Ebene, in satzungähnlicher Form, also etwas abgeschwächt, beschlossen worden. Der Bürger jedenfalls konnte annehmen, dass es sich dabei um eine rechtsverbindliche Entscheidung handele.

Der frühere Oberbürgermeister Norbert Burger - wir schätzen es sehr, dass er sich immer noch so für Köln einsetzt - hat gesagt: Wir brauchen für die Innenstadt einen Schutz vor einer immer aufdringlicher werdenden Bebauung. Diese historischen Bauwerke müssen auch in Zukunft noch erkennbar sein und ihre architektonische Kraft entfalten können. - Da hat er natürlich recht. Das unterstützen wir von der Bürgerbewegung pro Köln auch. Deshalb ist es wichtig, dass dieses Höhenkonzept umgesetzt wird.

Das Höhenkonzept ist jetzt in Kraft getreten. Kaum sind die Wahlen vorbei, geht es um die Kirche St. Gereon und einen Bauinvestor, der gerne noch höher bauen möchte, damit er höhere Profite erzielt. Das ist zwar menschlich und auch wirtschaftlich verständlich, aber dann muss er sich eben einen anderen Platz suchen. Was wird aber nun gemacht? Es wird eine Ausnahme im Höhenkonzept zugelassen.

Wir von der Bürgerbewegung pro Köln sind der Meinung, dass, wenn die Stadt dafür Regeln aufgestellt hat, dann muss sie sich auch selbst daran halten. Es kann nicht sein, dass man die Bürger in dem Glauben lässt, ihr Kulturgut sei gesichert, tatsächlich aber wird immer wieder neu gegen die Regeln verstoßen. Darum bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen und in Zukunft sicherzustellen, dass unser historisches Erbe bewahrt bleibt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer gegen den Antrag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP, Herr Hoffmann, Herr Zimmermann und die Linke. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.3 auf:

**3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke.
betreffend „Hauptschulschließungen -
weitere Nutzung der Gebäude“
AN/0898/2010**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-
Fraktion
AN/0972/2010**

Die Begründung des Antrags trägt Frau Demirel vor, bitte schön.

Özlem Demirel (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nicht nur die Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern, sondern auch die Lehrkräfte an den Hauptschulen sind im Moment besorgt und fragen sich, wie es jetzt weitergehen soll. Aus diesem Grund haben wir diesen Antrag gestellt.

Schon in den vergangenen Monaten und Jahren konnten wir feststellen, dass die Hauptschule keinen Zulauf mehr findet. Die Eltern haben mit den Füßen abgestimmt; es gibt kaum noch Eltern in Köln und anderen Städten Nordrhein-Westfalens, die ihre Kinder auf diese Schulform schicken wollen. Deshalb müssen auch in Köln in den kommenden Monaten einige Hauptschulen geschlossen werden.

Wir haben uns die Frage gestellt: Was passiert in diesem Fall mit den Hauptschulgebäuden? Wir von der Linken sagen ganz klar. Wenn Hauptschulen geschlossen werden, darf das nicht dazu führen, dass diese Schulstandorte einer anderweitigen Nutzung zugeführt werden und damit anderen Schulformen nicht mehr zur Verfügung stehen. Wir fordern deshalb: Diese Schulgebäude dürfen nicht einer anderweitigen Nutzung zugeführt werden; denn dann sind sie für immer für eine Schulnutzung verloren. Um die Schulstrukturreform umsetzen zu können, mit der ja andere Schulformen geöffnet werden sollen, brauchen wir diese Schulgebäude. Wenn wir sie jetzt aufgeben, wird uns das später mehr kosten. Wir dürfen uns nicht mit Blick auf die derzeitige Haushaltssituation in Köln dazu verleiten lassen, diese Schulgebäude jetzt zu

verscherbeln. Ich glaube, das ist uns allen klar. Deshalb müsste es möglich sein, heute einmütig zu beschließen, dass diese Schulstandorte weiterhin für eine Schulnutzung erhalten bleiben.

Aufgrund der hohen Nachfrage nach Gesamtschulplätzen haben wir hier vor einigen Monaten beschlossen, eine weitere Gesamtschule einzurichten. Diese eine wird aber nicht ausreichen. Wir werden im Rahmen der Schulentwicklungsplanung noch einmal prüfen müssen, wie die Nachfrage noch besser befriedigt werden kann. Es würde sich daher anbieten, die ehemaligen Hauptschulgebäude als Dependance beziehungsweise als neu zu gründende Gesamtschulen zu nutzen. Das ist das Anliegen, das wir in Punkt 1 unseres Antrags formuliert haben.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Frage des Übergangs von der Schule ins Berufsleben. Es gibt Schulen, die Hauptschülerinnen und -schülern in Praxisstationen die Möglichkeit einräumen, bestimmte Ausbildungsmodulare zu absolvieren und abzuschließen, damit sie später größere Chancen haben, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Uns ist es wichtig, dass die Standorte mit Praxisstationen erhalten bleiben. Diese sollten aber nicht nur von der neu einziehenden Schule genutzt werden können, sondern auch für andere weiterhin öffentlich zugänglich bleiben.

Wichtig ist das Thema auch im Zusammenhang mit der in den vergangenen Wochen und Monaten geführten Debatte über die G-8-Jahrgänge und den doppelten Abiturjahrgang; denn im Moment haben wir es hier mit folgender Sachlage zu tun: Es wurden zwar zusätzliche Plätze an den Universitäten geschaffen, aber an der Ausbildungssituation an sich hat sich nichts geändert. Die Gefahr, dass mehr Abiturienten Ausbildungsberufe anstreben und Haupt- oder Realschülerinnen und -schüler dann gar keine Chance mehr haben, einen Ausbildungsplatz zu finden, ist sehr groß. Auch deshalb dürfen wir es nicht vernachlässigen, dafür zu sorgen, dass der Übergang von der Schule ins Berufsleben für alle Schülerinnen und Schüler gelingt. Gerade weil sich Schülerinnen und Schüler von Hauptschulen und deren Eltern sowie die Lehrkräfte im Moment in einer schwierigen Situation befinden, weil sie nicht wissen, wie es weitergehen wird, sollte es uns allen ein Anliegen sein, zu sagen: Wir sind uns in dieser Frage einig.

Ich will auch noch einmal klar den Grund dafür benennen, warum die Hauptschulen nicht mehr so viel Zulauf haben: Es ist vor allem die

Perspektivlosigkeit für die Schülerinnen und Schüler, die in dieser Schulform unterrichtet werden. Diesbezüglich wird es in den kommenden Wochen und Monaten - Gott sei Dank gab es ja gerade eine Landtagswahl - eine neue Debatte geben. Ich gehe davon aus, dass von der neu gewählten Landesregierung auch in dieser Hinsicht neue Impulse ausgehen werden, die sich dann auch in der Schulstrukturdebatte hier in Köln wiederfinden.

Wenn wir die Chance vertun, die sich uns jetzt durch die Schließung von Hauptschulen eröffnet, wenn wir also diese Hauptschulgebäude nicht für die Schulnutzung zurückbehalten, dann werden wir als Stadt Köln in den kommenden Jahren in große Finanznot geraten; denn dann müssen Schulgebäude neu gebaut werden, um ausreichend Plätze zur Verfügung zu stellen, die gewährleisten, dass die Schülerinnen und Schülern von anderen Möglichkeiten des Lernens Gebrauch machen können. Insofern bitte ich alle Fraktionen, unseren Antrag einstimmig zu beschließen.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Demirel. - Herr Philippi, bitte.

Franz Philippi (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Anliegen der Linken, die Gebäuderessourcen der zu schließenden Hauptschulen für die schulische Nutzung zu erhalten, ist nachvollziehbar und grundsätzlich vernünftig. Wie bekannt, werden in Köln zu Schuljahresbeginn zwei Hauptschulen ganz geschlossen, weitere Schulen werden keine Eingangsklassen mehr bilden können.

Das ist im Übrigen die Konsequenz einer verfehlten Schulpolitik der jetzt abgewählten Landesregierung und die logische Schlussfolgerung aus den Ergebnissen der im letzten Jahr durchgeführten Elternbefragung, aus der hervorging, dass nur 1 Prozent der Eltern von Drittklässlern ihre Kinder auf eine Hauptschule schicken würden. Das Schicksal dieser Schulform scheint besiegelt. Eine umfassende Reform der Schulpolitik ist eine der wichtigsten, wenn nicht gar die wichtigste Aufgabe überhaupt, der sich die neu gewählte Landesregierung, wie immer diese dann auch zusammengesetzt sein wird, stellen muss. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen müssen im

Interesse unserer Kinder und deren Eltern verändert werden.

Das Problem der zukünftigen Gebäudenutzung bleibt jedoch bestehen. Wir bitten daher die Verwaltung um eine umfassende Darstellung sowohl der derzeitigen als auch der zukünftigen Ressourcen in der Schulentwicklungsplanung. Nach unserer Auffassung sollte einer schulischen Nutzung der vorhandenen Räumlichkeiten Priorität eingeräumt werden. Schließlich stehen den Überkapazitäten an den Hauptschulen fehlende Plätze an Gesamtschulen und auch an Gymnasien in Köln gegenüber. Zudem steigt durch die Vorverlegung der Schulpflicht die Anzahl der Grundschüler. Auch für diese müssen Raumkapazitäten vorgehalten werden. Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung in ihrer regionalen Schulentwicklungsplanung dieses berücksichtigt.

Ein Qualitätsmerkmal der Hauptschulen ist ihre Praxisorientierung. An Hauptschulen eingerichtete Werkstätten und sogenannte Schülerfirmen sollen den Schülerinnen und Schülern den Weg in die berufliche Ausbildung bahnen. Es muss gewährleistet sein, dass Schülerinnen und Schüler, die an solchen Projekten teilnehmen, nicht zu den Verlierern der künftigen Hauptschulschließungen werden. Es ist daher abzuwägen, ob und unter welchen Voraussetzungen die erfolgreichen Angebote auch an den neuen Schulstandorten erhalten bleiben können.

Von daher bitten wir die Verwaltung um eine detaillierte Prüfung der genannten Punkte, die Darstellung der Auswirkungen auf die künftige Schulentwicklung in Köln sowie um die Vorstellung des Ergebnisses dieser Prüfung im zuständigen Fachausschuss, dem Schulausschuss. Daraus ergibt sich, dass wir den Antrag der Linken ergänzen wollen. Vor dem ersten Punkt des Beschlusses im Antrag der Linken möchten wir Folgendes einfügen - ich lese das langsam vor und werde es gleich zu Protokoll geben -:

Der Rat bittet die Verwaltung um eine umfassende Prüfung der nachfolgend genannten Punkte und um Vorstellung des Ergebnisses im zuständigen Fachausschuss. Ziel muss auch weiterhin eine bedarfsgerechte schulische Nutzung der vorhandenen Gebäuderessourcen sein. Die finanziellen Auswirkungen sind ebenfalls darzustellen.

(Ralph Sterck [FDP]: Hatten Sie nicht eine Verweisung im Ausschuss beantragt?)

- Nein. Diese Ergänzung geht im Prinzip als Prüfauftrag in den zuständigen Fachausschuss, also den Schulausschuss.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das heißt also doch Verweisung!)

Wir haben im Vorgespräch Einvernehmen erzielt, dass die beiden Punkte des FDP-Zusatzantrags im Ergebnis dieser Prüfung ebenfalls fachlich diskutiert werden sollen. - So weit unser Antrag. Ich bitte Sie herzlich um Ihre Zustimmung zu dem so ergänzten Antrag. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es liegen mir jetzt noch Wortmeldungen zu diesem Thema von Frau Manderla, Herrn Thelen, Frau Gebauer und Herrn Schöppe vor. - Als Nächster spricht Herr Thelen; bitte schön.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Philippi hat das Wesentliche bereits gesagt. Erwähnen möchte ich hier noch, dass es sich um einen gemeinsamen Ergänzungs- oder Änderungsantrag zum Antrag der Linken handelt.

Der Antrag der Linken hat zwei Tendenzen, nämlich zum einen, dass die Schüler und Schülerinnen von Hauptschulen aufgrund von Schließungen oder des Auslaufens keinen Nachteil erleiden, und zum anderen, dass die vorhandenen Gebäude im Bildungsbereich verbleiben beziehungsweise in diesem Bereich zukunftsfähig gemacht werden. Diesen beiden Zielen stimmen auch wir natürlich zu.

Der Antrag der Linken, aber auch der Antrag der FDP enthalten jedoch auch Vorfestlegungen, die, wie wir finden, noch nicht gemacht werden können. Vielmehr muss dafür, wie schon ausgeführt, zunächst eine umfangreiche Prüfung durch die Verwaltung stattfinden. Faktoren wie die Schulstruktur, die Örtlichkeit und selbstverständlich auch die finanziellen Auswirkungen müssen berücksichtigt werden. Wir sind deshalb der Auffassung, dass die vorgenannten Ziele nur dann umgesetzt werden können, wenn ein entsprechender Prüfauftrag erteilt wird, dessen Ergebnis dann dem Schulausschuss vorgelegt wird. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke. - Frau Manderla, bitte schön.

Gisela Manderla (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir hatten eben einige Verständnisprobleme in Sachen Verweisung. Die SPD hat jetzt offensichtlich einen Prüfauftrag gestellt. Das habe ich jedenfalls so verstanden.

(Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen]:
Und die Grünen!)

- Und die Grünen. Entschuldigung, Herr Thelen. - Ich denke, es ist ein sehr vernünftiger Vorschlag, diesen Prüfauftrag in den nächsten Schulausschuss zu schieben. Aber ich möchte noch ein oder zwei Punkte nennen, die uns als CDU-Fraktion wichtig sind.

Wir haben immer gesagt, dass wir zukunftsfähige Schulen haben wollen. Bei den Hauptschulschließungen - wir wissen ja noch nicht, ob es wirklich zu zehn Schließungen kommen wird - ist es ganz wichtig, dass die Schulen, die danach dort einziehen werden, wirklich zukunftsfähig sind. Wir alle wissen, dass Gesamtschulen nur dann richtig funktionieren, wenn sie vierzünftig sind.

Während Gesamtschulen die Sekundarstufen I und II beinhalten, gibt es bekanntlich an Hauptschulen bis jetzt - das war immer so - lediglich die Sekundarstufe I. Wir alle wissen, dass sich die Schullandschaft verändert hat und selbstverständlich weiter verändern muss. Uns ist es allerdings außerordentlich wichtig, dass die Schüler und Schülerinnen der Hauptschule, wie vorhin von Herr Philippi gesagt, nicht zu den Verlierern und Verliererinnen der Schulstrukturen werden. Wir wissen, dass gerade Hauptschüler sehr individuell und in kleinteiligen Bereichen betreut werden müssen. Deshalb bitten wir die Verwaltung, zu prüfen, wie das ermöglicht werden kann. Wir sind nicht dafür, jetzt ganz engstirnig zu beschließen, dass diese oder jene Einrichtung in diesem oder jenen Gebäude erhalten bleibt. Das können wir nicht; denn das wäre Planwirtschaft, und die lehnen wir ab.

Den Ersetzungsantrag der FDP finden wir sehr vernünftig. Dem würden wir gerne zustimmen. Das werden wir dann im nächsten Schulausschuss tun. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der CDU
und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau Manderla. - Frau Gebauer, bitte.

Yvonne Gebauer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich versuche jetzt einmal, ein wenig Licht ins Dunkel zu bringen.

(Zurufe: Oh!)

- Das möchte Ihnen erklären; denn hier kursieren jetzt Verweisungsanträge und Prüfaufträge gleichermaßen. Nachher weiß keiner mehr so richtig, worum es eigentlich geht.

Geplant ist nach Aussage Herrn Börschels - dem kann ich mich anschließen -, dass der Inhalt beider Anträge, sprich: des Antrags der Linken und des Antrags von der FDP, hier jetzt als Prüfauftrag verabschiedet wird und das Ergebnis dieses Prüfauftrags dann in den Schulausschuss kommt.

(Horst Thelen [Bündnis 90/
Die Grünen]: Richtig!)

- Ich sehe, dass Sie alle dazu jetzt nicken. Gut, dann ist das so weit verstanden.

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang klar und deutlich zu verstehen geben, dass wir natürlich nicht wollen, dass dieser Prüfauftrag erst irgendwann im Jahre 2013 zu Ende geprüft sein wird und die Hauptschulen bis dahin in einem schwebenden Zustand gelassen wurden nach dem Motto: Bis dahin haben wir das neue Schulgesetz, das keine Hauptschulen mehr vorsieht. Ein Appell an die Verwaltung, das entsprechend zügig zu prüfen, ist, glaube ich, angebracht.

(Beifall bei der FDP)

Des einen Freud, des anderen Leid. So oder ähnlich könnte man die Situation beschreiben, in der sich ein Teil unserer Kölner Schülerinnen und Schüler jetzt befindet beziehungsweise in Zukunft befinden wird. Schließungen vorzunehmen sind meist keine angenehmen Handlungen. Sie gehen einher mit großer Unsicherheit und Ängsten vor der Zukunft. In diesem konkreten Fall sind die Betroffenen die Kölner Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern. Aber auch Lehrerinnen, Lehrer und Schulleitungen sind in Sorge um das, was vor Ort passiert beziehungsweise passieren wird.

Meine Damen und Herren, gerade in solchen Situationen gilt es sowohl für die Politik als auch

die Verwaltung, aber auch für die Medien - hier spreche ich insbesondere die schreibende Zunft an -, große Sorgfalt walten zu lassen, was den Umgang mit beziehungsweise die Verbreitung von Meldungen und Nachrichten in diesem Zusammenhang angeht.

Wir befassen uns heute im Vorgriff auf diverse Schließungen mit den Folgen dieses Umstands. Aber diese Folgen lassen im Gegensatz zu den anstehenden Schließungen auch Positives erwarten. Köln ist im Gegensatz zu unseren ländlichen kleineren Nachbargemeinden eine Kommune, die wächst. Das heißt, der vielerorts gefürchtete demografische Wandel wird an Köln zumindest in den kommenden Jahren spurlos vorbeigehen. Das hat zur Folge, dass in Köln auch nach der Schließung von einigen Hauptschulstandorten sicherlich keine Schulruinen wie in anderen Städten Nordrhein-Westfalens zu erwarten sind. Das heißt aber auch, dass wir schon heute sorgfältig überlegen müssen, was mit den städtischen Gebäuden morgen beziehungsweise in Zukunft passieren soll.

Uns als FDP-Fraktion - ich hoffe, Ihnen geht es genauso - geht es um alle Kinder, egal, welche Schulform sie besuchen, und egal, welchen Schulabschluss sie letztendlich anstreben. Sie haben alle sowohl eine des Lernens würdige als auch eine mit der bestmöglichen Ausstattung versehene Schule verdient. Deshalb dürfen wir die Chancen für Köln, die sich mit den frei werdenden städtischen Gebäuden ergeben, nicht im Vorhinein, wie im Antrag der Linken gefordert, derart einschränken und unnötig vergeben.

(Beifall bei der FDP)

Was möchten wir mit unserem Ersetzungsantrag erreichen? Es soll erreicht werden, dass eine wohnortnahe Versorgung unserer Kölner Schülerinnen und Schüler auch für den Schultyp Hauptschule zum Schuljahresbeginn 2010/2011 und darüber hinaus - wir werden sehen, wie lange - gewährleistet bleibt. Es soll erreicht werden, dass an den Chancen und Möglichkeiten, die sich mit den frei werdenden Gebäuden ergeben, alle Kölner Schülerinnen und Schüler partizipieren können. Es soll weiterhin erreicht werden, dass der Verwaltung mit den entsprechenden Auflagen wie der jetzt vorrangigen schulischen Weiternutzung freie Hand bei der Entscheidung über die weitere Verwendung dieser Gebäude gegeben wird. Das heißt aber auch, dass nach einer Prüfung und dem Abwägen sämtlicher schulischer Belange

auch eine anderweitige Nutzung bis hin zu einer Veräußerung der einzelnen Immobilien weiterhin möglich sein muss.

Herr Oberbürgermeister Roters, meine Damen und Herren, ich meine, all das sind Ziele, die wir auch ohne ideologische Debatte heute gemeinsam auf den Weg bringen können und letztendlich in Form eines Prüfauftrags auch auf den Weg bringen werden, damit des einen Leid zur Freude des anderen werden kann. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Gebauer. - Herr Schöppe, bitte.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Werte Kolleginnen und Kollegen! Wertes Publikum! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Die angesprochenen Schließungen sind ja nicht Gott gegeben. Es ist immer wieder verwunderlich, dass hier zu allem und jedem festgestellt wird: Das ist eben so; da kann man nichts tun; damit müssen wir leben. Gleichzeitig wird aber gefragt: Und was machen wir jetzt? - Ich bin gerade wieder auf die Querung der Rheinuferstraße angesprochen worden. Die Rheinuferstraße gibt es ja auch nicht erst seit gestern.

Die geringen Anmeldezahlen an den Hauptschulen haben doch nichts mit der Schulform an sich zu tun. Hier wurde eben wieder gesagt, die Hauptschule sei eine so schlechte Schulform, dass Eltern ihr Kind dort nicht hinschicken können. Die Frage muss lauten: Wieso schicken die Eltern ihr Kind nicht auf eine Hauptschule? Das hat doch mit der Zusammensetzung der Schülerschaft an den Hauptschulen zu tun, also wie viele Schüler einen Migrationshintergrund haben, welche Sprache auf den Schulhöfen vorherrschend ist und ob man sich da überhaupt noch auf Deutsch verständigen kann. All das sind Gründe, warum sich Eltern dafür entscheiden, ihr Kind eher auf eine Realschule zu schicken, oder dass sie versuchen, ihr Kind an einem Gymnasium anzumelden, auch wenn es dann nach der 5. oder 6. Klasse vielleicht doch abgehen muss. Daraus ergeben sich die geringen Anmeldezahlen für die Eingangsklassen der Hauptschulen.

Warum stehe ich hier? Worum geht es mir?

(Lachen und Zurufe von der SPD)

- Ich weiß, dass Sie mir alles zutrauen. - Wenn ich es richtig verstanden habe, will die FDP ihren Antrag nicht aufrechterhalten, obwohl er an und für sich recht sinnvoll war und wir dem trotz der eigenartigen Formulierung zustimmen wollten. Der erste Satz: Die Schulverwaltung der Stadt Köln usw., hat ja nichts in einem Beschlusstext zu suchen, sondern gehört in den Begründungstext. Wenn die FDP also meint, ihren Antrag nicht mehr aufrechterhalten zu müssen, würden wir diesen Antrag gerne übernehmen, natürlich ohne diesen ersten Satz. Unser Beschlusstext würde wie folgt beginnen: Die Verwaltung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass mindestens eine (1) Hauptschule usw.

Eben war auch die Rede von wohnortnaher Versorgung. Wir sind der Auffassung, dass eine wohnortnahe Versorgung gewährleistet werden muss, und zwar für jede Schulform. Angesichts der Größe der Stadtbezirke wäre es zwar alles andere als wohnortnah, wenn es nur noch eine Hauptschule pro Stadtbezirk gäbe. Das wäre aber immer noch besser, als wenn es nur noch drei oder vier in ganz Köln gäbe. Dementsprechend haben wir das Anliegen, dass mindestens eine Hauptschule pro Stadtbezirk erhalten bleibt. Das wollen wir nicht erst prüfen lassen, das wollen wir hier so beschlossen haben. Denn wenn man dafür einen Prüfauftrag erteilt - darauf läuft das Ganze ja hinaus -, kann dabei auch herauskommen, dass es dann nur noch vier, fünf oder, wenn wir Glück haben, sechs Hauptschulen in ganz Köln geben wird. Das wollen wir nicht. Wir wollen, dass es in jedem unserer neun Stadtbezirke eine Hauptschule gibt. In diesem Sinne übernehmen wir den Antrag von der FDP, allerdings ohne den ersten Satz. Wie gesagt, unser Antrag würde wie folgt beginnen: Die Verwaltung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass mindestens eine (1) Hauptschule usw.

Ich möchte noch auf das Thema Prüfen im Allgemeinen eingehen.

(Unruhe vor dem Rednerpult)

- Herr Granitzka, ich bitte Sie, Herrn Klipper nicht davon abzuhalten, meiner Rede zu folgen. Vielen Dank! - Es tut mir leid, ich wollte jetzt nicht in die gleiche Kerbe wie Herr Uckermann hauen. Aber es scheint hier heute ein Aufmerksamkeitsproblem zu geben.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Haben Sie ein neues Feindbild?)

- Nein, ganz gewiss nicht, Herr Klipper; wir kennen uns doch. Aber es passte gerade.

Zum Prüfen im Allgemeinen: Wir alle wissen doch, dass es hier in Köln beim Prüfen immer wieder Probleme gibt. Wir haben mehrfach erlebt, sei es beim U-Bahn-Bau oder anderswo, dass Ausschüsse und Gremien mit dem Prüfen Probleme haben. Wenn wir jetzt schulpolitische Experten beauftragen würden, eine solche Prüfung vorzunehmen, wäre das eine gute Idee; denn das sind Spezialisten, die sich mit diesem Thema auskennen. Sie aber haben jetzt vorgeschlagen, der Verwaltung einen Prüfauftrag zu erteilen, die das Ergebnis dieser Prüfung dann dem Fachausschuss mitteilt. Wir alle wissen, dass dabei nichts herauskommen wird. Vielmehr müssen hierzu zeitnah ganz klare Beschlüsse gefasst werden. Deshalb kann ich nicht verstehen, warum Herr Thelen dafür plädiert, das zunächst einmal prüfen zu lassen; denn man hat sich dazu doch bereits Gedanken gemacht. Ich glaube nicht, dass das etwas bringen wird.

Ich komme noch einmal auf die wohnortnahe Versorgung zurück. Diese steht ja in einem Zusammenhang mit der immer wieder gern betriebenen Stadtentwicklung. Bei Bauprojekten sollte künftig erst untersucht werden, ob dorthin nicht etwa ein Kindergarten oder eine Schule gebaut werden könnte. Nur in der Form macht das Ganze Sinn. Wir sind doch hier nicht in Brandenburg, wo viele Leute wegziehen. Dort gibt es inzwischen ganze Landstriche, wo keiner mehr wohnt. Dass dort auch keine Hauptschulen mehr gebraucht werden, ist logisch. Aber wir sind hier in Köln. Hier gibt es noch Menschen. Es war hier eben die Rede davon, dass es hier demografisch gesehen wieder aufwärtsgeht - deshalb brauchen wir weiterhin Hauptschulen, und zwar für jeden Stadtbezirk eine. Das beantragen wir hiermit.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Frau Dr. Klein, bitte.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir werden die Prüfaufträge, wie immer Sie sie heute beschließen werden, natürlich aufgreifen und Ihnen das entsprechende Konzept in der nächsten Sitzung des Schulausschusses am 28. Juni vorstellen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Anträge beziehungsweise Ergänzungen. Ich will noch einmal auf die gemeinsame Antragslage hinsichtlich des Prüfauftrages und des Verweisungsantrages von SPD, Grünen, FDP und Linken hinweisen. Abweichend davon gibt es einen reduzierten Antrag, der von der Fraktion pro Köln eingebracht worden ist. Dieser ist der weitergehende Antrag, weil er auf eine Beschlussfassung abzielt und nicht auf einen Prüfauftrag.

Über den weitergehenden Antrag müssen wir zuerst abstimmen. Wer ist gegen den Antrag der Fraktion pro Köln in der gerade mündlich vorgestellten Form? - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP, Herr Hoffmann, Herr Zimmermann und die Linken. Damit ist der weitergehende Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den gemeinsamen Antrag von SPD und Grünen, die Verwaltung zu beauftragen, die in den Anträgen der Linken und der FDP enthaltenen Punkte zu prüfen und die entsprechenden Ergebnisse im Schulausschuss vorzustellen. Dass bedeutet also Verweisung in den Schulausschuss und Vorstellung der Prüfungsergebnisse, wie von Frau Dr. Klein eben zugesagt. Wer gegen diesen gemeinsamen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Niemand. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist das so angenommen. Somit ergeht ein Prüfauftrag an die Verwaltung verbunden mit der Forderung, Ihnen zügig die Ergebnisse vorzulegen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.4 auf:

3.1.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Änderung in den Geschäftskreisen der Dezernate V und OB“ AN/0853/2010

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unseren Antrag, das Umwelt- und Verbraucherschutzamt aus dem Dezernat V herauszulösen, begründe ich wie folgt:

Es geht um ein trübes und betrübliches Kapitel im Zusammenhang mit dem Einsturz des Historischen Archivs, nämlich um die ungeklärten wasserrechtlichen Probleme an der U-Bahn-

Baustelle Waidmarkt. Die Umweltdezernentin ist uns bisher das entscheidende wahre Wort schuldig geblieben, weshalb wir es an der Zeit finden, den Oberbürgermeister jetzt beim Wort zu nehmen.

Der Oberbürgermeister hat zum Jahrestag des Unglücks mit seiner Forderung nach Klärung der Verantwortlichkeiten und den notwendigen Konsequenzen aber auch Zweifel an der Effizienz von Kontrollen angemeldet und dies damit verbunden. Zugleich verwies er auf eine politisch-moralische Verantwortung der handelnden Personen und Institutionen. Um genau diese Verantwortung geht es hier. Wir stimmen Ihnen zu, Herr Oberbürgermeister.

Es muss aber für alle der gleiche Maßstab angelegt werden. Für die Umweltdezernentin gilt dieser Maßstab ganz offensichtlich bisher nicht. Ihr Verhalten seit dem Desaster an der Severinstraße ist geprägt durch Zögern und Zaudern, durch Tarnen und Täuschen, durch Verstecken und Vergessen.

Dazu haben wir Fakten und Fragen.

Fakt ist: Entgegen der ursprünglichen Behauptung kommt im März dieses Jahres heraus, dass es an der Baustelle Waidmarkt keine Vorortkontrollen gegeben hat und keine Einsichtnahme in die Brunnentagebücher erfolgte, wie es vorher in Rede stand.

Frage: Hat die Dezernentin über ein Jahr - bewusst oder unbewusst - einen falschen Eindruck erweckt? Oder war sie nicht in der Lage, in dieser Zeit, in einem Jahr, die Umstände wirklich aufzuklären?

Fakt ist: Im März 2009 deutet die Umweltdezernentin zwar an, dass 2008 Grundwasserfördermengen erhöht worden seien. Ein Jahr später spielt sie dies aber bis zur Bedeutungslosigkeit herunter. Erst auf unser hartnäckiges Nachfragen stellt sich heraus, dass es in den letzten drei Monaten vor dem Crash zu 90 Überschreitungen gekommen ist, wobei die tägliche Fördermenge in diesem Zeitraum um 44 Prozent überschritten wurde.

Frage: Warum vermittelt die Dezernentin den Eindruck, dass es über mehr als ein Jahr hinweg nur irrelevante oder gar keine Überschreitungen der Fördermengen gegeben habe? - Es ist nicht auszuschließen, dass genau diese hohen Fördermengen vor Einsturz des Archivs mit zu den Ursachen gehören könnten.

Fakt ist: An der Baustelle Waidmarkt wurde bereits im November 2006 und somit vor Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis von Januar 2007 illegal Wasser gefördert. Wir wissen, dass die Auflage aus der Erlaubnis von 2007, wonach die Aufnahme von Bohrungen und Wasserhaltungen jeweils 14 Tage vorher der Stadt Köln anzuzeigen gewesen wäre, nicht erfüllt ist. Diese Auflage kommt rechtlich einer Bedingung bei. Das heißt: Die Bohrungen waren von vornherein insgesamt illegal.

Frage: Hatte die Dezernentin damit nicht genügend Gründe, die Zuverlässigkeit der Akteure an der Baustelle Waidmarkt zu bezweifeln und vor Ort selbst Kontrollen vorzunehmen?

Fakt ist: Im März 2009 verweist die Dezernentin auf die Feststellung ihrer unteren Wasserbehörde, wonach am Heumarkt statt zwölf genehmigter Brunnen 18 Brunnen eingerichtet wurden. Später waren es dann 24, wie wir wissen. Durch den illegalen Betrieb hat die wasserrechtliche Erlaubnis auch hier ihre Gültigkeit verloren. Es stellt sich heraus, dass der illegale Betrieb von 18 Brunnen am Heumarkt von der Dezernentin über ein Jahr hingegenommen wurde, da die Arge keine ausreichenden Antragsunterlagen geliefert hat. Eine Genehmigung erteilt das Umweltamt erst ein Jahr danach. Die Dezernentin begründet die Verzögerung mit einem Prinzip - wörtlich - des effektiven Verwaltungshandelns.

Frage: Konnte die Dezernentin es wirklich für effektiv halten, nachlässigen und unzuverlässigen Firmen über ein Jahr hinterherzurennen, statt Ordnungs- und Zwangsmittel einzusetzen, wie sie der Verwaltung zur Verfügung stehen?

Dann ist da noch, gewissermaßen als Spitze des Absurden, die Sache mit dem Auftragsgutachten. Es wird ein Gutachten in Auftrag gegeben, bei dem es darum geht, die Zuständigkeiten und Ermessenfragen in Sachen Waidmarkt und Wasser zu prüfen - und von der Presse wie von uns muss darauf hingewiesen werden, dass die Gutachter wichtige Informationen überhaupt nicht gehabt haben. Der Oberbürgermeister hat uns dann zugesagt, dieses Gutachten neu erstellen zu lassen.

Meine Damen und Herren, insgesamt ist nicht von der Hand zu weisen, dass eine rechtzeitige Aufdeckung der illegalen Grundwasserhaltung weitere Nachforschungen und Konsequenzen zur Folge gehabt hätte, wodurch vielleicht -

vielleicht - Schlimmeres hätte verhütet werden können. Hier liegt für uns die politisch-moralische Dimension von Handeln und Unterlassen.

Aber genau hier müssen wir auch die Frau Umweltdezernentin einordnen. Ihr Mangel an Problembewusstsein und ihre fehlende Bereitschaft zur rückhaltlosen Aufklärung sind für uns Anzeichen von Unkorrektheiten, die sich ein solches Amt nicht leisten darf - und eine Stadt wie Köln schon gar nicht.

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, deshalb halten wir es für zwingend geboten, die bisherige Umweltdezernentin von der Umwelt zu erlösen. Sie war bis heute weder willens noch in der Lage, Licht ins Dunkel zu bringen.

Herr Oberbürgermeister, es ist an Ihnen, dies zur Chefsache zu machen und das Umweltamt dem Herrn Stadtdirektor zuzuordnen, der, wie wir ja wissen, in der Angelegenheit Archiveinsturz bereits als Troubleshooter erfolgreich tätig war.

(Unruhe)

Insofern ändern wir unseren Antrag ab.

Abschließend darf ich Sie zitieren, Herr Oberbürgermeister; denn Sie haben Bedeutendes dazu erklärt. Sie haben gesagt:

Es ist höchste Zeit, die Verantwortlichkeiten zu klären und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Nur so können wir verlorenes Vertrauen zurückgewinnen.

Ich betrachte es

- so Oberbürgermeister Roters weiter -

als meine persönliche Aufgabe, neues Vertrauen und Zuversicht zu wecken. ... Kein Gemeinwesen kann existieren ohne Zutrauen in das richtige Handeln von Institutionen und Personen.

Dem ist nicht zu widersprechen. Darum bitten wir Sie, Herr Oberbürgermeister: Übertragen Sie das wichtige Umweltamt Herrn Stadtdirektor Kahlen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es hierzu weitere Wortmeldungen? - Frau Moritz.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Granitzka, mir lag der Antrag vor, dass Sie dieses Amt als Stabsstelle beim Oberbürgermeister andocken wollten. Aber wir reden über den gleichen Antrag, ja?

(Winrich Granitzka [CDU]: Ja! Ich habe gesagt, dass wir das abändern!)

- Gut. - Das Einzige, bei dem ich Ihnen folgen kann, ist, dass wahrscheinlich das Wasser an dem Zusammenbruch des Historischen Archivs schuld sein wird. Da hören die Gemeinsamkeiten aber schon auf. Hier geht es ja darum, dass die CDU-Fraktion sich seit Wochen bemüht, den Eindruck zu erwecken, dass dieses schreckliche Unglück am Waidmarkt hätte vermieden werden können, wenn das Umweltamt - -

(Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

- Herr Klipper, es wäre schön, wenn Sie mich ausreden ließen. Ich bitte Sie einfach darum. Normalerweise stimuliert mich das. Es wäre aber nett, wenn Sie mich ausreden ließen. - Sie versuchen also den Eindruck zu erwecken, dass dieses schreckliche Unglück hätte vermieden werden können, wenn das Umweltamt verantwortlich gehandelt hätte, und Sie versuchen den Eindruck zu erwecken, als wenn genau das Verhalten des Umweltamtes am Ende zu diesem Unglück geführt hätte.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das tun wir genau nicht!)

Sie fragen nämlich nach Verantwortung. Selbstverständlich fragen wir alle nach Verantwortung, der Oberbürgermeister und auch wir. Das muss man auch. Und genau darum geht es in diesem Punkt. Ihr Chefankläger Möring hat ja in für die CDU-Fraktion erstaunlich akribischer, ungewöhnlich fleißiger und außerordentlich hartnäckiger Art und Weise in verschiedenen Ausschüssen über 30 Fragen gestellt, die auch sehr umfänglich beantwortet wurden. Der aufmerksame und interessierte Zuhörer und Leser war allerdings nicht klüger als vorher. Es war verwirrend. Man kann den Eindruck gewinnen, dass diese Fragerei auch genau diese Absicht hatte.

(Winrich Granitzka [CDU]: Nein, Frau Moritz, es lag an den Antworten, die immer wieder neue Fragen aufgeworfen haben!)

- Zuhören ist auch nicht schlecht.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Granitzka, Sie können sich doch noch einmal zu Wort melden! Das gibt die Geschäftsordnung her!)

Hören Sie einfach zu. Dann bin ich gerne bereit, Fragen zu beantworten und noch einmal Stellung zu nehmen, und wir können in eine Debatte einsteigen. Es fällt aber ausgesprochen schwer, wenn ununterbrochen dazwischengeblökt wird.

(Zuruf: Wie in der Schule!)

Wären Sie mit dieser Strategie der ständigen Verwirrung erfolgreich gewesen, hätten Sie natürlich die Verantwortung vom technischen Vorstand der KVB, der bei dieser Baustelle die Bauaufsicht übertragen bekommen hatte, auf die städtische Dezernentin umgelenkt. Dann wäre das voll gelungen.

(Beifall bei pro Köln)

Bei Ihren Parteigängern kommt so etwas natürlich auch gut an. Man kennt doch Ihre uneingeschränkte Solidarität mit Ihrem ehemaligen Parteivorsitzenden.

In der Bevölkerung habe ich hauptsächlich zwei Reaktionen wahrgenommen, über die ich jetzt gerne sprechen möchte.

Die einen meinten, die CDU habe sich aus parteipolitischen Gründen dafür entschieden, die grüne Umweltdezernentin anzugreifen. Das ist natürlich Unsinn. Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass Sie ein solches Motiv haben. Das kann gar nicht sein.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die meisten resümierten, das Ganze sei viel zu kompliziert; wenn die CDU so viele Fragen habe, werde da aber schon etwas dran sein. Frau Bredehorst versuche natürlich, sich herauszuwinden. Typisch! So seien die Politiker eben. - Genau auf diese letzte Reaktionsvariante haben Sie gesetzt. Genau darauf!

(Winrich Granitzka [CDU]: Nein, wir haben nur auf die Wahrheit gesetzt!)

Ihre Fragerei sollte den Eindruck erwecken, es gebe noch - das haben Sie heute auch noch einmal gesagt - unaufgeklärte Sachverhalte,

(Winrich Granitzka [CDU]: Die gibt es auch!)

unterdrückte Informationen und Verschleierungen. Die Worte, die Sie heute benutzt haben, haben sogar noch eins draufgesetzt. Sie haben hier - das ist ein starker Hund - von Täuschungen gesprochen. Außerdem haben Sie Fakten vorgetragen, die zwar Fakten sind, aber tatsächlich mit dem Handeln des Umweltamtes gar nichts zu tun hatten.

(Winrich Granitzka [CDU]: Mit dem Handeln der Dezernentin aber!)

Das ist schon ein ziemlich starkes Stück.

Kaum jemand blickt da noch durch. In dieser Situation hat der Oberbürgermeister das einzig Richtige getan. Er beauftragte einen externen Experten, die Rechtsanwälte Kapellmann und Partner, mit einem Gutachten, um genau diese Gesamtsituation von Zuständigkeiten und Verantwortung zu klären.

Dieses Gutachten kommt zu dem längst bekannten Ergebnis - soweit ich weiß, wurde bereits kurz nach dem Tag des Unglücks genau dieses Ergebnis hier im Rat vorgetragen -, dass die Stadt Köln zwar vollumfänglich die Gewässeraufsicht hat, dies aber aus rein wasserrechtlicher Zielsetzung heraus.

Das Gutachten kommt weiterhin erwartungsgemäß zu dem Schluss, dass sich die Überwachungspflicht der Wasserbehörde streng - und jetzt kommt es - von der baurechtlichen Aufgabe der Bauaufsichtsbehörde unterscheidet, die wiederum ihrerseits für die Statik und Standsicherheit der baulichen Anlagen zuständig ist. Das beinhaltet auch, dass die KVB sicherstellen muss, dass die Wasserentnahme aus baurechtlicher Sicht keinerlei Gefährdung für die bauliche Anlage ausmacht.

Das ist ein ganz komplizierter Sachverhalt. Ich versuche einmal, das mit einem einfachen Beispiel zu verdeutlichen. - Habe ich noch Zeit?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Stellen Sie sich einmal Folgendes vor: Es gibt ein sicherheitsrelevantes Gebäude, in dem schützenswerte Daten lagern. Dieses Gebäude wird von einer Sicherheitsfirma bewacht, aber auch von einer Reinigungsfirma sauber gehalten.

(Gisela Manderla [CDU]: Die wird auch überwacht!)

Dann wird dort eingebrochen. Es stellt sich heraus, dass ein Fenster offen gestanden hat. Wer ist jetzt schuld? Vielleicht die Reinigungsfrau, die bemerkt hat, dass das Fenster offen war, aber selber nichts gemacht hat, weil sie dachte, dass die Sicherheitsfirma dafür zuständig ist? Oder die Sicherheitsfirma? Was meinen Sie, Herr Granitzka? In Sachen Sicherheitsfirmen sind Sie doch Spezialist. - Ich denke, dass die Sicherheitsfirma eindeutig für die Sicherheit verantwortlich ist.

Das ist hier auch bei den statischen Fragen der Standfestigkeit der baulichen Anlagen der Fall.

Ihr Vorhaben heute ist vollkommen durchsichtig und ganz simpel. Deshalb lehnen wir das ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich stehe aber gerne noch für Fragen zur Verfügung.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Frau Moritz. - Dann kommen wir zu Herrn Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, am Sonntag, dem 8. März 2009, hat die Fraktion Die Linke den damaligen Vorstand, Herrn Reinarz, nach zu viel gebauten Brunnen am Waidmarkt gefragt. Wir erhielten keine Antwort. Aus diesem Grund unterrichteten wir die Öffentlichkeit.

Eine Woche später, am 15. März 2009, führte die Stadt Köln eine große Pressekonferenz durch. Viele Kollegen von den Journalisten werden sich bestimmt daran erinnern. Es war eine sehr spannende Pressekonferenz, auf der Oberbürgermeister Schramma, Herr Reinarz, Frau Bredehorst und Stadtdirektor Kahlen zugegen waren.

Weil mir klar war, dass das eine spannende Pressekonferenz war, bei der es zum ersten Mal um die Brunnen ging, bin ich dorthin gegangen und habe mir das angeguckt.

Herr Schramma und Herr Reinarz wussten zu diesem Zeitpunkt, dass zu viele Brunnen gebohrt worden waren und dass zu viel Wasser abgepumpt worden war. Sie haben beide am

Anfang Stellung genommen und haben zu diesen Sachen genau nichts gesagt - was mich verblüfft hat.

Ein Journalist - ich meine, vom ZDF - fragte dann gezielt Frau Bredehorst nach diesen Brunnen. Frau Bredehorst hat darauf sehr deutlich und klar gesagt: Ja, ich habe die Brunnentagebücher in der letzten Woche angefordert. Wir haben festgestellt, dass elf Brunnen zu viel gebaut worden sind und dass nicht 450 Kubikmeter Wasser pro Stunde abgepumpt worden sind, sondern 750.

Das war damals die Aussage von Frau Bredehorst - im Gegensatz zu Herrn Reinartz und Herrn Oberbürgermeister Schramma, bei denen nichts passiert ist.

(Winrich Granitzka [CDU]: Darf ich eine Zwischenfrage stellen?)

- Ich halte meine Rede; anschließend können wir das machen. - Ich frage die Kolleginnen und Kollegen von der CDU:

Warum haben Oberbürgermeister Schramma und Herr Reinartz diese Informationen auf dieser Pressekonferenz in ihren Beiträgen - das waren nämlich die generellen Informationen, also das Interessante - zurückgehalten?

Warum hat Oberbürgermeister Schramma in der folgenden Zeit nicht gegen Frau Bredehorst, sondern gegen seinen Parteifreund Streitberger eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingeleitet? Völlig widersinnig!

Warum hat Oberbürgermeister Schramma nicht das getan, was Sie jetzt fordern? Das wäre doch möglich gewesen. Zum damaligen Zeitpunkt war die Gemeindeordnung ja schon geändert worden. Der Oberbürgermeister hätte das zum damaligen Zeitpunkt schon machen können.

Ich halte es also schon für ziemlich sonderbar, wie Sie hier vorgehen.

Im Übrigen ist eines doch klar - das war auch schon damals in der Diskussion klar -: Für Baukontrollen ist das Umweltamt nicht zuständig. - Eigentlich wissen wir das doch schon seit einem Jahr.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Die CDU weiß das immer noch nicht!)

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie waren doch Vorreiter der

Verwaltungsstrukturreform vom Jahre 2000. Das ist ja das Problem. Die im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform laufenden Diskussionen haben doch dazu geführt, dass wir diesen Weg gegangen sind und den Bau der U-Bahn ausgesourct haben. Das ist doch das Problem.

Wie waren denn damals die Stimmung und die Diskussion? Das macht die KVB! Hier liegt doch das Problem bei der ganzen Angelegenheit. Das wäre die Übertragung der hoheitlichen Aufgaben an Dritte. Das ist hier die spannende Frage. Darüber müssen wir doch weiter diskutieren. An dieser Diskussion setzen Sie ja gar nicht an.

Frau Bredehorst, ich muss auch sagen, dass ich eine Sache schade finde. Anfänglich sind Sie in der ganzen Sache ja offensiv vorgegangen. Ich wäre interessiert, jetzt zu erfahren, welche Bedeutung diese Fehler haben, die in Verbindung damit stattgefunden haben, dass die Verwaltung bei diesem U-Bahn-Bau nicht mehr als einheitliche Verwaltung gearbeitet hat. Das ist doch die entscheidende Frage. Denn früher hat es mit den Bauten immer nur darum funktioniert, weil eine Verwaltung nicht nur der Bauherr war, sondern auch geprüft worden ist, und zwar in einem Zusammenwirken der verschiedenen Behörden wie Rechtsamt und Umweltamt.

Das ist doch die spannende Frage, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Darüber müsste doch diskutiert werden. Das tun Sie aber nicht.

Ich möchte Sie einfach einmal an die Diskussion erinnern, die wir jetzt im Bundestag gehabt haben. Wie ist diese Diskussion gelaufen? Ihr Staatssekretär, Herr Ferlemann, hat in einer Mitteilung an den Bundestagsausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung erklärt: Die BOStrab brauchen wir in Bezug auf die Frage der Übertragung hoheitlicher Aufgaben an Dritte nicht zu verändern; das können wir weiter so machen. - Ihr Staatssekretär hat sogar Ihre Bundesratsinitiative abgelehnt. Stellen Sie sich das einmal vor: Ihre Landesregierung macht eine richtige Bundesratsinitiative, und Ihre Bundesregierung lehnt dieses gerechte Anliegen auch noch ab.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja ein Tollhaus! Diese CDU!)

Was machen eigentlich unsere CDU-Leute aus Köln im Bundestag, die an dieser Frage mitarbeiten können? Das würde mich einmal interessieren.

Lassen Sie mich Folgendes feststellen: Wir haben eine Chance, dieses Thema aufzuarbeiten. Es geht aber um die entscheidende Frage der Übertragung hoheitlicher Aufgaben an Dritte. Das müssen wir diskutieren und klären. Dann werden wir auch klären, dass es ein Fehler ist, wenn es in solchen Katastrophenfällen nicht ein einheitliches Verwaltungshandeln gibt. Das ist die entscheidende Frage.

Wenn Sie Frau Bredehorst etwas anhängen wollen, können Sie es ja versuchen. Das löst das bestehende Problem aber nicht. Zu einer solchen Lösung müssen wir unbedingt kommen. Dazu gibt es auch Initiativen; sogar von Ihrer „leider“ abgewählten CDU-geführten Landesregierung. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln - Zurufe: Leider? - Gegenruf von Jörg Detjen [Die Linke.]: Das war polemisch gemeint!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wie ich sehe, gibt es doch keine Frage an Herrn Detjen mehr. - Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es wundert mich doch sehr, dass die CDU-Fraktion Kompetenzen aus dem Bereich von Frau Bredehorst ausgerechnet Herrn Kahlen zuschlagen will.

Schließlich erinnern wir uns alle noch daran, dass Guido Kahlen derjenige gewesen ist,

(Winrich Granitzka [CDU]: Der hervorragende Arbeit geleistet hat!)

der nach dem Einsturz des Stadtarchivs von einer Veranstaltung zur nächsten zog, um Krisenmanagement zu betreiben, und zwar zusammen mit einem gewissen Fritz Schramma. Ich gehe davon aus, dass Sie sich an Fritz Schramma noch vage erinnern können, obwohl Leute, denen der erhoffte politische Erfolg verwehrt bleibt, in der CDU ja schnell in Vergessenheit geraten. Es ist dieses Duo gewesen, das sich bundesweit verheerende Kritik zugezogen hat und dem bundesweit eine katastrophale Informationspolitik bescheinigt worden ist. Daraus musste der eine die Konsequenz ziehen, da er Politiker war und sich zur Wahl zu stellen hatte, auf eine erneute Kandidatur zu verzichten. Der andere war nicht

in dieser Bredouille und musste deswegen auch nicht solche Konsequenzen ziehen.

Nach Ihrer Vorstellung soll dieser andere jetzt gestärkt werden. Das heißt, dass Sie da weitermachen wollen, wo Fritz Schramma durch die politischen Umstände aufzuhören gezwungen worden ist. Das lässt alles Mögliche erkennen, aber nicht Lernfähigkeit innerhalb der Kölner CDU-Fraktion.

Meine Damen und Herren, was ist hier passiert, und was ist versäumt worden? Es gab am Stadtarchiv Risse und Setzungen, die indiziert haben, dass entweder am Gebäude selber oder unterhalb des Gebäudes irgendetwas nicht in Ordnung ist. Dann gab es ein Gutachten, das sich nur auf die Statik des Gebäudes selber bezog und in dem empfohlen wurde, weitere Nachforschungen anzustellen, die sich auf den Grund unter dem Gebäude beziehen. Es wäre technisch ohne Weiteres möglich und auch vom ökonomischen Umfang her vertretbar gewesen, daraufhin Probebohrungen durchzuführen, um zu eruieren, ob sich unter dem Stadtarchiv Hohlräume gebildet haben. Diese Probebohrungen sind nicht veranlasst worden. In dem Moment, in dem die Risse und Setzungen an dem Gebäude eintraten, war jede Menge Zeit und ohne Weiteres die Möglichkeit gegeben, durch diese Probebohrungen die Katastrophe zu verhindern.

Meine Damen und Herren, ich stehe ja nun nicht in dem Verdacht, unbedingt eine grüne Dezernentin verteidigen zu wollen. Wir müssen aber doch beim besten Willen attestieren, dass dieses Versäumnis nicht in den Zuständigkeitsbereich von Frau Bredehorst fällt.

Und wenn Frau Bredehorst nicht mehr haltbar ist, sind natürlich auch manche Akteure in der KVB-Führung nicht mehr haltbar. Ich kann mich an eine Besprechung im Rathaus bei Herrn Schramma unmittelbar nach dem Einsturz des Stadtarchivs erinnern. Dort habe ich an die KVB die Frage gerichtet, zu welchem Zeitpunkt bei der KVB bekannt geworden ist, dass es im Bereich der Baustelle Heumarkt Schwierigkeiten mit dem Grundwasser gibt. Die offizielle Antwort der KVB lautete, von solchen Schwierigkeiten sei überhaupt nichts bekannt.

Wenn das tatsächlich so gewesen sein sollte und die KVB-Führung, obwohl eine große Zahl von Pumpen zusätzlich betrieben werden musste, um das immer wieder nachströmende Grundwasser aus der Grube herauszukriegen, auch nur davon überhaupt nichts gewusst hat,

dass es Schwierigkeiten mit dem Grundwasser gegeben hat, frage ich Sie: Wie kompetent sind dann diejenigen Akteure bei der KVB, die diese Situation haben entstehen lassen? Es gibt doch nicht einen darunter, den man nicht sofort wegen Inkompetenz rausschmeißen müsste.

(Beifall von Jörg Uckermann [pro Köln])

Das ist seltsamerweise überhaupt nicht Bestandteil desjenigen kritischen Ansatzes, den die CDU-Fraktion hier verfolgt. Sie will nur ihr parteipolitisches Süppchen kochen und schaut, wer denn von der Konkurrenz auch in Teilen Verantwortungsbereiche hat.

Meine Damen und Herren, das ist eine Mentalität, mit der wir alle hier im Rat dieser Stadt nicht dienen werden. Das ist vielmehr genau die Mentalität, die zu der Katastrophe überhaupt erst hingeführt hat.

Deswegen sage ich an die Adresse der CDU-Fraktion: Meine Damen und Herren, Sie sind lernunfähig, und Sie sollten sich schämen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Rouhs. - Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst noch kurz auf den Kollegen Detjen eingehen, der hier Krokodilstränen vergossen hat, weil die CDU/FDP-Landesregierung von den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes abgewählt worden ist. Sie wissen ja, dass es in Düsseldorf momentan die eine oder andere Schwierigkeit bei der Regierungsbildung gibt, die uns die Wählerinnen und Wähler mit auf den Weg gegeben haben. Wenn Sie die Abwahl der bisherigen Regierung so bedauern, ist es eigentlich ganz einfach, Herr Kollege Detjen. Sie könnten einfach mit denen koalieren. Eine solche Koalition hätte auch eine Mehrheit - zwar nur eine Stimme; aber wir wissen ja aus Köln, dass das geht. CDU/FDP/Linke wäre also etwas, was Sie bei Ihrem großen Bedauern vielleicht einmal probieren sollten.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: War das jetzt eine Absage an Rot-Rot-Grün, oder was?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, zu Ihrem eigentlichen Antrag, den Sie hier gestellt haben, möchte ich schon sagen, dass es Ihnen nicht nur nach dem schriftlichen Text, sondern auch nach dem mündlichen Vortrag des Kollegen Granitzka wirklich an Ernsthaftigkeit mangelt. Anders kann ich das gar nicht formulieren.

Zunächst einmal haben wir nämlich - und das haben wir gemeinsam verabredet; es ist nicht vom Oberbürgermeister oder sonst wem aufoktroiert worden - den Hauptausschuss für inhaltlich zuständig erklärt und uns darauf verständigt, uns dort mit der inhaltlichen Aufbereitung, Abarbeitung und Analyse aller Fragen rund um das Waidmarkt-Unglück und die folgenden Themen wie auch die Heumarkt-Baustelle usw. zu befassen. Sie versuchen mit Ihrem heutigen Antrag ja auch gar keine inhaltliche Debatte aufzuzäumen - die nämlich wie verabredet in den Hauptausschuss gehört -, sondern wollen hier organisatorische Änderungen folgen lassen, die in der Tat alleine in den Rat gehören.

Deswegen will ich mich auch auf Ihren eigentlichen Antragstext konzentrieren, im dem ja organisatorische Veränderungen vorgesehen werden. Gottlob haben Sie in allerletzter Sekunde noch die Kurve bekommen; denn Ihnen ist natürlich vollkommen klar, dass der von Ihnen zunächst gestellte Antrag, das Umwelt- und Verbraucherschutzamt dem Dezernat des Oberbürgermeisters zuzuordnen, schlicht und einfach rechtswidrig gewesen wäre. Sie durften diesen Antrag hier gar nicht beschließen lassen, weil Sie nach der Gemeindeordnung dem Oberbürgermeister gegen seine Dezernatzuständigkeit gar kein Amt aufdrücken können, wenn ich es einmal so freimütig sagen darf. Offensichtlich haben Sie aber durch irgendeine Beratung hinter den Kulissen noch gerade so kapiert, dass Sie hier zu einer anderen Antragstellung kommen müssen.

Das zeigt aber natürlich gleichzeitig, wie beliebig Sie in dem sind, was Sie hier fordern, wenn Sie mal eben schnell aus der Hüfte sagen: Eigentlich soll es der Oberbürgermeister kriegen; jetzt ist uns aber plötzlich Stadtdirektor Kahlen der Liebste, um ein solches Amt zu übernehmen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Herrn Quander kann man ja auch nehmen!)

- Einmal ganz im Ernst: Sie hätten auch Herrn Quander wählen können. Das hätte einen

ähnlichen Gehalt gehabt wie Ihr Antrag, den Sie hier gerade dargestellt haben.

Der Redebeitrag des Kollegen Granitzka hat aber immerhin einen positiven Aspekt, den ich hier auch noch einmal herausarbeiten will. Ich weiß aus längerer Vergangenheit, dass in schöner Regelmäßigkeit und stereotyper Platttheit Ihr Kreisgeschäftsführer Meertz den Stadtdirektor der Unfähigkeit schilt und fordert, ihm bestimmte Aufgaben und Kompetenzen zu entziehen. Herr Kollege Granitzka, ich bin außerordentlich froh darüber, dass Sie endlich und ein für alle Mal hier innerchristdemokratisch ein Machtwort gesprochen haben und eindeutig gesagt haben: Unser Stadtdirektor ist der Troubleshooter; unser Stadtdirektor ist einer, der sich bewährt hat. - Das sind Ihre Worte.

(Winrich Granitzka [CDU]: Dazu stehe ich auch!)

Deswegen finde ich es sehr vernünftig, dass die CDU hier ein für alle Mal mit einer Stimme spricht und sich hinter unseren Stadtdirektor stellt.

(Beifall bei der SPD)

Allerdings kann man selbst gute und exzellente Leute wie Herrn Stadtdirektor Kahlen am Ende auch mit falschen Aufgaben überfordern.

Es gibt ein Dezernat, das Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Recht heißt und nach der derzeitigen Geschäftsverteilung umfasst: das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern, das Bürgeramt Innenstadt, das Bürgeramt Rodenkirchen, das Bürgeramt Lindenthal, das Bürgeramt Ehrenfeld, das Bürgeramt Nippes, das Bürgeramt Chorweiler, das Bürgeramt Porz, das Bürgeramt Kalk und das Bürgeramt Mülheim, außerdem das Organisationsamt, die Zentralen Dienste, das Personalamt, die Zusatzversorgungs- und Beihilfekasse, das Amt für Informationsverarbeitung, die Stabsstelle E-Government und Online Service, das Zentrale Vergabeamt, das Rechts- und Versicherungsamt, das Amt für öffentliche Ordnung sowie Berufsfeuerwehr, Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz. Zu alledem kommt noch hinzu, dass der Stadtdirektor sich in dankenswerter Klarheit und Kompetenz aufgrund der Aufgabenübertragung des Oberbürgermeisters auch federführend mit der AG Stadtbahn-Bau beschäftigt. Er ist also weiß Gott ausgelastet.

Das alles macht er exzellent. Diesem schon sehr auskömmlich und umfassend angereicherten Dezernat jetzt aus dem Sachzusammenhang gerissen x-beliebig noch das Umwelt- und Verbraucherschutzamt zuzuordnen zu wollen, grenzt aber schon sehr an Willkür.

Wenn jemand eine solche Vielzahl von Aufgaben zu bewältigen hat, wie der Stadtdirektor das tut, muss man sich schon sehr genau überlegen, ob, wann und welche Aufgabe man hinzutut. Ich könnte mir durchaus - Herr Kollege Granitzka, bei Gelegenheit können wir noch einmal darüber sprechen - Aufgaben innerhalb der Stadtverwaltung vorstellen, die ich bei ihm weitaus besser aufgehoben sähe als bei anderen und die auch einen Sachzusammenhang mit seinen sonstigen Aufgaben hätten.

Ihm das Umwelt- und Verbraucherschutzamt zuzuordnen, macht aber nun wirklich keinen Sinn. Insofern entlarvt das Ihre Initiative auch als Klamauk. Nur weil das eine rechtswidrig ist, suchen Sie sich schnell den Nächsten. Das war weiß Gott nicht gut geschossen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Deswegen wäre das Konsequenteste, Sie zögen Ihren Antrag einfach zurück. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Jetzt kommen wir zu Herrn Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch die notwendige Änderung des Beschlusstextes haben wir hier jetzt noch eine Debatte.

Die FDP-Fraktion ist für Aufklärung, aber nicht für Vorverurteilung. Wir haben nicht nur die Zuständigkeit des Hauptausschusses beschlossen, sondern auch einen Besichtigungsbau. Die Staatsanwaltschaft wird dann feststellen, wie es ist. Ich glaube, dass wir hier weiter im Nebel herumstochern.

Darum werden wir diesem Beschlusstext nicht zustimmen.

Ansonsten bleibt es dabei: Die Umweltdezernentin hat das Vertrauen der FDP-Fraktion. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, erkläre ich, dass ich mit dem Antrag, das Umwelt- und Verbraucherschutzamt auf den Stadtdirektor zu verlagern, nicht einverstanden bin.

Daher ist es notwendig, dass wir eine Abstimmung durchführen. Wir brauchen hier eine qualifizierte Mehrheit, also die Mehrheit der Ratsmitglieder; das sind 46.

Ich komme jetzt zur Abstimmung. Wer für den Antrag der CDU-Fraktion ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir kommen dann zum nächsten Tagesordnungspunkt, nämlich:

3.1.5 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Moratorium zum Abschluss langfristiger Miet- und Pachtverträge im Deutzer Hafen“ AN/0726/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0989/2010

Ich gebe dazu Herrn Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Idee eines Moratoriums zum Abschluss weiterer Miet- und Pachtverträge im Deutzer Hafen stammt nicht von der FDP-Fraktion - das gebe ich hier gerne zu -, sondern von dem Kollegen Jörg Frank von den Grünen. Er hat sie am 30. Oktober 2008 in Veröffentlichungen im *Kölner Stadt-Anzeiger* und in der *Kölnischen Rundschau* in die Welt gebracht.

Wir haben dies zum Anlass genommen, für die Ratssitzung am 13. November 2008 einen entsprechenden Antrag zu stellen; denn Sie wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie wichtig uns das Thema der Umnutzung des Deutzer Hafens ist. Außerdem halten wir dieses Moratorium für ein richtiges Instrument, damit hier - insbesondere von der HGK, die bisher in dieser Frage leider nichts ausgelassen hat, um die Entwicklungen zu blockieren - nicht Fakten geschaffen werden.

Nun sollte man denken, dass dann, wenn ein solcher Vorschlag der Grünen hier von der FDP eingebracht wird, das Ganze eine breite Mehrheit im Rat findet. Es hat sie aber leider nicht gefunden. Zurückzuführen ist das auf die damalige Debatte, die man im Ratsprotokoll auf insgesamt 15 Seiten nachlesen kann.

Insbesondere hat es dort auch bestimmte Aussagen von Herrn Böllinger gegeben, der damals noch in der Funktion des Sprechers der Geschäftsführung der Stadtwerke aufgetreten ist. Ich darf das hier einmal zitieren. Kurz vor Schluss der Debatte hat Herr Böllinger gesagt:

Ich sichere hier noch einmal zu - das habe ich heute vor der Sitzung auch mit meinem Mitgeschäftsführer abgestimmt -, dass wir am Montag eine entsprechende Weisung an die HGK erteilen, damit nichts anbrennt.

Das hat Herr Böllinger am 13. November 2008 vor diesem Rat erklärt.

Nachdem der Sprecher der Geschäftsführung der Stadtwerke hier gegenüber dem Rat eine so weit gehende Zusage gemacht hat, war es natürlich kein Wunder, dass die Mehrheit des Rates gesagt hat: Wir glauben den Stadtwerken ja. Dann brauchen wir doch nicht so einen lästigen Antrag der FDP. - Man gibt ja nur ungern zu, dass aus der Richtung der Opposition eine gute Idee gekommen ist.

Nach dieser Zusage wurde der von uns vorgelegte Antrag hier also abgelehnt.

Seither sind wir zwei entscheidende Schritte weiter.

Erstens hat es das zweitägige große Symposium zur Zukunft der Nutzung des Deutzer Hafens gegeben, das sehr erfreuliche Ergebnisse gebracht hat und gezeigt hat, dass der Weg für eine Umnutzung des Deutzer Hafens gangbar ist. Es gibt zwar viele rechtliche Klippen, zum Beispiel im Hochwasserschutz. Wo ein Wille ist, ist aber auch ein Weg.

Zweitens hat noch in der alten Ratsperiode, und zwar in der letzten Sitzung am 10. September 2009, dieses Haus einen Beschluss für eine Umnutzung gefasst.

Leider muss man feststellen, dass die HGK das Vertrauen gebrochen hat, das der Rat bei seiner Sitzung am 13. November 2008 in sie gesetzt hat, als er darauf vertraut hat, dass dies mit der Zusage des Sprechers der Stadtwerke erledigt

ist. In den aktuellen Sitzungen des Aufsichtsrates gab es nämlich Vorlagen zur Verlängerung von Mietverträgen, die bis zum Jahre 2017 befristet waren, um zunächst zehn Jahre mit der Option auf weitere Verlängerung um zweimal fünf Jahre. Dann sind wir schon im Jahre 2037. Diese Dinge sind dort offenkundig geworden und entsprechen eben nicht der Zusage, die hier gegeben worden ist. Das zeigt, dass die HGK nach wie vor bestrebt ist, Entwicklungen zu blockieren.

Meine Damen und Herren des Rates der Stadt Köln, so etwas können wir uns als Eigentümer der HGK, als Eigentümer dieser Flächen und als diejenigen, die in dieser Stadt die Planungshoheit haben, nicht gefallen lassen. Deswegen müssen wir handeln.

(Beifall bei der FDP)

Wir wissen, wie es ausgeht, wenn solche Verträge geschlossen werden. Hier geht es um Millioneninvestitionen. Entweder blockieren sie nachher die Entwicklung, oder wir müssen irgendwann zum goldenen Handschlag greifen und die entsprechenden Unternehmen entschädigen.

(Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

- Der Kollege Klipper wirft gerade das Stichwort Großmarkt in den Raum. Dort haben wir in der Tat ähnliche Entwicklungen gehabt.

Aufgrund dieser Entwicklung und weil wir uns hier eigentlich einig gewesen sind, dass wir eine Überlegung anstellen wollen, wie wir beim Deutzer Hafen einen Mehrwert schaffen können, haben wir diesen Antrag jetzt noch einmal eingebracht. Ich hoffe, dass er heute eine breite Mehrheit findet.

In dieser Hoffnung bestärkt werde ich durch den Änderungsantrag von SPD und Grünen, den wir gerne übernehmen, weil er die Sache noch etwas breiter absichert, als wir das durch unsere Formulierung gemacht haben.

Daher hoffe ich, dass wir heute mit anderthalb Jahren Zeitverlust diesen Beschluss doch noch fassen.

In diesem Zusammenhang ergeht auch der Auftrag an die Verwaltung, das entsprechende Nutzungskonzept vorzulegen. Das Moratorium ist gemäß dem Änderungsantrag von Rot-Grün bis Ende nächsten Jahres befristet. Ich hoffe, dass wir dann schlauer sind.

Ich hoffe aber auch, dass die HGK die Entwicklung, die wir hier wünschen, nicht weiter boykottiert oder entsprechend konterkariert. - Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Sterck. - Nun kommen wir zu Herrn Zimmermann.

Michael Zimmermann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Sterck, wir werden heute Ihrem Antrag zustimmen. Wir werden ihn in der Tat spezifizieren, weil wir ein unbefristetes Moratorium nicht für zielführend halten.

Ich möchte Ihnen nur zu Ihren Ausführungen, die Sie eben gemacht haben, Folgendes sagen: Sie unterstellen dem Vorstand der HGK, dass er Dinge boykottiere. Das stimmt einfach nicht; denn wir haben de facto ein Moratorium.

De jure ist der Vorstand der HGK für die Vertragsschließungen zuständig. Dabei ist der Vorstand dem Wohl des Unternehmens verpflichtet. Darauf ist Herr Böllinger, den Sie eben zitiert haben, damals auch eingegangen. Nachdem er die Zusage, die Sie richtig zitiert haben, gemacht hat, hat er erklärt:

Einen kleinen - rein rechtlichen - Wermutstropfen will ich hier allerdings erwähnen, damit das auch im Protokoll steht. Der Vorstand der HGK hat eine Vermögensfürsorge- und -betreuungs-pflicht gegenüber seinem Unternehmen. Dieses Unternehmen ist nicht zu 100 Prozent Eigentum der Stadt Köln; mit 6,3 Prozent ist ein außenstehender Aktionär, nämlich der Rhein-Erft-Kreis, daran beteiligt. Wenn eine Maßnahme, die von der Geschäftsführung der Holding angewiesen wird, dem Unternehmen HGK schadet, ist der Vorstand berechtigt und auch verpflichtet, diese Weisung nicht auszuführen.

Diese Problematik haben wir jetzt natürlich auch.

Der Punkt ist folgender: Im Moment haben wir de facto ein Moratorium. Die Vorstände der HGK sind, obwohl sie dazu nicht verpflichtet sind, bei jeder Investition und jeder Vertragsverlängerung, die längerfristig sein sollte, bisher in den

Aufsichtsrat der HGK gekommen und haben uns gesagt, was dort ansteht. Dann haben wir entschieden. Das hat bisher funktioniert.

Jetzt haben wir in der Tat die Situation, dass es einen Investor gibt, der im Hafen erhebliche Investitionen vornehmen will. Je näher man an das Jahr 2020 herankommt, rechnet sich das natürlich nur, wenn man auch danach eine längere Zeit hat, in der es sich rentieren kann. Der Vorstand kann diese Investition nicht einfach ablehnen, weil eine solche Ablehnung natürlich dem Unternehmen schadet. Er muss einen Grund dafür haben.

Deswegen betrachten wir in der jetzigen Situation dieses Moratorium anders als Sie nicht als Misstrauensvotum gegenüber den Vorständen der HGK, sondern ganz im Gegenteil als Unterstützung für die Vorstände; denn wir machen jetzt den Willen des Rates noch einmal sehr deutlich. Wir sagen, wohin wir wollen, und stärken den Vorständen damit den Rücken.

In der Tat existiert der Ratsbeschluss, auf den Sie eben hingewiesen haben. Dieser Ratsbeschluss, der hier breit getragen worden ist, trifft aber noch keine konkreten Aussagen, sondern ist quasi ein Prüfauftrag.

Damit komme ich auch zu unserem Änderungsantrag. Wir möchten jetzt, dass das Moratorium befristet wird - aus einem einfachen Grund: Wir wollen, dass die Verwaltung bis zu diesem Zeitpunkt diesen Auftrag abarbeitet und das Nutzungskonzept vorlegt, damit wirklich klar ist, was der Rat der Stadt Köln, also der Eigentümer der HGK, möchte. Das gibt auch die entsprechende Sicherheit. Dann können die Vorstände der HGK angemessen damit umgehen.

Von daher sind wir uns wohl darin einig. Es sieht ja so aus, dass wir das Ganze auch breit tragen. Wir wollen, dass der von uns am 10. September 2009 gefasste Beschluss schnell umgesetzt wird und in absehbarer Zeit abgearbeitet wird.

Die Befristung des Moratoriums - ich sage es noch einmal - ist notwendig, weil sonst niemand mehr im Deutzer Hafen investieren wird. Dann wird er nach und nach verkommen, und die HGK wird natürlich auch immer weniger Einnahmen erzielen können. Infolge eines unbefristeten Moratoriums wird der Deutzer Hafen also im Grunde sterben.

Wenn parallel dazu keine Vorlage der Verwaltung erfolgt, dümpelt das über Jahre dahin. Das

wollen wir natürlich vermeiden. Wir wollen eine klare Zielsetzung vornehmen.

Herr Oberbürgermeister, verbinden möchten wir dies mit der Bitte an Sie, das Ganze voranzutreiben. Als wir in der letzten Sitzung der vergangenen Wahlperiode hier diskutiert haben, hat Ihr Vorgänger uns auf offener Bühne eine Diskussion des Stadtvorstandes geliefert, bei der die Meinungen zwischen dem Wirtschaftsdezernenten auf der einen Seite und dem Planungsdezernenten auf der anderen Seite offen hin und her gegangen sind. Das war hochinteressant. Oberbürgermeister Schramma hat es aber nicht zusammenbinden können. Wir sind sehr zuversichtlich, dass Sie das können, Herr Oberbürgermeister. Wir bitten Sie und die Verwaltung, uns ein Nutzungskonzept vorzulegen, das wir dann hoffentlich mit einer breiten Mehrheit hier beschließen können. Dafür geben wir Ihnen bis Ende 2011 Zeit. So lange soll das Moratorium gelten.

Ich hoffe, dass wir dann alle gemeinsam mit dem Deutzer Hafen ein gutes Stück weiterkommen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Zimmermann. - Jetzt kommen wir zu Herrn Klipper.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst noch einige Worte zum letzten Tagesordnungspunkt sagen, Frau Moritz. Ich werde mir auch weiterhin erlauben, Zwischenrufe zu machen, auch wenn es Sie manchmal stört - insbesondere dann, wenn die Vergleiche, die Sie benutzen, so platt waren, wie es diesmal der Fall war. Es ging ja um die Ursache für den Einsturz des Stadtarchivs.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Mensch! Wir sind bei einem anderen Tagesordnungspunkt!)

Sie wollten das mit einem Einbruch vergleichen und haben die Frage gestellt, ob dann die Putzfrau oder der Sicherheitsdienst dafür verantwortlich ist.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Zur Sache!)

In solchen Fällen werde ich mir auch weiterhin erlauben, Einsprüche zu machen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Warum haben Sie sich nicht gemeldet?)

- Das habe ich Ihnen doch gesagt: weil Sie sich verbeten haben, dass ich einen Zwischenruf mache. Sonst hätte ich das auch getan.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie können sich doch regulär melden!)

Frau Moritz, lassen Sie mich jetzt aber zu diesem Tagesordnungspunkt kommen.

Herr Sterck und Herr Zimmermann, wir stimmen Ihrem Antrag in vollem Umfang zu. Wir halten es für richtig, dass in diesem Punkt Druck gemacht wird.

Vor dem Hintergrund der Diskussion vom letzten Dienstag über die Zukunft der Flächennutzung in der Stadt Köln, die von dem Liegenschaftsdezernenten und dem Planungsdezernenten dankenswerterweise initiiert worden ist und bei der über das in Konkurrenz zu Grün und zu Bebauung - Wohnbau etc. - stehende Nutzungskonzept für Gewerbeflächen gesprochen worden ist, werden wir dazu kommen müssen - so sehe ich diesen Antrag, meine Damen und Herren -, dass wir uns endgültig entscheiden: Wohin will diese Stadt? Wohin will diese Stadt mit ihren Flächen, die ihr zur Verfügung stehen? In welche Richtung wollen wir gehen? Wollen wir einen Logistikhafen haben? Natürlich brauchen wir Logistik. Aber müssen wir die Logistik - ich sage das nochmals - für die ganze Region abwickeln? Oder ist es nicht wichtig für uns, den eingeschränkten Raum, der uns überhaupt nur zur Verfügung steht, für andere Zwecke zu nutzen?

Denken Sie einmal daran, welchen Impuls der Rheinauhafen gegeben hat. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir auf der anderen Rheinseite beim Deutzer Hafen einen ähnlichen Impuls geben können, wenn wir Dienstleistungen und Wohnen, von mir aus auch Gewerbe, in eine sehr gute Kombination bringen.

Dazu brauchen wir aber eine Vorlage. Dafür brauchen wir endgültig die Abarbeitung des Prüfauftrages.

Ich hoffe, dass dieser Antrag, den wir heute auf Initiative der FDP - dafür bedanke ich mich -

beraten, in der durch SPD und Grüne veränderten Form dazu führt, dass wir für den Deutzer Hafen endlich eine Zukunftsperspektive bekommen, die ähnlich wie der Rheinauhafen - ich sage nicht „gleich dem Rheinauhafen“, sondern „ähnlich wie der Rheinauhafen“ - einen weiteren Impuls für die Stadt Köln gibt.

Dann wäre ich sehr dankbar, wenn wir Ende des Jahres 2011 mit breiter Mehrheit ein gutes Konzept für dieses Areal absegnen würden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Klipper. - Wir kommen dann zu Herrn Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Als wir am 13. November 2008 die Diskussion geführt haben, auf die auch Herr Sterck hingewiesen hat, haben wir uns faktisch für ein Moratorium ausgesprochen und darauf gesetzt, dass das, wie es so schön heißt, in freiwilliger Selbstbindung möglich ist.

Diesen Begriff hat damals auch der Sprecher der Geschäftsführung der Stadtwerke, Herr Böllinger, benutzt. Ich fand das richtig.

Meines Erachtens hat sich aber herausgestellt, dass diese Bindung zu schwach ist; denn ein Dreivierteljahr später, als die Verwaltungsvorlage für das Umnutzungskonzept des Deutzer Hafens nach dem Symposium öffentlich war, hat der Regierungspräsident sieben Tage vor unserer Ratssitzung eine öffentliche Erklärung herausgegeben, in der es heißt - Zitat -:

Aus Sicht der Bezirksregierung Köln stehen der Flächenbedarf für den Güterumschlag der Kölner Häfen und der Hochwasserschutz den Plänen entgegen, die der Masterplan für die Stadt Köln vorsieht. Dies ist das Ergebnis einer intensiven Ortsbesichtigung, die Regierungspräsident Lindlar mit Fachleuten seines Hauses und Vertretern der Häfen und Güterverkehr Köln AG vorgenommen hat.

Dieser Vorgang lässt natürlich nicht darauf schließen, dass jemand tatsächlich eine freiwillige Selbstbindung einget.

Wir wissen auch aus einer Reihe von öffentlichen Äußerungen der HGK-Spitze, dass sie inhaltlich eine andere Position hat als die, die der Rat am 10. September 2009, also einige Tage später, dann beschlossen hat, als er die Vorlage „Rechtsrheinisches Entwicklungskonzept, Teilraum Süd: Erstellung eines Entwicklungskonzeptes für den Deutzer Hafen mit Teilumnutzung“ angenommen hat. In den Debatten, die sich um die Frage gerankt haben, ob langfristige Verträge geschlossen werden können oder nicht, wurden die Bedeutung und die Wirkung dieses Ratsbeschlusses immer wieder infrage gestellt.

Insofern muss ich schon feststellen, dass es einen inhaltlichen Dissens gibt. Und wenn das so ist, dann ist der Mehrheitseigentümer gefragt. Der Mehrheitseigentümer ist die Stadt Köln.

Es muss nicht nur, wie Herr Zimmermann zu Recht sagte, aus rechtlichen Erwägungen für den Vorstand einer Aktiengesellschaft heute Klarheit geschaffen werden, sondern auch aus inhaltlichen Erwägungen, weil - so sehen wir das - dieser Ratsbeschluss eindeutig ist, und zwar in der Frage, dass er dem Deutzer Hafen als Umschlagshafen keine Wachstumsperspektive mehr zubilligt. Das geht aus diesem Text eindeutig hervor. Insofern würden Bestrebungen nach langfristigen Bindungen, wie es in der Pressemitteilung des Regierungspräsidenten ausgedrückt wird, für hafenauffine Unternehmen und für Umschlag diesem Ziel entgegenlaufen. Daher ist es tatsächlich notwendig, im Zusammenhang mit dem Textvorschlag im Antrag der FDP die Ziffer 1 des Änderungsantrags von SPD und Grünen in der Deutlichkeit einer Anweisung zu beschließen.

Es ist aber noch ein Zweites festzuhalten. Der Beschluss vom 10. September 2009, dass ein Nutzungskonzept vorzulegen ist, sagt bereits aus, dass es nicht nur um eine einfache planungsrechtliche Frage geht. Zudem wurde bei dem Symposium deutlich, dass es erhebliche rechtliche Probleme gibt, die Zielvorstellungen, für die die Regelungen des vorbeugenden Hochwasserschutzes aufgehoben werden müssen, mit den Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes und des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in Einklang zu bringen.

Dies ist tatsächlich eine komplizierte rechtliche Frage. Erst eine in Zusammenarbeit mit den tätigen Akteuren und letztendlich auch mit der Bezirksregierung zu findende Lösung eröffnet die

Möglichkeit einer sukzessiven Umnutzung zu einem Mischgebiet.

Das bedeutet aber auch, dass diese Frage, auch wenn sie natürlich immer noch durchaus kompliziert ist, nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden kann. Daher ist es besonders ärgerlich, dass wir seit diesem Beschluss von den Aktivitäten der Stadtverwaltung nichts mehr gehört haben.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Genau so ist es!)

Deshalb haben wir in Ziffer 4 des Änderungsantrags zugleich auch die Aufforderung und den deutlichen Appell an die Stadtverwaltung aufgenommen, alles Erforderliche zu tun, um diese Fragen zügig zu klären, was uns dann hoffentlich die Möglichkeit eröffnet, in eine Rahmenplanung einzumünden. In diesem Zusammenhang ist es auch notwendig, eine Frist zu setzen; denn ein Schwebezustand auf Dauer macht für alle Beteiligten und auch für alle, die an einer Fortentwicklung zu einer Mischnutzung Interesse haben, keinen Sinn.

Wir erwarten, dass wir bei den nächsten Sitzungen der zuständigen Ausschüsse für Stadtentwicklung und Wirtschaft einen Sachstandsbericht erhalten. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Bevor ich Herrn Detjen das Wort gebe, will ich über die Aktivitäten der Verwaltung berichten, damit nichts Falsches stehen bleibt.

Das Nutzungskonzept vom 10. September 2009 wird natürlich intensiv erarbeitet. Die Workshops sind ausgewertet. Ein zusätzliches Gutachten, das notwendig ist, um die schwierigen rechtlichen, aber auch die stadtentwicklungspolitischen Fragestellungen zu klären, steht unmittelbar vor der Auftragsvergabe. Die haushaltsrechtlichen Probleme sind auch gelöst.

Wir sind also in der Lage, den Stadtentwicklungsausschuss darüber zu informieren, sobald das Gutachten und die Konturen des Gutachtens vorliegen. Wir werden aber den Stadtentwicklungsausschuss und den Wirtschaftsausschuss auch regelmäßig über den Fortgang unterrichten.

Dann hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (Die Linke.): Meine Damen und Herren der vier großen Parteien! Sie versuchen, hier Duftmarken zu setzen. Wir wissen aber, wie das mit den Düften ist - sie verfliegen relativ schnell. Wir wissen auch, dass die Diskussion über den Deutzer Hafen sehr lange dauern wird. Insofern müssen Sie öfter mal Duftmarken setzen. Was Sie bisher getan haben, wird nicht reichen.

Ich bin Herrn Zimmermann dankbar, der relativ deutlich gesagt hat, dass es dieses Moratorium faktisch schon gibt.

An dem Antrag der FDP kann man auch deutlich erkennen, dass die liberale Partei in gewisser Weise industriefeindlich ist.

(Widerspruch von der FDP)

Das kann man ja an der ganzen Sache deutlich sehen; denn würde man dieses Moratorium ohne Befristung beschließen - was nach dem Änderungsantrag von SPD und Grünen zum Glück nicht erfolgt -, wäre das zum einen industriefeindlich, und zum anderen wären Arbeitsplätze in Gefahr. Insofern läuft die Diskussion ja.

Sie fragen alle: Wohin wollen wir? - Herr Klipper und Herr Frank sind sich bereits einig. Herr Klipper spricht von Dienstleistung und Gewerbe; Herr Frank spricht von Mischgebiet. Ich kann nur Folgendes sagen: Das verstößt auf jeden Fall gegen die Positionen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der der Meinung ist, dass hier Industrie angesiedelt worden ist und es sich um einen Industriestandort handelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, schauen Sie sich doch einmal an, was der DGB zu der ganzen Sache sagt.

Auch die Kolleginnen und Kollegen von den Grünen verlassen gerade eine ihrer grundsätzlichen Positionen - Stichwort: Hochwasserschutz. Es ist ganz klar geregelt, dass im Hochwasserschutzgebiet nicht gebaut werden darf. Genau das planen Sie aber. Wenn Sie sagen, dass Sie dort ein Mischgebiet etablieren wollen, ist klar, dass dort Wohnungen entstehen sollen. Das ist Ihre Position; das ist Ihre Planung.

Auch diese Position lehnen wir ab. Wir werden dem Antrag nicht folgen, weil wir beide Positionen nicht teilen. Sowohl die industrielle

Entwicklung des Hafens - Stichwort: Industriehafen - als auch den Hochwasserschutz halten wir für zwei wichtige Punkte, die in der ganzen Sache verteidigt werden müssen. Deswegen werden wir den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es gibt weitere Wortmeldungen. Zunächst Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nicht nur die Beobachter, die heute erstmalig hier sind, sondern auch die Leute, die die Diskussion langfristig beobachten dürfen, können nach Abschluss der heutigen Debatte feststellen, dass die Stadt kein einheitliches Konzept für ihre Häfen hat. Für mich stellt sich dann immer die Frage, ob man sich eigentlich noch bewusst ist, dass man Köln am Rhein ist und mit diesem Strom verbunden ist.

Jetzt sollte man langsam wirklich einmal Beschlüsse fassen, die auch tragbar sind, und zwar konzeptionell aufeinander abgestimmt. Ich darf daran erinnern, dass wir im Kölner Süden in Godorf immer noch eine unklare Situation haben. Das ist für die Menschen, die dort unmittelbar betroffen sind, eine ganz große Belastung, und es bringt die Stadt Köln nicht weiter. Ich denke, dass alle Häfen, die auf unserem Kölner Stadtgebiet liegen, hier konzeptionell eingebunden werden müssen.

Da wir nun feststellen konnten, dass das alles auch in den einzelnen Punkten nicht befriedigend gelöst ist, sind wir natürlich für diesen Antrag, damit wir hier noch einmal eine weitere Denkpause bekommen. Allerdings bitte ich darum, sie auch zu nutzen und das Konzept zügig vorzulegen. - Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Wir kommen nun zu Herrn Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich wollte nur kurz dem widersprechen, was Herr Detjen gesagt hat. Ich lasse das zwar immer gerne so stehen. Wenn es aber zu grober Unfug ist, muss ich eingreifen; denn sonst steht es nachher in der Zeitung, und dann wird so etwas schnell für bare

Münze genommen. Lassen Sie mich also etwas zu den beiden Aspekten sagen, die Sie zuletzt angesprochen haben, Herr Detjen.

Erstens: die Arbeitsplätze. Möglicherweise kann man uns ja vieles vorwerfen; dass die FDP arbeitsplatzfeindlich wäre, ist aber nicht richtig. Heute gibt es auf diesem Gelände circa 400 Arbeitsplätze. Nach den Überlegungen, die es gegeben hat und über die wir hier auch gesprochen haben, besteht dort ein Potenzial von 4 000 Arbeitsplätzen. Das sind in der Tat andere Arbeitsplätze; da gebe ich Ihnen recht. Einfach nur zu sagen: „Wir hören auf das, was der DGB sagt; um Gottes willen, das haben SPD und Grüne in ihrer Argumentation nicht mit eingebunden“, ist aber viel zu knapp. Dieses Grundstück ist zu wertvoll, um dort in Sichtweite des Kölner Doms Schrott umzuladen. Dort können wir höherwertige Arbeitsplätze schaffen. Das ist sicherlich unser Ansinnen.

Zweitens: der Hochwasserschutz. Auch dort liegen Sie falsch. Natürlich haben wir Probleme mit dem Hochwasserschutz - aber doch nur rein rechtlich. Der Vertreter der Hochwasserschutzzentrale, Herr Vogt, hat in dem Symposium ja gesagt, dass wir durch eine Bebauung des Deutzer Hafens mehr Hochwasserschutz schaffen. Deswegen brauchen Sie die Grünen hier gar nicht in dieser Form vorzuführen. Wenn wir das Gelände intelligenter modellieren, schaffen wir dort nachher mehr Schutz für die Stadt Köln vor Hochwasser.

Jetzt müssen wir einen rechtlich gangbaren Weg finden, wie wir dies zusammen mit der Bezirksregierung, dem Land und dem Bund voranbringen. Deswegen ist es sehr platt, hier diese „Killerargumente“ gegen das Projekt vorzubringen. So kommen wir mit der Argumentation nicht weiter.

Ich bin gespannt auf das, was die Verwaltung uns vorlegt. Dann können wir weitersehen. Mit einer so platten Argumentation kommen wir hier aber nicht weiter. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt schaue ich mich einmal um. - Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen erweiterten Antrag. Wenn ich die Wortmeldungen

richtig auswerte, dürfte es hier zu einer breiten Übereinstimmung kommen.

Wir stimmen also über den FDP-Antrag in der durch den Zusatzantrag von SPD und Grünen erweiterten Form - Stichwort: Begrenzung des Moratoriums - ab. Wer gegen diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion Die Linke. Wer Enthält sich? - Niemand. Damit ist der Antrag so angenommen.

(Beifall bei der FDP)

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.6:

3.1.6 Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln betreffend „Weiterbeschäftigung der Auszubildenden der Stadt Köln“

Hierbei handelt es sich um einen Antrag, der schon einmal als Dringlichkeitsantrag gestellt worden ist. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nach der letzten Ratssitzung, in der wir darauf hingewiesen hatten, dass hier dringend Handlungsbedarf besteht, wurde unserer Fraktion von der Verwaltung mitgeteilt, dass dieser Missstand weitgehend behoben ist. Dafür danken wir herzlich. Deshalb ziehen wir diesen Antrag heute zurück.

(Beifall von Bernd M. Schöppe
[pro Köln])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Der Antrag wird zurückgezogen. Dann brauchen wir nicht darüber abzustimmen.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.7:

**3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Operngastspiele in Peking und Schanghai müssen überprüft werden!“
AN/0904/2010**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0904/2010**

Dazu erteile ich Herrn Detjen das Wort.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In der Ratssitzung am 26. März 2009 brachte die Verwaltung eine Tischvorlage zur Finanzierung eines Gastspiels der Oper anlässlich der EXPO 2010 in Schanghai ein. Kosten: 2,1 Millionen Euro. CDU, SPD und Grüne wiesen die Vorlage und den Kostenrahmen zurück.

Zur Ratssitzung am 5. Mai 2009 - also eine Ratssitzung später - brachte die Verwaltung eine neue Vorlage ein, die Kosten in Höhe von 1,379 Millionen Euro für die Reise nach Schanghai plus drei Aufführungen in Peking beinhaltete. Kollege Martin Börschel brachte daraufhin den Änderungsantrag ein, die Kosten auf 825 000 Euro zu begrenzen. Herr Lemper von der CDU unterstützte den Antrag.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Herr Dr. Lemper!)

Der Rat folgte diesem Antrag. Die FDP stimmte den vorgeschlagenen Änderungen nicht zu. Sie hätte lieber 1,379 Millionen Euro ausgegeben. Die Linke lehnte die gesamte Finanzierung ab. Angesichts sich der damals schon abzeichnenden Haushaltslage und der anstehenden Sanierung des Opernquartiers schien uns das eine maßlose Verschwendung von Geldern aus der Betriebsmittelrücklage für ein solches Prestigeprojekt zu sein.

Dem Ratsprotokoll ist zu entnehmen, dass das Gastspiel in Peking gestrichen wird, sofern die Deckungslücke für das Gastspiel in Schanghai nicht geschlossen werden kann. Der Beigeordnete Professor Quander erklärte - ich zitiere, Herr Oberbürgermeister -:

Das Gastspiel in Peking ist auf dieser Basis erst einmal nicht möglich ... Ich bin eigentlich guter Hoffnung, dass bis zu diesem Ereignis noch mehr Sponsorengelder zustande kommen. Ich wünsche mir, dass am Ende beide Gastspiele möglich sein werden.

Das ist ein Jahr her. In der Zwischenzeit haben die Betriebsleitung der Oper und die Kulturverwaltung das Gastspiel in Peking einfach weitergeplant und die Beschlüsse des Stadtrates ignoriert. Gleichzeitig ist der Versuch kläglich gescheitert, das Gastspiel in Peking über Sponsoren zu finanzieren. Durch unsere Anfrage im Kulturausschuss wurde deutlich, dass es hinsichtlich der Finanzierung beider Reisen eine Deckungslücke von 945 705 Euro gibt. Dieser Betrag untergliedert sich wie folgt: Schanghai:

726 225 Euro, Peking: 183 089 Euro. Selbst wenn wir so großzügig sind und die Höchstgrenze von 825 000 Euro auf beide Gastspiele anwenden, was ja nicht dem Ratsbeschluss entsprechen würde, haben wir es hier immer noch mit einer Deckungslücke von 183 080 Euro zu tun.

Die Informationspolitik des Kulturdezernats in Bezug auf die China-Reise der Oper wurde von Anfang an im Ausschuss und im Rat von allen Parteien kritisiert. Trotz der Beschwerden gab es keine Verbesserung. Im Gegenteil, das Vorgehen wurde meines Erachtens immer schlimmer. Selbst auf eine offiziell gestellte Anfrage hin ist das Kulturdezernat nicht willens oder nicht fähig, mitzuteilen, wie die Deckungslücke geschlossen werden soll und auf welcher rechtlichen Grundlage das Gastspiel in Peking stattfinden soll. Eine Vorlage, in der die Verwaltung die Finanzierung der Kosten für ein Gastspiel in Peking beantragt, fehlt bis heute. Das heißt, es gibt keine Beschlussfassung in Sachen Peking.

Nicht einmal auf die Frage, wer an der Reise teilnehmen soll, wird eine brauchbare Antwort gegeben. 315 Personen werden laut Antwort der Verwaltung nach China fliegen, nämlich 22 Solisten, 24 Personen vom Chor, 125 Personen vom Gürzenich-Orchester, 74 Personen von der Technik, 7 Personen von der Projektleitung, Intendanz etc. Falls jemand die Zahlen jetzt mitaddiert hat, wird er auf die Zahl von 292 Personen kommen, nicht aber auf 315. Wer also sind die 23 Personen,

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Der Lebensgefährte von Westerwelle!)

die in dieser Liste nicht aufgeführt sind? Es ist doch eine interessante Frage, wer das ist. Ebenso interessant ist die Feststellung, dass die Kulturverwaltung offensichtlich nicht rechnen kann.

Meine Damen und Herren, wir hätten gern Klarheit über diese Halbwahrheiten und diese Verschleierung. Deswegen beantragen wir, dass sich das Rechnungsprüfungsamt mit dem Vorgang befasst und dass der Rat der Stadt Köln an dem Beschluss, den er gefasst hat, auch tatsächlich festhält. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Möller, bitte.

Monika Möller (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zum Antrag der Linken sind eigentlich nicht viele Worte zu machen. Das Gastspiel der Kölner Oper in Schanghai und Peking wurde ja bereits ausgiebig diskutiert. Herr Detjen selbst hat eben auf die Sitzung am 5. Mai 2009 hingewiesen, in der klare finanzielle Rahmenbedingungen festgelegt wurden. Wir erwarten selbstverständlich, dass diese Vorgaben von der Verwaltung auch genau so eingehalten werden. Vor diesem Hintergrund ist die Ziffer 1 des Antrags der Linken aus unserer Sicht eine schlichte Selbstverständlichkeit. Hieraus jetzt noch einmal einen Antrag zu formulieren, bedeutet schon eine gewisse Zumutung.

(Winrich Granitzka [CDU]: Sehr richtig!)

Mit Ziffer 2 des Antrags schließt die Fraktion Die Linke weit über das Ziel hinaus. Das Rechnungsprüfungsamt hat als Amt des Rates Prüfinstanz und ist die Ultima Ratio, das heißt, das letzte Mittel. Eine Beauftragung hieße daher im vorliegenden Zusammenhang, wahrlich mit Kanonen auf Spatzen zu schießen, und wäre ein falsches Signal.

Meine Damen und Herren, beim Antrag der Linken handelt es sich genau genommen um eine Anfrage, die in Antragsform gegossen wurde.

(Winrich Granitzka [CDU]: Genau!)

Deshalb sollten wir mit dem Antrag auch genau so verfahren. Fragen zu stellen, ist selbstverständlich legitim. Auch wir möchten, dass die Fragen der Linken von der Verwaltung beantwortet werden. Es soll keineswegs der Eindruck entstehen, dass in dieser Sache irgendwem irgendetwas unklar bleibt.

Aus den vorgenannten Gründen soll nicht das Rechnungsprüfungsamt prüfen. Vielmehr wird die Verwaltung gebeten, die Fragen zu beantworten und den entsprechenden Ausschüssen, also dem Finanzausschuss, dem Betriebsausschuss der Bühnen und dem Rechnungsprüfungsausschuss, zur Kenntnis zu geben. Sie finden diese geänderte Ziffer 2 in der zuletzt ausgeteilten und korrigierten Fassung des Änderungsantrags von SPD und Grünen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen sowie von Winrich Granitzka [CDU])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Möller. - Herr Dr. Elster, bitte.

Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nicht nur die Ziffer 2 im Antrag der Linken ist eine Zumutung, sondern der Antrag der Linken insgesamt. Durch die Art und Weise, wie diese China-Reise zum wiederholten Male thematisiert wird, wird von der Linken, gerade eben wieder in Person von Herrn Detjen, versucht, die Institution Kölner Oper in den Schmutz zu ziehen. Das ist in der Tat eine Zumutung, meine Damen und Herren. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Institution hier dauerhaft in den Schmutz gezogen wird.

(Beifall von Winrich Granitzka [CDU] sowie von pro Köln)

Die Kölner Oper hat von uns vor einem Jahr den Auftrag bekommen, diese China-Reise zu planen. Genau das macht die Verwaltung. Es ist unfassbar, in welcher Art und Weise Herr Detjen hier den Eindruck erweckt, als ob Herr Wasserbauer und sein Team irgendetwas im Verborgenen machen würden. Herr Wasserbauer macht genau das, wofür ihm vom Rat der Stadt der Auftrag erteilt worden ist.

Über den gesamten Zeitraum hinweg bestand volle Kostentransparenz. Herr Börschel als Vorsitzender des Finanzausschusses hat in diesem Frühjahr die 825 000 Euro für die gesamte China-Reise freigegeben. Damit wurde der Handlungsrahmen geschaffen, damit die Verwaltung genau das machen konnte, was sie nun gemacht hat.

Dass ein Gastspiel, das in Schanghai und unserer Partnerstadt Peking während eines Events stattfinden soll, bei dem die ganze Welt auf die Inszenierung unserer Kölner Oper schauen wird, immer wieder in den Zusammenhang mit irgendwelchen finanzmathematischen Klauereien gerückt wird, wie es Herr Detjen hier gerade wieder dargestellt hat, wird der Institution Oper einfach nicht gerecht.

(Winrich Granitzka [CDU]: Sehr richtig!)

Es ist schon gesagt worden, dass das Verfahren, was hierfür gewählt worden ist, eigentlich nichts anderes ist als eine Anfrage. Herr Detjen, warum stellen Sie nicht einfach eine Anfrage im Finanzausschuss? Warum stellen Sie nicht einfach eine Anfrage im Kulturausschuss?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Da gehört es hin, in den Kulturausschuss!)

- Genau. - Dort gehört das Thema hin, und dort werden Sie eine Antwort auf Ihre Frage bekommen. Stattdessen müssen wir uns hier eine Stunde lang mit Ihrem Antrag auseinandersetzen. Das ist nicht im Sinne der Sitzungsökonomie. Das wird auch der Verwaltung nicht gerecht. Herr Wasserbauer zum Beispiel hätte es sich sparen können, heute hier herzukommen. Wenn dieser vermeintliche Antrag nicht gestellt worden wäre, hätte er vielleicht schon wieder ganz zeitökonomisch an den ihm erteilten Aufträgen arbeiten können. Aber nein, Herr Detjen, Sie mussten ihn davon abhalten.

Darin schwingt natürlich auch ein bisschen Kritik an der SPD und an den Grünen mit, die aus Koalitionsrason, weil man ja auf die Linken angewiesen ist - -

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, sind wir nicht! Wir haben eine eigene Mehrheit! - Unruhe)

- Im Land Nordrhein-Westfalen ist man auf die Linken angewiesen. Ich habe heute noch einmal in der Zeitung gelesen, dass es umfangreiche Kontakte gibt. - -

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir sitzen aber im Rat der Stadt Köln - Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

- Manchmal hat man aber den Eindruck, man säße hier schon woanders.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich nicht! Ich weiß genau, wo ich bin!)

Weil man auf die Linken angewiesen ist und sich den Linken nicht ganz verschließen will, wird diese völlig verbrämte, total falsch formulierte Anfrage dann auch noch übernommen. Der Änderungsantrag zu einem Antrag wird dann wieder zu einer Anfrage umgestaltet. Das ist schon ganz lustig. Doch wir wollen natürlich nicht verhindern, dass Sie von den Grünen und Sie, Herr Börschel, im Finanzausschuss noch einmal alle Informationen bekommen, über die Sie ohnehin schon verfügen. Wenn Sie meinen, das sei notwendig, dann stellen Sie diese Anfrage. Aber Sie sollten hier nicht den Anschein erwecken, als würde die Oper irgendetwas Verbotenes tun, wenn sie auf Gastspielreise geht. Im Gegenteil, wir können froh und stolz

darauf sein, dass unsere Oper Gastspiele in Peking und Schanghai geben kann. Wir wünschen unseren Bühnen dafür viel Erfolg.

(Beifall bei der CDU und bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau von Bülow, bitte.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich mache es ganz kurz. Im Prinzip hat Frau Möller schon alles gesagt, was ich auch hätte sagen wollen. Deshalb gebe ich mein Redemanuskript¹ zu Protokoll.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Herr Görzel, bitte.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Es muss einem schon verdächtig vorkommen, wenn ein Vertreter der Linken es der Kölner Oper nicht gönnt, vor den roten Genossen in Peking aufzutreten.

(Heiterkeit)

Möglicherweise liegt das daran, dass, soweit ich weiß, „Der Ring des Nibelungen“ von Richard Wagner aufgeführt werden soll. Vielleicht sollte eher „Die diebische Elster“ aufgeführt werden. Das haben Sie sich nur nicht getraut, zu sagen, Herr Kollege. Aber Spaß beiseite. Das Thema ist aus unserer Sicht zu ernst, als dass wir es uns erlauben könnten, aus ideologischen Gründen darüber herzuziehen. Ich will Ihnen auch erläutern, warum.

Die Gelegenheit, dass unsere Oper auf einer Weltbühne auftreten kann, sollte man sich nicht entgehen lassen. Ich glaube, jeder Musiker einer Oper wäre froh, wenn ihm eine solche Gelegenheit geboten würde. Die Oper fungiert in diesem Augenblick auch als Botschafter unserer Stadt auf der Weltausstellung. Sie wird dadurch in die Lage versetzt, für weitere Gastspiele - streng genommen ist das ja gar kein Gastspiel - auf sich aufmerksam zu machen. Es geht hier also um eine einmalige Gelegenheit für unsere Oper, sich im Ausland präsentieren zu können.

¹ Siehe Anlage 1

Ich finde es bedenklich, Herr Detjen, dass in Ihrem Antrag oder Ihrer Anfrage ein gewisser Tenor des gegeneinander Ausspielens mitschwingt, nämlich zwischen der sogenannten Hochkultur einerseits und der freien Szene andererseits. Mit dem Duktus Ihres Antrags versuchen Sie, genau dieses zu betreiben. Das kann nicht hingenommen werden; denn wir brauchen sowohl das eine als auch das andere.

Im Übrigen finde ich es auch nicht ganz lauter, dass Sie hier den Eindruck erwecken, die Kostenfrage müsse in einem Zusammenhang mit der Sanierung der Oper betrachtet werden. Wie bereits vorgetragen, ist der Auftrag schon recht alt. Er wurde bereits zu einem Zeitpunkt klar formuliert, als die Kostenexplosion für den Neubau beziehungsweise die jetzt anstehende Sanierung der Oper noch nicht bekannt war. Auch in dieser Hinsicht hinkt Ihre Begründung und lässt ein wenig durchblicken, welchen - in Anführungsstrichen - ideologischen Tenor Ihr Antrag verfolgt.

Ihre Anfrage beinhaltet aber auch nicht zutreffende Unterstellungen. Ich sage dies nur der Ordnung halber, weil es mir wichtig ist. Es hat sich nach meinem Kenntnisstand mit der Lufthansa ein Sponsor gefunden. Im Übrigen konnten nach meinem Wissen auch Drittmittel sowohl beim Bund als auch beim Land akquiriert werden.

Ich fasse zusammen: Wir können es uns nicht erlauben, unserer Oper lediglich aus ideologischen Gründen eine solche Gelegenheit zu verwehren. Außerdem beinhaltet der Antrag in seiner Begründung einige falsche Behauptungen, die ausgeräumt werden müssen. Aus diesem Grund kann unsere Fraktion dem Antrag nicht zustimmen. - Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der hier vorgelegte Antrag von Honeckers Erben ist im Geiste der Ausfluss eines Kulturbolschewismus, der hier immer mehr Raum greift. Vor diesem Hintergrund ist natürlich klar, dass er unsere Zustimmung nicht finden wird.

(Beifall von Bernd M. Schöppe
[pro Köln])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen noch einmal.

Jörg Detjen (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Elster! Wenn Sie meinen, man müsse der Oper etwas Gutes tun, könnten Sie doch beantragen, ihr neben den 825 000 Euro noch einmal 180 000 Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen, damit dann beide Gastspiele, also sowohl das in Peking als auch das in Schanghai, gesichert sind - das tun Sie aber nicht. Ich weiß nicht, warum Sie das nicht tun. Denn das wäre doch naheliegend und ein Super-Änderungsantrag. Die spannende Frage ist: Warum tun Sie das denn nicht?

Ich habe vorhin versucht, Ihnen den Sachstand darzustellen. Die erste Verwaltungsvorlage sah zunächst 2 Millionen Euro dafür vor. Diesen Betrag hat sie dann auf 1,3 Millionen Euro reduziert. Danach haben sogar Sie von der CDU dazu beigetragen, dass der Betrag auf 825 000 Euro gedeckelt wird. Real wird aber jetzt mehr ausgegeben. Das ist der Beweggrund für unseren Antrag. Ich lasse mich doch nicht von der Verwaltung veräppeln und hinters Licht führen. Warum wird nicht das umgesetzt, was hier auch von Ihnen beschlossen worden ist? Sie alle, meine Damen und Herren Ratsmitglieder, lassen sich hinters Licht führen.

Ich bin gespannt, wie die ganze Diskussion ausgeht. Ich bin der Auffassung, es hätte über die Reise nach Peking ein Beschluss gefasst werden müssen, der ganz klar die Kosten benennt, nämlich 183 000 Euro. Wir werden ja sehen, wie sich die Verwaltung dazu verhält.

(Zuruf von Jörg Uckermann [pro Köln])

Frau Möller, mir liegen zwei Änderungsanträge von der SPD vor, einer auf gelbem Papier gedruckt und einer auf weißem Papier mit dem Vermerk „korrigierte Fassung“. Mit dem Antrag auf gelbem Papier könnten wir von der Linken leben; denn darin heißt es: „Das Rechnungsprüfungsamt wird beauftragt, die nachfolgend aufgeführten Fragen und damit in Verbindung stehende vertragliche Vereinbarungen zu klären ...“ Wir können gerne über diesen gelben Antrag abstimmen; denn dieser kommt unserer Position schon sehr nahe. Das würde helfen, das Problem zu lösen. Im Übrigen wäre es gut, wenn wir hier noch einmal

beschließen würden, die Kosten auf 825 000 Euro zu deckeln. Vielleicht würde das ja die Verwaltung zur Besinnung bringen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Jung, bitte.

Helmut Jung (CDU): Herr Oberbürgermeister! Herr Detjen, das Rechnungsprüfungsamt kann im Vorhinein überhaupt nichts prüfen. Das Rechnungsprüfungsamt kann immer erst im Nachhinein prüfen. Insofern ist die ursprüngliche, auf gelbem Papier gedruckte Fassung überhaupt nicht abstimmungsfähig. Dass das Rechnungsprüfungsamt informiert werden muss, um im Nachhinein prüfen zu können, ist ja verständlich. Aber das RPA kann nicht im Vorfeld Prüfungen durchführen, sondern immer nur im Nachhinein.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Denken Sie an die Messe!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ehe wir zur Abstimmung kommen, bitte ich Herrn Professor Quander, dazu Stellung zu nehmen.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist durch die Redner der verschiedenen Fraktionen fast alles, was zu diesem Antrag zu sagen ist, schon sehr richtig dargestellt worden.

Die Reise ist hier in allen Gremien, sowohl im Betriebsausschuss der Bühnen, im Finanzausschuss als auch im Rat, mehrfach und kontrovers diskutiert worden. Selbstverständlich haben wir eine ganz klare Beschlusslage zur Durchführung dieser Reise. Diese ist verbunden mit dem Deckelungsbeschluss, dass maximal 825 000 Euro aus der Betriebsmittelrücklage der Bühnen entnommen werden dürfen. Dieser gilt nach wie vor. Dieser Betrag wird nicht überschritten. Ich weiß nicht, woher die anderslautenden Zahlen stammen, die Sie hier in den Raum gestellt haben.

(Jörg Detjen [Die Linke.]

Es ist zuletzt noch einmal im März, wenn ich mich recht erinnere im Finanzausschuss,

ausführlich über die Konnexität der beiden Reisen nach Schanghai und Peking gesprochen worden. Ich habe ja Verständnis dafür, wenn Sie als kleinere Fraktion nicht immer in allen Ausschüssen für die nötige Präsenz sorgen können. Aber dort ist das eindeutig beantwortet worden.

Im Übrigen möchte ich zwei Punkte noch einmal ergänzend klarstellen:

Erstens. Die Reise wird nicht vom Kulturdezernat geplant und durchgeführt, sondern von der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung der Bühnen, die auch das gesamte operative Geschäft verantwortet und die dafür geradesteht, dass der Ratsbeschluss mit der Kostendeckelung eingehalten wird.

Zweitens. Seit dem Ratsbeschluss vor einem Jahr sind in der Tat immerhin nennenswerte Drittmittel eingeworben worden. Herr Görzel hat darauf hingewiesen. Zum einen konnte die Lufthansa als Sponsor gewonnen werden, die den Bühnen die Transfers zwar nicht völlig umsonst, aber zu einem erheblich reduzierten Betrag zur Verfügung stellt. Zum anderen konnten zwischenzeitlich 250 000 Euro bei Land und Bund eingeworben werden. Wir hätten uns natürlich noch mehr gewünscht, aber immerhin. Es hat doch eine deutliche Bewegung gegeben. Außerdem haben auch die Bühnen in der Zwischenzeit die Kosten reduzieren können, indem sie Teile einsparen konnten. Herr Wasserbauer könnte gegebenenfalls noch etwas dazu sagen.

Nun zu der Frage, wie viele Personen dorthin fahren: Lieber Herr Detjen, das ist eine schlichtweg absurde Fragestellung. Es ist beschlossen worden, dass wir dort den „Ring“ von Richard Wagner aufführen. Über das Repertoire, das wir spielen, ist eine bestimmte Anzahl von Personen, die daran teilnehmen muss, definiert. Sie wollen doch nicht ernsthaft hier im Rat mit Herrn Stenz darüber diskutieren, ob er mit 16 oder mit 14 Ersten Geigen dorthin fährt. Das ist eine Frage der künstlerischen Freiheit einerseits und der Verantwortung andererseits, die die Betriebsleitung der Bühnen ganzheitlich trägt und die dafür Sorge zu tragen hat, dass das Budget nicht überschritten wird. - So viel von meiner Seite.

(Beifall bei der FDP und bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Noch einmal Herr Detjen. Danach kommen wir zur Abstimmung.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Quander, Sie müssen das jetzt nicht beantworten. Ich bitte Sie aber, sich einmal in einer stillen Stunde hinzusetzen und die Angaben aus Ihrer Verwaltungsvorlage zu addieren. Dann werden Sie sicherlich feststellen, dass Sie nicht auf 315 Personen kommen. Wenn Sie noch andere Leute mitnehmen, dann sagen Sie doch, dass Sie jemanden zu nennen vergessen haben; das ist doch gar kein Problem. Dann wissen wir es wenigstens.

(Beigeordneter Prof. Georg Quander schüttelt den Kopf)

- Was schütteln Sie denn da mit dem Kopf? Die Zahlen habe ich Ihrer Vorlage entnommen. Ich habe sie mir doch nicht aus den Fingern gesaugt. Wenn man die Zahlen, die in Ihrer Vorlage genannt sind, addiert, kommt man nicht auf 315, sondern schlicht und ergreifend auf 292 Personen.

(Reinhard Houben [FDP]: Dann wird's noch billiger, Herr Detjen!)

Das ist der Vorgang. Addieren Sie das doch einfach einmal!

Ich will mich jetzt nur auf den Beitrag von Herrn Quander beschränken. Herr Quander, ich zitiere aus Ihrer Mitteilung vom 20. April 2010.

(Zuruf von Jörg Uckermann [pro Köln])

- Das ist nur ein Satz. -

Aus dieser Kalkulation geht hervor, dass das Anschlussgastspiel mit drei Vorstellungen von „Don Giovanni“ in Peking, der Partnerstadt Kölns, mit zusätzlich 183 080 Euro zu realisieren wäre, da die Gagen der Gäste wie im Falle des „Rings“ aus dem laufenden Budget der Oper finanziert werden. [2# Zitat nicht verifiziert]

Da sagen Sie, wie Sie es finanzieren, nämlich aus dem laufenden Etat Ihrer Oper. Und trotzdem überschreiten Sie den Etat und die beschlossenen Zahlen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag von SPD und Grünen in der korrigierten Fassung ab, die an Sie ausgeteilt worden ist. Wer gegen diesen Änderungsantrag von SPD und Grünen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, die FDP und pro Köln. Wer enthält sich? - Herr Zimmermann und die Linke. Damit ist der Antrag so angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag in der nun geänderten Form. Wer gegen den Gesamtantrag ist, bitte ich um das Handzeichen? - Das sind die CDU, die FDP und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Herr Zimmermann. Damit ist der Antrag so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.8:

3.1.8 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Übertragung der Ratssitzung durch ‚Livestream‘ im Internet“ AN/0848/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke. sowie der Ratsmitglieder Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln - Kölner Bürger-Bündnis) und Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) AN/0980/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0987/2010

Dazu hat sich Herr Görzel zu Wort gemeldet, bitte schön.

Volker Görzel (FDP): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir brauchen an dieser Stelle keine Grundsatzreden darüber zu halten, ob gewisse Demokratieprinzipien sinnvoll sind oder nicht.

Der Bürger hat einen Anspruch auf Transparenz, das heißt, ungefiltert zu erleben, wie sich die von ihm gewählten Volksvertreter live, also eins zu eins, verhalten, statt davon erst am nächsten Tag aus der Zeitung, dem Fernsehen oder Radio erfahren. Der Bürger hat einen Anspruch darauf, zu erfahren, ob das, was ein Politiker ihm am Wahlkampfstand oder der Presse erzählt,

tatsächlich auch dem entspricht, was er dann in einer Ausschuss- oder Ratssitzung erzählt.

Transparenz dient der demokratischen Kontrolle. Transparenz dient aber auch dazu, dass für den Bürger, der Souverän, so manche Flegelhaftigkeit, die in unserem Rat gebracht wird, ins „rechte Licht“ gebracht wird.

(Jörg Uckermann [pro Köln]:
Oder ins linke!)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Anspruch, den unsere Bürgerinnen und unsere Bürger uns gegenüber haben. Wie können wir diese Situation herstellen?

Kollege Elster hat vorhin in einem ähnlichen Zusammenhang völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass Köln für sich beansprucht, Internethauptstadt zu sein. Auch Herr Walter-Borjans hat dies erst kürzlich betont. Es stünde der größten Stadt Nordrhein-Westfalens deshalb gut zu Gesicht, hier Flagge zu zeigen und einen Livestream aus unseren Ratssitzungen und nach Möglichkeit auch aus den Ausschusssitzungen anzubieten.

Die Öffentlichkeit hat ein sehr großes Interesse daran, wie wir Volksvertreter uns mit ihren Themen auseinandersetzen. Die Debatte um das Schauspielhaus in den letzten Monaten und insbesondere in der letzten Sitzung hat gezeigt, dass die Tribünen hier im Ratssaal nicht ausreichen, um dem Bedarf der Bevölkerung adäquat nachzukommen. Es soll sogar vorgekommen sein, dass einige Ratsmitglieder - vielleicht sind es diejenigen, die jetzt nicht zuhören - über WLAN heimlich einen Livestream nach außen gesendet haben.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
„Skandal“!)

- Diejenigen, die am lautesten rufen, Herr Frank, sind manchmal die, die in der Sache nicht ganz richtig liegen.

Es gibt die entsprechenden technischen Voraussetzungen. Jetzt geht es darum, dass wir hier heute Abend den Mut haben, dies auch zu beschließen. Ohne ein Techniker zu sein, denke ich, dass das Ganze ohne größere Probleme technisch zu bewerkstelligen sein dürfte. Ich bin davon überzeugt - wir alle wissen, wie viele Livestreams es gibt -, dass dies technisch ohne größere Kosten umzusetzen ist. Die Kosten für das Personal sind ohnehin schon bei den zuständigen städtischen Stellen eingestellt; es kommt lediglich eine klitzekleine Aufgabe hinzu.

All denjenigen, die ungläubig sind und meinen, aus rechtlichen Gesichtspunkten könne eine solche Maßnahme nicht umgesetzt werden, sei gesagt: Voraussetzung ist selbstverständlich, dass der Rat mit all seinen Mitgliedern - das ist rechtlich geprüft; das kann man nachlesen - zustimmt. Es bedarf also der Einstimmigkeit. Das ist ganz klar die Voraussetzung; das sollten wir wissen.

Im Übrigen haben andere Städte einen solchen Livestream längst geschaltet; dieser ist auf deren Websites einfach anzuklicken. Beispielsweise kann man auf den Websites Dresdens oder Leipzigs ohne weiteres einen solchen Livestream aufrufen.

Schließlich noch ein Wort an all diejenigen, die sich ein bisschen mehr mit rechtlichen Themen beschäftigen. Im Rehn/Cronage - das ist der führende nordrhein-westfälische Kommentar für die Gemeindeordnung - wird eine solche Direktübertragung ebenfalls nicht ausgeschlossen.

Von daher denke ich: Wir haben die Notwendigkeit dargelegt. Wir haben die technischen Möglichkeiten, wir haben die personellen und die finanziellen Ressourcen, und wir haben auch die rechtlichen Voraussetzungen, um in progressiver Weise einen solchen Livestream zu schalten. Damit würden wir unterstreichen, Herr Dr. Elster, dass Köln in der Tat die führende Internetstadt ist. - Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Herr Neubert, bitte.

Michael Neubert (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Interesse der Öffentlichkeit an den Sitzungen des Kölner Stadtrats ist nicht immer so groß wie bei der letzten Sitzung, in der wir über das Bürgerbegehren zur Sanierung des Schauspielhauses gesprochen haben. Gerade deshalb hat der Gedanke, der hier vorgetragen wurde, einen großen Reiz. Eine solche Übertragung würde sicherlich zu mehr Transparenz beitragen und vielleicht auch für etwas weniger Politik- beziehungsweise Politikerverdrossenheit sorgen.

Wir von der SPD beschäftigen uns schon seit einiger Zeit mit dem Thema Internet und den aus

unserer Sicht daraus folgenden notwendigen Schritte hin zu einer nutzbringenden Verwendung für die Stadt Köln und die Kölnerinnen und Kölner. Zunächst sind allerdings einige rechtliche Rahmenbedingungen - Herr Görzel hat darauf hingewiesen - zu klären; denn wir als ehrenamtlicher Stadtrat können zumindest bisher nicht das Recht in Anspruch nehmen, das für Parlamente wie den Bundestag und die Landtage gilt.

Es muss zuerst die Frage geklärt werden, welche rechtlichen Bedingungen zu beachten oder zu schaffen sind, sowohl unter kommunalrechtlichen Aspekten, aber auch bezüglich der Wahrung der Persönlichkeitsrechte. Danach muss die Frage geklärt werden, was da gezeigt werden soll, und welche Qualität sich die Stadt Köln leisten will und kann. Übertragung ist ja nicht gleich Übertragung. Stellen Sie sich beispielsweise eine statische 19-Euro-Webcam mit integriertem Mikrofon vor, die stur das Rednerpult zeigt und alle Umgebungsgerausche nur ganz dumpf überträgt. Wenn niemand am Rednerpult steht, sondern vom Platz aus gesprochen wird, oder wenn es Zwischenrufe gibt, dann zeigt die Kamera längere Zeit nur ein leeres Rednerpult. Eine Beschreibung des anderen Extrems mit mehreren bedienten Kameras, Regie etc. erspare ich Ihnen jetzt.

Was ich sagen will, ist Folgendes: Es gibt viele verschiedene Möglichkeiten, welche jeweils unterschiedliche technische, personelle und finanzielle Aufwendungen mit sich bringen. Wir sollten uns erst einmal genauere Informationen liefern lassen und uns dann etwas Zeit nehmen, um fundiert und angemessen über diese wünschenswerte Maßnahme zu beraten.

Zur Klärung dieser und aller weiteren relevanten Fragen haben wir unseren Ersetzungsantrag als Prüfauftrag formuliert. Die Verwaltung soll prüfen, unter welchen Voraussetzungen eine Übertragung des öffentlichen Teils der Ratssitzungen als Livestream im Internet möglich ist, und uns das Ergebnis dieser Prüfung zu den anstehenden Haushaltsplanberatungen vorlegen, damit wir dann im Lichte aller Informationen endgültig entscheiden können, ob dieses wünschenswerte Vorhaben umgesetzt werden kann oder nicht.

Aus dem Änderungsantrag der Linken, Herrn Zimmermanns und Herrn Hoffmanns würden wir die Prüfung der Archivierung zum späteren Download gerne übernehmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Neubert. - Zum Änderungsantrag spricht Herr Ludwig.

Claus Ludwig (Die Linke.): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Der Gedanke der FDP scheint gewesen zu sein, erst darüber zu beschließen, Geld auszugeben, und dann genauer darüber nachzudenken, wozu wir das brauchen. Anders gesagt: Wir sollen heute beschließen, erst einmal die technischen Voraussetzungen zu schaffen - das heißt, Server-Kapazität und Installierung -, ehe geklärt ist, ob das rechtlich überhaupt zulässig ist. Die Interessen der Bürger spielen in den Überlegungen der FDP noch keine Rolle.

Ein gläserner Rat ist im Prinzip gut; dafür sind wir auch. Insofern ist das Vorhaben, die Ratssitzung über einen Livestream öffentlich darzustellen, eine Option. Das ist überhaupt kein Thema. Aber an die FDP gewandt, sage ich: Beim Livestreaming einer solchen Veranstaltung - wir wollen ja, dass sich das viele Bürgerinnen und Bürger anschauen - verhält es sich etwas anders, als wenn man sich für zwei, drei Freunde vor seine private Webcam setzt oder wenn man für seine Oma etwas vom Handy herunterlädt. Wenn es vernünftig herüberkommen soll, müssen wir für den Sound und gegebenenfalls das Bild einen etwas größeren Aufwand betreiben. - Sie haben sich noch nicht einmal dazu geäußert, ob Sie eine Video- oder eine Audioübertragung wollen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Lieber Audio!)

Das heißt, geprüft werden muss das Vorhaben erst einmal auf seine generelle Machbarkeit, die Kosten - das wird Geld kosten - und auch die personellen Kapazitäten. Das werden die Kolleginnen und Kollegen nicht so nebenbei machen können. Darum muss sich jemand kümmern.

Vor allen Dingen müssen wir auch prüfen, woran die Bürgerinnen und Bürger Interesse haben. Ich will es einmal so sagen: Sich eine achtstündige Ratssitzung vor dem Computer anzuschauen oder anzuhören, ist nicht wirklich vergnügungsteuerpflichtig. Selbst bei einer Durchschnittsratssitzung wie der heutigen lässt ja das Interesse im Laufe der Sitzung schon etwas nach.

(Volker Görzel [FDP]: Was folgt dann daraus?)

Insofern muss man überlegen und prüfen, ob die Bürgerinnen und Bürger das tatsächlich live sehen wollen oder ob es nicht vielleicht sinnvoller wäre, die Dateien einen Tag später zum Download zur Verfügung zu stellen, vielleicht nach Tagesordnungspunkten getrennt, damit sie sich dann das anschauen oder anhören können, was sie wirklich interessiert.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Der Sinn einer Videoaufnahme wäre für mich zumindest zu hinterfragen; denn nicht immer ist das Event und derjenige, der hier vom Rednerpult aus seine Rede hält, visuell so ansprechend. Das mag so sein, wenn ich hier stehe. Aber für andere gilt das auf jeden Fall nur eingeschränkt.

(Heiterkeit)

Deshalb macht es überhaupt keinen Sinn, jetzt zu beschließen, das Geld dafür auszugeben, und später zu überlegen, was wir konkret machen wollen. Lassen Sie die Verwaltung in Ruhe prüfen, welche Technik am sinnvollsten ist, welche Kosten verursacht werden und ob das eher live oder als Download zur Verfügung gestellt werden soll. Ich halte sogar beides für möglich.

Ich würde es gut finden, wenn alle Bürgerinnen und Bürger die Ratssitzungen verfolgen können; keine Frage. Aber hier zu beschließen, Geld auszugeben,

(Zuruf von Jörg Uckermann [pro Köln])

und das in einer Zeit, in der alle über Einsparungen im Sozial- und Kulturretat reden, sehen wir als nicht sinnvoll an. Insofern sind auch wir dafür, dass die Verwaltung das Ganze zunächst einmal prüft. Dann können wir immer noch sehen, ob und inwieweit das sinnvoll ist. - Danke.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Ludwig. - Als Nächstes spricht Herr Zimmermann von der Wählergemeinschaft Deine Freunde, bitte schön.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte

Damen und Herren im Saal und auf der Tribüne! Ich gestehe, ich gehöre zu den Ratsmitgliedern, die „aus Versehen“ einen Livestream gemacht haben. Ich habe aber nicht den Rat gefilmt, sondern nur mich selbst, und zwar von meinem Platz in der letzten Reihe des Saals.

(Zurufe: Hey! - Heiterkeit)

Ich wurde dann darauf hingewiesen, dass das nicht legal sei. - Übrigens wurde das von einem Kollegen von der FDP an die Stadtverwaltung weitergetragen. -

(Heiterkeit)

Daraufhin habe ich meinen Stream schnell beendet.

In der Zwischenzeit haben wir mit einigen Ratskollegen und auch der Verwaltung gesprochen. Es scheint auf einem guten Weg zu sein, dass das Livestreaming realisiert wird. Wir haben auch eingesehen, dass das selbstverständlich in der Hand der Verwaltung bleiben sollte und bleiben muss.

Livestreaming aus dem Rat ist nicht neu; das wurde vorhin schon erwähnt. Einzelne Kommunen praktizieren es bereits seit mehreren Jahren. Die Städte Dresden und Leipzig wurden dabei genannt. Köln könnte eine weitere Großstadt in Deutschland sein, die ihren Bürgerinnen und Bürgern diesen Service dauerhaft anbietet. Köln würde dies als Medien- und, wenn der Wunsch verschiedener Leute in Erfüllung gehen sollte, als zukünftige Internethauptstadt gut zu Gesichte stehen. Die Kosten bleiben in einem überschaubaren Rahmen, da die notwendige technische Infrastruktur bereits größtenteils zur Verfügung steht und eventuell auch Erlöse über die Vermietung dieses Dienstes zu erzielen sind, etwa bei Veranstaltungen Dritter in der Piazzetta des Historischen Rathauses.

Livestreaming soll in erster Linie den Bürgerinnen und Bürgern Kölns dienen. Gewiss, die Ratssitzungen sind öffentlich. Doch die Plätze sind nicht nur begrenzt - sie sind übrigens in diesem Saal nicht barrierefrei -, man kann es auch Bürgern, die sich nur für einzelne Tagesordnungspunkte interessieren oder die am Arbeitsplatz eingebunden sind, heute nicht mehr zumuten, nur für diese Punkte stundenlang eine Ratssitzung hier vor Ort zu verfolgen.

Wir haben mit der Verwaltung verschiedene Ideen besprochen. Es muss ja nicht ein starres Bild mit einem nichtkommentierten Ton sein, das

ausreichend Stellung genommen. Deswegen will ich mich jetzt nicht weiter dazu äußern. Ich möchte aber noch einmal erläutern, warum wir diesen Änderungsantrag gestellt haben.

Es handelt sich hierbei nicht um einen reinen Finanzvorbehalt, sondern es ist in erster Linie ein Vorbehalt, der auch die Bürgerrechte der Ratsmitglieder wahren soll. Laut Gemeindeordnung sind Ratsmitglieder nicht den Parlamentariern in Land und Bund gleichgestellt. Das heißt, hier würde, zumindest nach der uns bekannten herrschenden Rechtsauffassung, das Recht des einzelnen Ratsmitglieds an seinem Bild überwiegen. Dieses steht über dem Interesse der Öffentlichkeit an der Mitverfolgung einer Sitzung beziehungsweise dessen Wiedergabe. Diese rechtlich schwierige Frage muss zunächst einmal geklärt sein. Auf der einen Seite halten wir es für sehr sinnvoll, Livestreaming hier einzuführen. Auf der anderen Seite sehen wir diesen Vorbehalt als durchaus schwerwiegend an. Wir müssen einen vernünftigen Weg finden, wie wir das miteinander vereinbaren können. Deswegen bitten wir die Verwaltung, das in diesem Sinne zu prüfen und uns einen Weg aufzuzeigen.

Ich denke, das ließe sich lösen, wenn eben nicht die einzelnen Ratsmitglieder bei den hier im Saal stattfindenden Tätigkeiten gefilmt würden, sondern wenn in erster Linie die jeweiligen Redner am Rednerpult gefilmt und nur bei Abstimmungen Schwenks in den Ratssaal gemacht würden.

(Christtraut Kirchmeyer [FDP]: Genau so! - Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Es sollte nicht so sein, wie man es manchmal bei Debatten des Bundestages sieht, nämlich dass die Abgeordneten im Plenarsaal im Nahformat gefilmt werden. Ich denke, das wäre auch nicht im Interesse der hier teilnehmenden Ratsmitglieder.

Da wir uns jetzt im Wesentlichen auf eine Linie geeinigt haben, sollten wir das jetzt im Sinne unseres Antrags ergänzt mit den von den Linken vorgeschlagenen Download- und Archivierungsmöglichkeiten beschließen. - Danke.

(Beifall von Christtraut Kirchmeyer [FDP] und Ulrich Breite [FDP])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Herr Rouhs, bitte.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Endlich einmal wieder ein FDP-Antrag, der die Fraktion pro Köln restlos begeistert.

(Beifall von pro Köln)

Wir werden dem selbstverständlich zustimmen. Wir sind auch nicht der Auffassung, dass schwerpunktmäßig geprüft werden soll. Vielmehr sind wir der Meinung, dass schwerpunktmäßig getan werden muss.

Eine Live-Übertragung muss her. Es ist zudem eine sinnvolle Ergänzung, dass es auch, wie von der Linken vorgeschlagen, Video-Aufzeichnungen geben soll, die nach Möglichkeit thematisch und/oder nach Fraktionen sortiert über den Tag hinaus abrufbar bleiben. Das wäre ein Service, mit dem die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt durchaus etwas anfangen können.

Indessen werde ich den leisen Verdacht nicht los, dass dieser Vorstoß der FDP-Fraktion eine unterschwellig politisch-suizidale Tendenz aufweist,

(Lachen bei pro Köln)

wobei ich offen zugeben will, dass mir diese Tendenz gar nicht unsympathisch ist. Nur zu! Weiter so! Sie marschieren in die richtige Richtung.

Sie sollten sich einmal die objektive Folge einer solchen Video-Übertragung der Ratssitzung vergegenwärtigen. Wenn man als Teilnehmer an einer Ratssitzung nach der Sitzung dieses Gremiums die Kölner „Qualitätsmedien“ zur Hand nehmen, also beispielsweise *Rundschau* und *Stadtanzeiger*, hat man gegenwärtig den Eindruck, dass da von einer vollkommen anderen Veranstaltung berichtet wird. In diesen Berichten wird das umgesetzt, was Herr Claus Ludwig in seinem Redebeitrag eben als Wunschvorstellung angedeutet hat, nämlich eine Art chinesische Lösung im Medienbereich. Da werden unliebsame Dinge ausgeblendet, es wird geglättet und bestimmte Akteure tauchen überhaupt nicht auf. Insbesondere gibt es die Fraktion pro Köln in der Berichterstattung der „Qualitätsmedien“ nicht.

(Beifall bei der Linken.Köln)

- Sie spenden aus guten Gründen an dieser Stelle Applaus.

(Zuruf von Reinhard Houben [FDP])

Wenn die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt erst einmal live und in Farbe mitbekommen, wie wir Ihnen hier den Spiegel vorhalten, wie wir hier offensiv Bürgerinteressen vertreten, wie wir Ihnen auf die Füße treten an einer Stelle, an der Sie Hühneraugen haben und es besonders wehtut, dann werden Sie mitbekommen, meine Damen und Herren, dass unser Potenzial in dieser Stadt nicht bei 5 Prozent, sondern eher bei 20 Prozent, wenn nicht noch darüber liegt. Unter der Voraussetzung, dass dieses Medium dann tatsächlich in einem quantitativ relevanten Rahmen genutzt wird, wird das eine der Folgen sein.

Wenn die Menschen die Möglichkeit haben, sich ungefiltert von zwei wichtigen Dingen ein Bild zu machen, dann wird das für politische Veränderungen sorgen. Zum Ersten werden die Bürger live sehen und hören können, wie viel Stuss hier im Rat von manchen politischen Akteuren geredet wird.

(Beifall bei pro Köln - Lachen bei SPD und CDU)

- Das sollen die Leute ruhig einmal sehen. - Zum Zweiten werden die Bürger dadurch erfahren, dass wir in dieses Gremium nicht nur hineingewählt worden sind, um zwischen den Zeilen der Berichterstattung aufzutauchen oder gleich völlig wegzensiert zu werden, sondern dass wir gewählt worden sind, um hier Opposition zu machen. Von diesem Mandat machen wir hier Gebrauch.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, die Partei Die Linke auf Bundesebene ruinieren wollen, dann müssen Sie freitagabends um 20.15 Uhr eine halbe Stunde lang Jörg Detjen und die nächste halbe Stunde Herrn Ludwig reden lassen. Dann fällt die Linke bundesweit unter 5 Prozent. Es ist doch kein Zufall, dass die viertgrößte Stadt der Bundesrepublik und die bevölkerungsreichste Stadt Nordrhein-Westfalens bei der Linken auf NRW-Landesebene überhaupt keine Rolle spielt. Das liegt doch daran, dass die Qualität dieser Personen so ist, wie wir es in jeder Ratssitzung bestaunen können. Die Folgen der Live-Übertragungen der Ratssitzungen sind völlig klar: Runter mit der Linken! Rauf mit pro Köln! Das ist die richtige Richtung.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben gewichtige Argumente vonseiten der SPD und der Grünen, aber auch von der CDU gehört. Darum übernehmen wir die Passage von SPD und Grünen einschließlich des mündlich Zugesagten.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die verschiedenen Änderungsanträge.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Herr Oberbürgermeister, wir hätten gerne den Originalantrag!)

Zuerst stimmen wir über den weitergehenden Antrag ab, der im Wesentlichen einen Prüfauftrag an die Verwaltung beinhaltet, sowohl den Livestream als auch die Video- und/oder Audio-Übertragung zu prüfen, mit dem Verweis in die zuständigen Ausschüsse. Diesem Antrag von SPD und Grünen haben sich die Linke, Herr Zimmermann und Herr Hoffmann sowie die FDP angeschlossen. Wer ist gegen diesen Antrag? - Niemand. Wer Enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist der Antrag so angenommen.

Jetzt stimmen wir über den geänderten Antrag der FDP ab, also in der Form, wie wir ihn gerade angenommen haben. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Niemand. Wer Enthält sich? - Niemand. Dann ist er in der so geänderten Form, über die wir zuvor abgestimmt haben, angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.9:

3.1.9 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Nutzungsverordnung ‚Domplatte‘“ AN/0607/2010

Dazu gibt es eine Wortmeldung von Frau Wolter.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Antisemitismus geht uns alle an, und zwar überall. Seit Jahrzehnten befindet sich in unmittelbarer Nähe der Hauptportale des Kölner Doms eine in der Bevölkerung als Klagemauer bekannte fragwürdige Installation, mit der der bekennende Linksextremist Walter Herrmann für seine abstrusen politischen Auffassungen wirbt. Herrmann schürt tagtäglich auf der Domplatte Kölns nicht nur anti-israelische Vorurteile, sondern er verbreitet mit seinen Darstellungen auch widerliche antisemitische Karikaturen.

Während das auch vom OB Roters unterstützte Motto „Asch hu, Zeng usenander!“ Zehntausende, teilweise gewaltbereite Menschen auf die Kölner Straßen brachte, um gegen einen ordnungsgemäß angemeldeten, friedlichen Anti-Islamisierungskongress gewaltsam zu protestieren, bedient die Installation von Walter Herrmann bereits seit dem Jahr 2004 kontinuierlich anti-israelische Vorurteile und Diffamierungen, ohne hierfür belangt zu werden. Die tatsächliche Intention Herrmanns zeigt sich erst im Detail. Eine widerliche Karikatur zeigt im *Stürmer*-Stil einen mit Davidstern präsentierten Juden, wie er sich mit Messer und Gabel einem palästinensischen Jungen widmet.

Die Kölner Klagemauer, die schon im Begriff selbst diffamierend wirkt, schürt ungehindert antisemitische Ressentiments. Hierzu hat der Kölner Stadtrat bislang peinlich berührt geschwiegen. Bis zum heutigen Tag gibt es keinen öffentlichen Aufschrei und auch keinen Versuch der Stadt, diese diffamierende Aktion zu beenden. Ich kann nur sagen: Wehret den Anfängen!

(Beifall bei pro Köln)

Dieser unsägliche Zustand, der den Kölner Ratsfraktionen und der Verwaltung seit Jahren bekannt ist, muss aus unserer Sicht schnellstmöglich beendet werden. Fotodarstellungen, die offensichtlich dazu geeignet sind, antisemitische Vorurteile bei den Betrachtern hervorzurufen, müssen aus dieser Stadt unverzüglich verschwinden.

(Beifall bei pro Köln)

Auch das Recht auf Meinungsfreiheit legitimiert keine verwerflichen und volksverhetzenden antisemitischen Karikaturen. Hier ist die Kölner Staatsanwaltschaft gefordert.

Es ist schon aberwitzig, dass die politische Klasse einen Antisemitismus von Links offenbar akzeptiert und stillschweigend zur Kenntnis nimmt. Es ist wahrlich an der Zeit, eine Nutzungsverordnung für das Gelände zu erstellen, die das Verbot antisemitischer Aktivitäten durch die sogenannte Klagemauer ermöglicht. Die Klagemauer stellt insgesamt eine unerträgliche, teilweise antisemitische und extremistische Provokation dar, die nicht länger geduldet werden darf. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag der Fraktion Bürgerbewegung pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Wer ist dagegen? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Herr Oberbürgermeister, ich hätte gerne ein Auszählung! Das war mir nicht klar! Aus unserer Sicht ist das hier nicht klar gewesen!)

- Von hier oben war das eindeutig erkennbar und ohne Zweifel.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 4.1:

4.1 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „KAG-Beiträge Severinstraße“ AN/ 0552/2010

Ich habe gehört, dass dieser Antrag zurückgezogen wird und in der nächsten Sitzung behandelt werden soll. Ist das so, Herr Granitzka?

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Nachdem Sie gesagt haben, dass Sie das gerne in der nächsten Ratssitzung behandeln wollen, haben wir uns bereit erklärt, diese Anfrage bis dahin zurückzustellen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön.

Zu Tagesordnungspunkt 4.2:

4.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Sachstand: Sanierung Opernquartier“ AN/0965/2010

Dazu ist Ihnen eine schriftliche Antwort der Verwaltung zugegangen. - Herr Klipper, bitte.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister, ich habe eine Nachfrage zu Ihrer Antwort, nämlich zu dem Satz: „Nach dem derzeitigen Stand der Planungen gibt es

folgende Zusammensetzung ..."[3# nicht verifiziert] Dann folgt eine sehr dezidierte Aufzählung von Personen. Aber ich vermisse hier Vertreter der Politik der vier großen Fraktionen. Mir geht es nicht darum, dass Vertreter der Politik dort Stimmrecht bekommen, sondern darum, dass sie einen direkten Zugang zu den Informationen erhalten.

Es wird sehr schwierig sein, wenn die bei einem Runden Tisch gegebenen Informationen nachher zusammengefasst und möglicherweise interpretiert werden. Dieses würde dann in die Fraktionen und in die neu eingerichteten Unterausschüsse gegeben, in der das dann wiederum neu interpretiert und neu diskutiert würde. Angesichts der Dringlichkeit dieser Angelegenheit halte ich es für erforderlich, dass zumindest je ein politischer Vertreter der vier großen Fraktionen mit am Runden Tisch sitzt, damit auch auf politischer Ebene die Diskussionen, die am Runden Tisch geführt werden, authentisch mitverfolgt werden können. Der Runde Tisch tagt zwar öffentlich. Trotzdem wäre ich sehr dankbar, wenn noch einmal überlegt würde, ob mein Vorschlag nicht sinnvoll ist.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Überlegenswert ist das auf jeden Fall. Es stellt sich noch die Frage, ob mit oder ohne Stimmrecht. Es geht ja im Wesentlichen dabei um Transparenz.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Uns geht es dabei um die Information.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe überhaupt kein Problem, dass die entsprechende Beteiligung sichergestellt werden kann, weil das ja eine öffentliche Sitzung ist.

(Stadtdirektor Guido Kahlen: Ist öffentlich! - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Steht das drin! Das habe ich nicht gelesen!)

- Ja, das ist eine öffentliche Sitzung. Sie findet im Rathaus statt.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Hier steht „folgende Zusammensetzung“! Also, wenn ich das richtig interpretiere, dann ist dort die Politik nicht dabei!)

- Das ist eine öffentliche Sitzung.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Natürlich ist das eine öffentliche Sitzung. Aber ich sage Ihnen heute schon voraus, dass, wenn die Politik am Runden Tisch nicht vertreten ist, es wegen unterschiedlicher Interpretationen wieder zu Konflikten und Konfrontationen kommen wird. Deswegen halte ich es für besser, wenn die Politik das am Runden Tisch ohne Stimmrecht direkt mitverfolgt. Die Entscheidungen werden dann ohnehin vom Rat und den jeweiligen Ausschüssen getroffen. Ich halte es für sinnvoll, dass in einem so großen Gremium die Politik zumindest mit je einem Vertreter der großen Fraktionen vertreten ist, um die dort geführten Diskussionen im O-Ton zu hören. -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Entspricht nicht der Beschlussvorlage!)

Man kann natürlich immer sagen, dass ein Vertreter dorthin geschickt werden soll; denn das ist ja eine öffentliche Sitzung.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Ich möchte Herrn Klipper unterstützen. Der Vorschlag, einen Runden Tisch einzurichten, ist ja von Herrn Hupke gemacht worden. Ich habe ihn noch einmal gefragt, wie er sich das konkret vorstellt. Auch er ist der Meinung, dass dort die Politik vertreten sein muss. Ich halte es für einen fatalen Fehler, wenn - -

(Zuruf von Jörg Frank [Bündnis 90/
Die Grünen])

- Kollege Frank! - Wenn man einen Runden Tisch einrichtet, heißt das, dass alle dabei sind, gar keine Frage. Wenn Sie den Weg so gehen wollen wie vorgesehen, dann machen Sie es. Aber das wird so nicht gutgehen. Das kann ich Ihnen jetzt schon sagen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, ich fände es gut, wenn Sie sich an die Geschäftsordnung halten würden. Es ist nicht vorgesehen, dass hier andere

Fraktionen noch irgendwelche Statements oder Ähnliches abgeben. Wie wird das denn erst sein, wenn wir hier den Livestream haben? Sehen Sie bitte zu, dass Sie die Sitzung halbwegs so leiten, wie es die Gemeindeordnung vorsieht. In dem Zusammenhang bitte ich Sie auch, auf die Stärke der Fraktionen zu achten.

(Beifall von pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Klipper, das wird im Einzelfall noch geprüft, und dann erhalten Sie eine Antwort.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]:
Danke schön!)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 6.1.1:

6.1.1 Vergnügungssteuersatzungen 0817/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir darüber ab. Gibt es Gegenstimmen gegen diesen Beschlussvorschlag? - Gegenstimmen von der Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Beschlussvorschlag so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.1.2:

6.1.2 Neufassung der Betriebsatzung der Stadt Köln für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln der Stadt Köln 0846/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir darüber ab. Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? - Wer enthält sich? - Damit ist er einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.1.3:

6.1.3 Satzung über Anbringungsort, Abmessungen und Ausgestaltung von Werbeanlagen für einen Teil der Ortslage Köln-Ehrenfeld im Bereich Venloer Straße Arbeitstitel: Werbesatzung Venloer Straße 0623/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Uckermann, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Diese Satzung hilft ein Stück weiter, aber eben nur ein Stück, gewisse Zustände auf der Venloer Straße zu beheben. Es gibt dort einige Mitbürger, für die die Ästhetik der Fassaden anscheinend überhaupt keinen Wert hat. Es gibt zum Beispiel dort ein Haus, das komplett mit Döner-Plakaten in nichtdeutscher Sprache beklebt worden ist. Das kann nicht sein. Darüber beschwerten sich die Bürger. Dieser Stadtteil muss seinen Charakter behalten. Er muss auch in 30 Jahren noch ein deutscher Stadtteil sein. Das muss sich auch in der Außenwerbung widerspiegeln.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es zu diesem Beschlussvorschlag weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen diesen Beschlussvorschlag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP. Wer enthält sich? - Damit ist er so angenommen.

Ich bitte Sie um Zustimmung, dass ich jetzt für einige Zeit von Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes vertreten werde.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir fahren in der Tagesordnung bei Tagesordnungspunkt 6.3 fort.

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Zu Tagesordnungspunkt 6.3.1:

6.3.1 Hochwasserschutzzonenverordnung Worringen 3705/2009

Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir darüber ab. Ist jemand gegen die Vorlage? - Enthält sich jemand? - Dann ist sie einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.3.2:

6.3.2 Hochwasserschutzzonenverordnung Altstadt Süd - Altstadt Nord 3858/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir darüber ab. Wer ist

gegen diese Vorlage? - Niemand.
Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch das einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6.4 auf:

6.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu Tagesordnungspunkt 6.4.1:

6.4.1 GAG Immobilien AG, Satzungsänderung 1885/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann stimmen wir darüber ab. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand? - Dann ist das ebenfalls einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

7 Unterrichtung des Rates über die vom Kämmerer/Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2010 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2008/2009 in analoger Anwendung 1854/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dazu wird kein Beschluss gefasst.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

10 Allgemeine Vorlagen

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

10.1. Bundesweites Modell zur individuellen Steuerung der Energiekosten und zum sparsamen Umgang mit Energie 5325/2009

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0979/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte, Herr Brust.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Ich bitte, die Version des Umweltausschusses abzustimmen. Wir würden dazu den Antrag der Linken als Ergänzung übernehmen. Wir haben die Änderung im Umweltausschuss beantragt und beantragen jetzt, wie Umweltausschuss abzustimmen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Danke. - Möchte die Linke den Änderungsantrag begründen? - Herr Detjen?

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Nein!)

Dann stimmen wir zuerst über den Änderungs- und Zusatzantrag der Linken ab. Wer ist für diesen Antrag? - Das sind die Linke, die SPD und die Grünen. Wer ist dagegen? - Die CDU, die FDP, pro Köln und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Der Antrag ist angenommen.

Wir stimmen nun über die Verwaltungsvorlage so wie Umweltausschuss ab.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Da gibt es einen Änderungsantrag!)

Wir stimmen jetzt über die geänderte Verwaltungsvorlage ab. Wer ist dafür? - Das sind die SPD, die Linke, die Grünen. Wer ist dagegen? - Herr Hoffmann, die CDU, die FDP und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Wird das jetzt mal ausgezählt, Frau Vorsitzende? Das war nicht eindeutig!)

Zu Tagesordnungspunkt 10.2:

10.2 KölnMusik GmbH, Betriebskostenzuschuss für die Jahre 2011 und 2012 sowie Zuschuss zur Musiktriennale 2010 bzw. einem jährlichen Musikfestival ab dem Jahre 2011 0056/2010

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.
AN/0984/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen, oder will die SPD ihren Änderungsantrag begründen? - Bitte schön, Herr Böllinger.

Werner Böllinger (SPD): Der Änderungsantrag zielt darauf ab, jetzt noch keine Festlegung für das Jahr 2012 zu treffen. Allerdings müssen die Festlegungen für die Jahre 2010 und 2011 getroffen werden, weil sie die nächste Spielzeit betreffen, für die bereits weitgehend bindende Verpflichtungen eingegangen wurden. Über den Rest soll dann im Rahmen der Haushaltsplanberatungen beraten werden.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann stimmen wir über die Vorlage ab. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Diese Vorlage ist einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

**10.9 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für das Erich-Kästner-Gymnasium, Castroper Str. 7, 50735 Köln
0423/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann möchte ich abstimmen lassen.

(Andreas Köhler [CDU]: Wie BV 5!)

- Ohne Änderung BV. - Wer ist dagegen?

(Andreas Köhler [CDU] und Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wie BV 5!)

- Wie BV 5, ja. - Wer ist dagegen? -

(Zuruf: Vorlage!)

- Ohne Änderung BV. So, wie die Vorlage.

(Zuruf)

- Ohne.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das einstimmig angenommen. [4#]

Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

**10.10 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für das Gymnasium Thusneldastr. 15-17, 50679 Köln (Deutz) mit 3-fach-Sporthalle und Neubau einer 1-fach Turnhalle für das Berufskolleg Deutzer Freiheit, Eumeniusstr. 4, 50679 Köln
0522/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Auch diese Vorlage ist einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt

**10.11 Finanzierung der Wohnraumberatung durch „wohn mobil“ in Trägerschaft von PariSozial gGmbH/DPWV ab 01.07.2010
1185/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist diese Vorlage mehrheitlich angenommen.

Tagesordnungspunkt

**10.12 IMPULS:GRÜNGÜRTEL:KÖLN ERKUNDUNGSPHASE
0592/2010
Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0983/2010**

Besteht der Wunsch, zu dem Änderungsantrag der Linken zu sprechen? - Nein.

Dann möchte ich über den Änderungsantrag der Linken abstimmen lassen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Die Linke. Wer enthält sich? - Herr Zimmermann enthält sich. Dann ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Nun stimmen wir über die Gesamtvorlage unter Tagesordnungspunkt 10.12 ab - wie Umweltausschuss. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Herr Zimmermann und Die Linke. Damit ist diese Vorlage mehrheitlich angenommen.

Tagesordnungspunkt

**10.13 Verlagerung der Beschulung des Ausbildungsberufes „Schornsteinfeger/in“ zum Berufskolleg Köln-Porz, Hauptstr. 426-428, 51143 Köln
1757/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Nein.

Dann möchte ich abstimmen lassen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Damit ist diese Vorlage mehrheitlich angenommen.

Tagesordnungspunkt

**10.14 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Teilersatzneubau und Grunderneuerung des Rampenbauwerks der rechtsrheinischen Rampe der Deutzer Brücke
1419/2010**

Ich sehe keine Wortmeldungen dazu.

Dann bitte ich um Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 10.14. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Damit ist diese Vorlage einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt

**10.15 Errichtung eines Bildungsgangs
3-jähr. Berufsfachschule Fachrichtung
Technik - Schwerpunkt Bau- und
Holztechnik und
Auflösung eines Bildungsgangs
2-jähr. Berufsfachschule Fachrichtung
Technik - Schwerpunkt Bau- und
Holztechnik
am Berufskolleg Ulrepforte (BK 11)
1722/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Dann bitte ich um Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist die Vorlage unter Tagesordnungspunkt 10.15 einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt

**10.16 Änderung des Ratsbeschlusses vom
30.06.2009, wonach die Verwendung
des städtischen
Betriebskostenzuschusses für Zwecke
der Kinderoper ausgeschlossen ist
0447/2010/1**

Wir stimmen ab wie Finanzausschuss.

Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Keine.

Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist die Vorlage einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt

**10.17 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung
Wirtschaftsplan 2010
1585/2010**

Ich sehe dazu keine Wortmeldungen.

Dann möchte ich um Abstimmung bitten. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Diese Vorlage ist damit einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt

**10.18 Eigenbetriebliche Einrichtung
Veranstaltungszentrum Köln
Jahresabschluss 2006
1610/2010**

Es gibt keine Wortmeldungen dazu.

Ich bitte um Abstimmung. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Enthaltung von pro Köln. Damit ist diese Vorlage mehrheitlich angenommen.

Tagesordnungspunkt

**10.19 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Ver-
anstaltungszentrum Köln
Wirtschaftsplan 2010
1580/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Ich bitte um Abstimmung. Wer ist gegen diese Vorlage? - Pro Köln ist dagegen. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist diese Vorlage mehrheitlich angenommen.

Tagesordnungspunkt

**10.20 Errichtung eines Bildungsgangs
3-jährige Berufsfachschule
Fachrichtung Sozial- und
Gesundheitswesen, Schwerpunkt
Kosmetik
am Berufskolleg Humboldtstraße
(BK 14)
1726/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Damit ist die Vorlage einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt

**10.21 Offene Ganztagschule im
Primarbereich - bedarfsgerechter
Ausbau auf 20 800 Plätze
0804/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich bin ja fast überrascht, dass man jetzt sofort zu diesem wichtigen Thema kommt. Es geht hier um die sogenannte offene Ganztagschule im Grundschulbereich, bei der ein angeblich bedarfsgerechter Ausbau auf 20 800 Plätze stattfinden soll. Anscheinend ist es so, dass die anderen Parteien zu diesem wichtigen Thema alle nichts zu sagen haben.

Wir hatten eine vorbereitende gemeinsame Sitzung der Fachausschüsse für Jugendhilfe sowie Schule und Weiterbildung. Dort offenbarten sich doch einige Mängel dieser Vorlage. Offensichtlich ist diese plötzlich erschienene Vorlage ein Nachhall des Landtagswahlkampfes. Wenn man sie einmal Punkt für Punkt durchgeht, stellt man nämlich fest: Das Ganze ist vollkommen unseriös durchstrukturiert und von seiner Finanzierung

die Verwaltung, das noch einmal genauestens zu prüfen. Wir werden das auch tun.

Wir stellen aber hier und heute diesen Zusatzantrag und bitten um Ihre Zustimmung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön. - Herr Uckermann.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Spricht die SPD nicht?)

- Doch, auch.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Es geht doch nach Fraktionsgröße!)

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich bin froh, dass es mir mit meinem vorherigen Beitrag doch noch gelungen ist, hier eine Debatte zu entfachen, aus der auch wirklich klar wird, was hier politisch eigentlich los ist.

(Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

- Herr Dr. Elster, Sie können sich gleich melden. Dann lauschen wir Ihnen auch. Bitte unterlassen Sie es aber, hier Ihre paralinguistischen Grunzlaute zu verbreiten.

(Beifall bei pro Köln - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ich kann so viel erzählen, wie ich will, Herr Uckermann!)

- Ja, das können Sie auch. Dann melden Sie sich bitte zu Wort. Wir können gemeinsam singen oder gemeinsam rudern. Das haben wir schon gemacht.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Sie müssen sich schon an die demokratischen Regeln halten!)

- Ist das hier Ihre inhaltliche Mitarbeit? Lassen Sie mich doch ausreden. Sie können ja gleich noch sprechen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Sie können so viel erzählen, wie Sie wollen! Ich werde mir trotzdem erlauben, dazwischenrufen, wenn Sie Unfug erzählen!)

- Gerne; bitte schön. Das mache ich dann bei Ihnen nicht. Ich will Ihren Stuss hören. Ich bin nämlich Demokrat.

(Beifall bei pro Köln - Lachen bei der CDU)

- Ja, so ist das. - Es handelt sich also um eine merkwürdige Situation. Um 8 Uhr morgens gab es eine Sondersitzung, weil das Thema so dringend war. Es war ja Wahlkampf. Das Ganze war dann schlampig ausgearbeitet. Es war einfach zu erschüttern, weil es unseriös ist. Das habe ich eben gesagt. In der Vorlage unter Tagesordnungspunkt 10.21 geht es darum, den offenen Ganztage auf 20 800 Plätze auszubauen, während es in der Vorlage unter diesem Tagesordnungspunkt darum geht, ein bestehendes Angebot von 18 800 Plätzen - wohlgemerkt im Sekundarbereich I - zu reduzieren. Da frage ich mich einfach: Kann man sich als Eltern in dieser Stadt überhaupt noch auf irgendetwas verlassen? - Derzeit gibt es also 173 geförderte Gruppen.

Übrigens finde ich es auch interessant, dass die FDP jetzt hier den Antrag einbringt, dem sie am Montagmorgen noch nicht zustimmen konnte.

(Reinhard Houben [FDP]: Wir haben zugestimmt!)

- Holen Sie Ihr Protokoll. Ich habe es hier. Mit der Stimme von pro Köln wurde vier zu drei abgestimmt.

(Widerspruch von der FDP)

- Ja, natürlich. Schauen Sie im Protokoll nach. Mit der Stimme von pro Köln - drei von der SPD, eine von pro Köln - gegen drei Stimmen. Sie haben sich enthalten bzw. die CDU auch. - Ein paar Tage später gehen Sie dann hin und stellen das heute als Ihren Änderungsantrag.

(Widerspruch von Reinhard Houben [FDP])

- Herr Houben, ich weiß: Sie können nicht reden. Anscheinend können Sie auch nicht lesen. Dafür kann ich aber nichts.

(Beifall bei pro Köln)

Jetzt haben wir folgende Situation: Ich weiß, dass die FDP eine Partei ist, die man mieten kann. Anscheinend hat sie irgendeiner dazu bewogen, den Leistungserbringern entgegenzukommen. Sie erhalten fast dieselbe Summe wie bisher - minus 5 Prozent -, müssen

aber statt 173 Gruppen nur noch 115 Gruppen betreuen.

(Yvonne Gebauer [FDP]: Die 173 Gruppen gibt es doch gar nicht, Herr Uckermann! Was erzählen Sie da überhaupt?)

- Entschuldigen Sie einmal; die wird es doch geben. Die Kinder aus den Ganztagsgrundschulen kommen irgendwann in die Sekundarstufe I und wollen dann weiter betreut werden. Dann müssen Sie das doch haben, verdammt noch mal. Das ist doch eine ganz einfache Sache. Oder sollen die Kinder bei der FDP jetzt schon im vierten Schuljahr mittlere Reife oder Abitur machen und danach abgehen?

(Ulrich Breite [FDP]: Reden Sie doch keinen Stuss!)

- Das ist kein Stuss, sondern wir entlarven Sie. Das ist alles. Sie reden Stuss. Weiß Tante Guido eigentlich, wie Sie sich hier benehmen? Meine Güte! Bleiben Sie einmal ein bisschen locker.

(Zurufe von der FDP)

Ich fasse doch nur die Debatte vom Montagmorgen zusammen. Dort haben sich etliche Verbände über diese Lobbyarbeit beschwert und kritisiert, dass man hier hingehet und dasselbe Entgelt, das vorher für ein Angebot für 173 Gruppen galt, jetzt für nur 115 Gruppen auszahlt. So etwas kann doch nicht wahr sein. Das können Sie doch keinem normalen Menschen erklären. Einen Tagesordnungspunkt vorher wollen Sie das Angebot hingegen, wie hier eben besprochen wurde, auf 20 800 Plätze ausdehnen. Das kann nicht normal sein.

Wir erlauben uns - da können Sie krakeelen, wie Sie wollen -, diesen Schwachsinn hier wenigstens vorzubringen. Da wünschen wir uns natürlich einen Livestream, damit jeder das einmal mitbekommen kann. Sie können schreien, so viel Sie wollen; wir werden uns weiterhin dafür einsetzen. Wenn man den Leuten Betreuung zusagt, muss das auch zuverlässig sein und kann nicht irgendeiner Lobbyarbeit geopfert werden. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Heinen, bitte.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, dass nach diesem Beitrag und dem Vergleich zur Vorlage ganz klar ist, was unsachlich und unqualifiziert ist. Da gibt es wohl kein Vertun.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Vielleicht können wir wieder zur sachlichen Debatte zurückkommen. - Die Beschlussvorlage unter Tagesordnungspunkt 10.21, für die mehrheitlich gestimmt worden ist, und die Beschlussvorlage unter Tagesordnungspunkt 10.22, um die es jetzt geht, sind direkt miteinander verbunden. Insgesamt geht es um zwei Beschlussvorlagen und drei Inhalte.

Die erste Beschlussvorlage betraf den Ausbau um 2 000 Plätze. Dies ist für die Stadt Köln ein enormer Kraftakt, weil wir einen Vorgriff machen. Wir finanzieren nämlich vor. Diese Vorfinanzierung bedeutet für uns zusätzliche Kosten. Wir haben den Haushalt noch nicht und setzen trotzdem deutliche Prioritäten für Bildung, nämlich für 2 000 Plätze mehr. Auch die Träger haben das in den Ausschüssen für Jugendhilfe sowie für Schule und Weiterbildung eindeutig anerkannt - obwohl es unter dem Strich leichte Kürzungen von ungefähr 1,6 bis 1,9 Prozent gibt. Das halte ich für verschmerzbar; denn wir wissen, dass dies auf jeden Fall fortschrittlich ist.

Die zweite Beschlussvorlage betrifft die Fortführung des bestehenden Angebots im Primarbereich auf der einen Seite sowie die Fortführung des Angebots im Sekundarbereich I auf der anderen Seite. Folgerichtig ist natürlich klar, dass diese unter gleichen Konditionen weitergeführt werden. Es gibt aber noch einen Bonus obendrauf - ich bezeichne es einmal als Bonus -, nämlich im Sekundarbereich I. Die Plätze in den weiterführenden Schulen werden erst einmal in ihrer Pauschalisierung gar nicht gekürzt. Sie sind zwar schwach finanziert, erfahren aber keine Kürzung. Das heißt, dass die Auszahlungen wie gehabt ohne Änderungen weitergeführt werden. Das ist auch schon einmal ein großer Fortschritt in unserer jetzigen Debatte.

Dann gab es natürlich einige Fragen, die sich darauf bezogen, wie man damit umgehen soll. Wir haben als SPD-Fraktion ganz klar gesagt, dass wir die Zielmarke von 173 Gruppen für den Sekundarbereich I setzen. Wir halten es für wichtig, diese Plätze vorhanden zu haben, weil wir einen enormen Zulauf haben werden. Die Gruppen sind noch nicht ausgefüllt; das wissen wir. Wir werden aber in diesem Jahr und auch im

nächsten Jahr noch einen enormen Zulauf haben. Daher brauchen wir eine Sicherheit in der Haushaltsführung und eine Sicherheit für die Eltern dahin gehend, dass Gruppen vorhanden sind und auch bereitgestellt werden können.

Wenn wir in diesem Bereich in Nachverhandlungen kommen, die der Änderungsantrag eventuell implizieren kann, und dann zu wenige Gruppen haben, stehen wir da und können den Bedarf nicht decken.

Deswegen bitten wir eindringlich darum, das, was in der Verwaltungsvorlage steht, nämlich die Fortführung der vorhandenen Plätze und die Beibehaltung des Status quo im Sekundarbereich I - ich wiederhole: dort ist keine Kürzung für die Gruppen vorgesehen - unverändert anzunehmen und daher gemäß der Verwaltungsvorlage abzustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Schlieben, bitte.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt schon etwas über den Inhalt der Vorlage unter dem letzten Tagesordnungspunkt und den Inhalt der jetzt in Rede stehenden Vorlage gehört. Deshalb möchte ich mich auf die zweite Vorlage fokussieren.

Bei der Fortführung von Ganztagsangeboten für 173 Gruppen, wie es in der Überschrift heißt, geht es darum, die erfolgreiche Betreuung, die wir im Grundschulbereich eingeführt haben, auch für die Sekundarstufe I fortzuführen. Dafür hat uns die Verwaltung eine ordentliche Vorlage vorgelegt - wenn auch zu spät; wir hätten sie schon deutlich früher haben können; aber besser spät als nie.

Ralf Heinen hat gerade ausgeführt, dass man 173 Gruppen bräuchte. Diese Einschätzung teilen wir nicht. Nach meiner Kenntnis ist das weder jetzt noch in Zukunft der Fall; denn zurzeit besetzen wir nur rund 95 Gruppen, und die Zahl der Gruppen im Sekundarbereich I wird rückläufig sein, da wir durch den Ausbau der gebundenen Ganztagschule in der Sekundarstufe I automatisch weniger solcher Gruppen brauchen. Sprich: Ich glaube, dass wir diese 173 Gruppen nie brauchen werden.

Das Geld, das wir für diese 173 Gruppen im Haushalt eingestellt haben, sollten wir jetzt für die Betreuung unserer Kinder verwenden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Und wer kann das durch einen besseren Vorschlag machen als unsere Freunde von der grünen Partei? Die Grünen haben an dieser Stelle gezeigt, dass sie den Blick auf die Stadt und auf die prekäre Finanzsituation haben, dass sie aber genauso wie wir von der CDU Bildung und Betreuung nach vorne stellen. Deshalb haben unsere Freunde von den Grünen auch einen entsprechenden Änderungsantrag im Jugendhilfeausschuss sowie im Ausschuss für Schule und Weiterbildung gestellt. Lesen Sie sich da einmal die Abstimmungsergebnisse durch! Ich möchte Sie jetzt nicht langweilen. Schauen Sie aber einmal in das entsprechende Protokoll. Dort finden Sie wirklich sehr unterhaltsame Abstimmungsergebnisse. So lustige Zeiten hatte ich, lieber Andreas, das letzte Mal beim doppelten Köhler, der ja schon einige Jahre zurückliegt.

Ich kann den Grünen, an die die FDP heute sehr nah herangerückt ist - das muss ja nicht schädlich sein -, nur zurufen: Bleiben Sie bei Ihrem Antrag, den die FDP freundlicherweise hier vorgelegt hat - mit einem kleinen Fehler beim Abschreiben. Sie haben sich in der letzten Zeile vertan. Es darf natürlich nicht 2010/2012 heißen; selbstverständlich meinen Sie wie die grüne Partei das Jahr 2011/2012.

(Ulrich Breite [FDP]: Danke schön! Das übernehmen wir!)

- Keine Ursache. - Wenn wir nun wirklich sagen, dass wir diese 1 Million Euro, die im Haushalt schon veranschlagt ist, für die 95 oder 100 oder meinetwegen auch 105 neuen Gruppen nutzen - ich bin sicher, dass es nicht mehr werden -, dann können wir das Geld, das wir veranschlagt haben, verwenden, um die Kinderbetreuung auszubauen. - Das ist Punkt eins.

Punkt zwei: Natürlich gibt auch der Schulbereich etwas zur Kürzung dazu; denn selbst bei diesem Angebot wird um 5 Prozent gekürzt. Man kann also nicht sagen, dass die Grünen durch diesen Antrag den Blick auf die Finanzen verloren hätten. Das haben sie ganz und gar nicht; denn sie wollen bei der Kürzung um 5 Prozent bleiben, die die Verwaltung vorgeschlagen hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sekundarstufe - das haben wir schon verstanden - den Dienstleistern für weniger Gruppen fast das gleiche Geld, ein bisschen reduziert, zukommen lassen. Das ist das, was Sie an dieser Stelle veranstalten. Daran wird deutlich, dass Sie hier der Lobbyarbeit zum Opfer gefallen sind.

Außerdem stellen Sie heute einen Änderungsantrag, dem Sie im Schulausschuss nicht zugestimmt haben. Das ist so, Herr Houben. Ich hoffe, dass das gleich noch einmal gesagt wird.

Wir informieren uns anständig und entscheiden sachgerecht - und nicht nach dem Willen von irgendwelchen Lobbygruppen oder denen, die einem etwas spenden. Bei uns machen das die Mitglieder selber. So ist das.

(Beifall bei pro Köln)

Ich sage hier auch noch einmal in aller Klarheit: Wenn ich die offene Ganztagschule ausbaue und den Eltern sage, dass für eine qualifizierte Betreuung gesorgt ist, dann muss das nach vier Jahren, wenn das Kind in die Sekundarstufe I geht, doch natürlich auch noch gewährleistet sein.

Wie wollen Sie denn, bitte schön, 18 000 Kinder, die Sie in 173 Gruppen haben, jetzt in 115 Gruppen betreuen? Was sind das denn für Gruppen? Die sind ja größer als dieser Stadtrat - und Sie sehen, welche Schwierigkeit man hier hat, einmal auszureden.

(Heiterkeit und Beifall bei pro Köln)

Stellen Sie sich das einmal vor. Da reicht ja ein Erzieher gar nicht aus. Das geht doch schon hier nicht. Stellen Sie sich das einmal in der offenen Ganztagsgrundschule vor.

Ich denke, dass da einmal klar sein sollte: Wer A sagt, muss auch B sagen - auch wenn ihm potente Spender etwas anderes aufoktroieren.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Jahn, bitte.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Da Frau Gebauer mich persönlich angesprochen hat, möchte ich auch persönlich antworten. - Frau Gebauer, wir ducken uns hier nicht weg, sondern nehmen Verantwortung für den Haushalt wahr.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

- Halt! Jetzt einmal Ruhe, bitte. - Genau das habe ich gesagt: dass wir es in den Haushaltsberatungen mit diskutieren. Wir haben hier auch eine schwierige Gemengelage. Wir wissen nicht, welches Geld wir zur Verfügung haben.

(Gisela Manderla [CDU]: Das ist der Knackpunkt! - Zuruf von der FDP)

Deshalb werden wir das in den Haushaltsberatungen besprechen. Genau dort werden wir uns auch für die Qualitätsverbesserung im Sekundarbereich I starkmachen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann möchte ich über den Änderungsantrag abstimmen lassen. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? - Die SPD, die Grünen und pro Köln. Wer enthält sich? - Herr Zimmermann. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Nun lasse ich über die Gesamtvorlage - so wie im Ausschuss für Schule und Weiterbildung - abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Die Linke. Wer enthält sich? - Eine Enthaltung von Herrn Zimmermann. Damit ist diese Vorlage mehrheitlich angenommen.

Dann kommen wir zu:

10.23 Sanierung Opernquartier Köln, VOF-Verfahren für Fachplaner- und Projektsteuerungsleistungen 1948/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine.

Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Damit ist diese Vorlage einstimmig angenommen.

Nun kommen wir zu:

10.24 Sanierung der Orchesterprobenräume des Gürzenich-Orchesters in der Stolberger Straße 1980/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau von Bülow, bitte.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich habe eine Nachfrage zu dem Ganzen. Vorwegschicken möchte ich, dass wir es natürlich begrüßen, dass die Dinge jetzt schnell in Angriff genommen werden. Wir finden es auch gut, dass jetzt keine Zeit mehr verloren wird. Darüber sind wir uns wohl einig. Allerdings haben wir noch Erklärungsbedarf zu dieser Vorlage hier.

Es besteht nämlich eine Diskrepanz zu der Vorlage, die wir zum 17. Dezember 2009 erhalten haben. Darin hieß es, dass für die Sanierung der Orchesterprobenräume Bruttokosten von 2,3 Millionen Euro anfallen. In der Vorlage, über die heute abgestimmt werden soll, ist unter Punkt 3 von einem Baukostenrahmen von 2,3 Millionen Euro zuzüglich 22 Prozent Baunebenkosten die Rede. Das sind insgesamt rund 2,8 Millionen Euro. Der Unterschied von 500 000 Euro ist für uns kein Pappenstiel.

Insofern müssen wir, bevor wir überhaupt darüber abstimmen können, aus der Verwaltung erst noch genauere Informationen bekommen, was jetzt eigentlich Sache ist.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bitte sehr.

Patrick Wasserbauer (Bühnen der Stadt Köln): Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben die Vorlage sehr schnell erarbeitet. Das haben wir auch in Abstimmung mit dem Gürzenich-Orchester getan.

Heute geht es erst einmal um Folgendes: Am 17. Dezember 2009 haben wir den Auftrag bekommen, die Sanierung der Stolberger Straße in Gang zu setzen. Darüber gab es auch erste Gespräche. Am 13. April 2010 ist dann alles gestoppt worden. Heute geht es vor allen Dingen darum, erst einmal die Machbarkeitsstudie zu erstellen. Die für diese Voruntersuchungen benötigten 15 000 Euro haben wir hier veranschlagt.

Ich würde Sie bitten, noch einmal abzuklären, ob die Kosten damals mit oder ohne Baunebenkosten angegeben waren.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war in der Vorlage als Bruttobetrag bezeichnet!)

- Ich kann das dann noch einmal prüfen. Man kann ja noch einmal einen Prüfauftrag für die Baunebenkosten erteilen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das steht doch hier!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu?

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gibt also keine Erklärung? Okay!)

Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, möchte ich über diese Vorlage abstimmen lassen, und zwar in der - -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Freigabe der 15 000 Euro für die Machbarkeitsstudie und Überprüfung der Baukostenschätzung! Das heißt, dass wir die Baukosten jetzt nicht beschließen, sondern dass das geprüft werden muss! Dann muss die Vorlage entsprechend geändert werden! - Dr. Ralph Elster [CDU]: Frau Bürgermeisterin, ich bitte um das Wort!)

- Bitte, Herr Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Es kann doch überhaupt nicht sein, dass wir die 2,3 Millionen Euro, die jetzt seit über einem Jahr bekannt sind, hier noch einmal strittig stellen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das machen wir ja nicht!)

- Doch. Sie wollten gerade 15 000 Euro weitere Planungskosten freigeben und die 2,3 Millionen Euro unter den Vorbehalt einer Prüfung stellen.

(Angela Spizig [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

Und das kann nicht sein. Wir müssen jetzt zumindest einmal das freigeben, was die Verwaltung schon vor langer Zeit hier bekannt gegeben hat. Wir haben in diesem Rat einstimmig beschlossen, den Orchesterprobenraum möglichst rasch auf den Weg zu bringen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber nicht 500 000 Euro teurer!)

entsteht, streichen wir schlicht und einfach den ersten Satz von Ziffer 3. Er ist nämlich überflüssig. Er bringt weder etwas, noch schadet er etwas. Dabei handelt es sich lediglich um einen Hinweis zur Kenntnisnahme, der, mit Verlaub, in einer Beschlussvorlage eigentlich gar nichts zu suchen hat. Das heißt: Wir würden Ziffer 1, Ziffer 2 und alles ab dem zweiten Satz von Ziffer 3 beschließen. Damit wird nichts aufgehoben, damit wird die Prüfung ermöglicht, und alle werden glücklich.

(Beifall bei der SPD - Winrich Granitzka
[CDU]: Genau!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen dazu.

Dann möchte ich in dieser Form darüber abstimmen lassen. Wir stimmen also über die Ziffern 1, 2 und 3 ab, wobei wir bei Ziffer 3 den ersten Satz streichen. Wer ist gegen die Vorlage in dieser Form? - Wer enthält sich? - Dann ist das einstimmig so angenommen.

Jetzt muss ich den Ordner wechseln.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir machen auch gleich fliegenden Wechsel.

Jetzt geht es mit dem Tagesordnungspunkt 12 und einer Reihe von Satzungsbeschlüssen weiter. Ich bemühe mich, dass ich es genauso schnell schaffe wie meine Vorgängerin.

(Winrich Granitzka [CDU]: Und so charmant!)

- Charmanter? Da müsste ich mich überbieten.

Wir kommen also zu:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan Nr. 77369/03
Arbeitstitel: Wilhelm-Ruppert-Straße in Köln-Porz-Wahn
- Behebung von Fehlern im ergänzenden Verfahren gemäß § 214 Abs. 4 Baugesetzbuch - 0918/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wer stimmt gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Damit ist sie so angenommen.

Wir kommen zu:

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 75405/02
Arbeitstitel: Neue Eiler Straße/Carlebachstraße in Köln-Porz-Eil 0470/2010

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir ab. Ist jemand dagegen? - Gegen die Stimmen der CDU. Wer enthält sich? - Enthaltung der Fraktion pro Köln. Damit ist diese Beschlussvorlage so angenommen.

Nun rufe ich auf:

12.3 Beschluss über die Einleitung sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 64424/02
Arbeitstitel: Kinderheime Sülz in Köln-Sülz, 1. Ergänzung 1381/2010

Wortmeldungen sehe ich nicht.

Wer ist gegen diese Beschlussvorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Damit ist sie so angenommen.

Unter Tagesordnungspunkt 13 liegt nichts vor.

Dann kommen wir zu:

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Süd
Arbeitstitel: Ulrichgasse in Köln-Altstadt/Süd 0838/2010

Wortmeldungen sehe ich nicht.

Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Damit ist sie so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

14.2 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Junkersdorf

Arbeitstitel: Max-Planck-Straße in Köln-Junkersdorf, 1. Änderung 0890/2010

Wer meldet sich zu Wort? - Niemand.

Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Wer enthält sich? - Niemand. So beschlossen.

Damit sind wir bei:

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

15.1 Festlegung des Stadtumbaugebietes ‚Regionale 2010‘ gemäß § 171 b Baugesetzbuch (BauGB) 4112/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ebenfalls keine Wortmeldungen.

Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Auch niemand. Einstimmig so beschlossen.

Jetzt kommen wir zu:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen

Die Vorlage unter Tagesordnungspunkt 16.1 wurde wieder zurückgezogen.

Tagesordnungspunkt

16.2 Erste Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen - Straßenbaubeitragssatzung - vom 28. Februar 2005 0536/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit so angenommen.

Tagesordnungspunkt

16.3 208. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 0549/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ebenfalls nicht.

Wer ist gegen diese Vorlage? - Pro Köln ist dagegen. Wer enthält sich? - Niemand. Damit so angenommen.

Dann kommen wir zu:

16.4 209. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 1360/2010

Wer möchte sich dazu äußern? - Keine Wortmeldungen.

Wer ist gegen diese Vorlage? - Pro Köln stimmt dagegen. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist sie so angenommen.

Jetzt rufe ich auf:

17 Wahlen

17.1 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen für die Ausschüsse des Rates 1341/2010

Genannt werden für den Ausschuss für Umwelt und Grün Frau Katharina Reiff und als Vertreterin Frau Ute Saher sowie für den Gesundheitsausschuss Herr Dr. Peter Krebs und als Vertreter Herr Dr. Martin Theisohn.

Wer ist gegen diese Beschlussvorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Auch niemand. Damit sind die genannten Personen gewählt.

Dann kommen wir zu:

17.2 Neustart Wohnungsbauforum Köln 1407/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0985/2010

Wer ist gegen den Änderungsantrag von SPD und Grünen?

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ich hätte gerne einige Worte dazu gesagt!)

- Okay, Herr Klipper. Dann haben Sie erst einmal das Wort. Es geht ja zuerst um den Änderungsantrag von SPD und Grünen.

Dann rufe ich auf:

**17.4 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung einer sachkundigen
Einwohnerin im Sozialausschuss
AN/0977/2010**

Hier soll Frau Elke Lerchner benannt werden.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Niemand.
Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Damit so gewählt.

Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich möchte zu den Wahlen noch eine persönliche Bemerkung beisteuern. Bei Tagesordnungspunkt 17.2 haben wir nach Hare/Niemeyer abgestimmt. Sie haben ja mitbekommen, dass wir von der Bürgerbewegung pro Köln darauf verzichtet haben, zu beantragen, eine geheime Wahl durchzuführen, wie sie in der Demokratie an sich normal ist.

Ich fand das jetzt alles ziemlich stilllos. Vor allen Dingen hätte man dieses Grinsen auch so interpretieren können, dass das ohnehin schon alles feststeht und man sich hier einer Diktatur der Mehrheit beugt. Wir wussten sehr wohl, wie die Stimmverhältnisse in diesem Rat sind. Ich möchte hier persönlich bemerken, dass damit ein Entparlamentarisierungsprozess stattfindet. Eine Sache, an der man öffentlich mitarbeiten kann, wird jetzt in ein neues Gremium überführt, das dann so verkürzt wird, dass die gewählte und qualifizierte Opposition darin nicht mehr vertreten ist. Es war uns irgendwie klar, dass es bei einer nicht geheimen Abstimmung zu diesem Ergebnis kommen würde.

Ich finde aber, dass man das Ganze dann doch mit einem gewissen Stil und Anstand durchführen sollte, anstatt erst nach erneutem Zuruf tatsächlich auch die Ergebnisse für unseren Listenvorschlag abzurufen. Sonst werden wir nicht mehr darum herumkommen, hier bitte auch ordnungsgemäße Wahlen durchführen zu lassen, die als Personenwahlen normalerweise geheim stattfinden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit ist die persönliche Erklärung beendet.

Tagesordnungspunkt

**18 Genehmigung von
Dringlichkeitsentscheidungen gemäß §
60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Zu Tagesordnungspunkt 18.1:

**18.1 Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 in Köln-Ossendorf
hier: Ergänzung zum Baubeschluss für
den Neubau der Stadtbahnhaltestelle
Rektor-Klein-Straße vom 02.02.2010
0601/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist das so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 18.2:

**18.2 Auflösung des Städtischen
Schlachthofes
Satzung über die Aufhebung der
Gebührensatzung für den Schlachthof
der Stadt Köln und der Satzung für den
Schlachtviehgroßmarkt, den
Schlachthof und den Fleischgroßmarkt
der Stadt Köln
0932/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Bei der jetzt zu genehmigenden Dringlichkeitsentscheidung werden also der Oberbürgermeister und ein weiteres Ratsmitglied über diesen Punkt entscheiden, ohne dass hier eine Debatte geführt wird. Das bedauern wir. Es mag gute Gründe geben, so zu verfahren. Es gab aber auch Stimmen, die sehr kritisch waren. Wir von der Bürgerbewegung pro Köln hätten es besser gefunden, wenn in der regulären Ratssitzung darüber diskutiert und Argumente dazu ausgetauscht worden wären. Dann hätte man eventuell noch Verbesserungsvorschläge machen können. Durch den Druck, der durch dieses Verfahren auf die Fraktionen de facto ausgeübt wird, hier jetzt eine Mehrheit herzustellen, ist natürlich eine inhaltliche Lösung nicht mehr möglich.

Ich finde es bedauerlich, dass es auf dem Gebiet der Stadt Köln keine Fleischversorgung mehr geben wird und man nunmehr auf andere

Gebiete angewiesen ist. Das ist schade. Es wäre einfach besser, wenn solche Arbeitsplätze in Köln erhalten werden könnten. - Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen die Genehmigung dieser Dringlichkeitsentscheidung? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist sie so genehmigt.

Zu Tagesordnungspunkt 18.3:

18.3 Germany Travel Mart (GTM) 2011 1640/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? -

(Andreas Köhler [CDU]: Wie
Hauptausschuss!)

- Ja. - Wiederum eine Wortmeldung von Herrn Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Meine Damen und Herren! Germany Travel Mart: Ich erinnere mich noch gut an die interessante Diskussion im Hauptausschuss, in dem uns dies als Tischvorlage serviert wurde. Auch hier frage ich mich, ob bei der Stadt Köln das Geld wirklich so locker sitzt. Klar, man muss auch „jönne könne“. Ich finde es sehr interessant, dass für eine solche Veranstaltung Hunderttausende lockergemacht werden können. Wenn man das einmal in Gänze durchgeht, stellt man fest, dass daran einige Institutionen beteiligt sind, die hauptsächlich aus dem städtischen Haushalt finanziert werden. Das kann einfach nicht sein.

Auch wenn uns hier immer wieder erklärt wird, wir könnten Vergnügenssteuern oder eine sogenannte Bettensteuer oder irgendwelche anderen Gewerbesteuern erheben, ist das kein Grund dafür, dass eine solche Messe unbedingt hier in Köln stattfinden muss. Es kann nicht sein, dass hier eine Inlandsmesse mit Mitbewerbern und Konkurrenten von Köln stattfindet, für die wir letztlich Unsummen an Geld bezahlen.

(Zuruf von Volker Görzel [FDP])

- Herr Görzel, Sie können sich gleich beim Oberbürgermeister melden. Winken Sie ihm, damit er Sie auch sieht. Sie brauchen sich nicht bei mir zu melden; denn ich bin hier nicht der Sitzungsleiter. Der sitzt dort vorn.

Aus diesem Grund können wir dieser Sache nicht zustimmen. Ich kann der Stadt Bonn nur gratulieren, die aufgrund ihrer Haushaltssituation gesagt hat, dass sie das nicht macht. Es wäre besser, wenn wir das auch machen würden.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Genehmigungsantrag in der Fassung des Hauptausschusses vom 19. April 2010. Wer ist gegen diese Vorlage zur Genehmigung? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist sie so angenommen.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Wir sind
dagegen!)

Also: Gegen die Stimmen von pro Köln und der Linken ist das so angenommen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Herr Detjen, mit pro Köln? - Andreas Köhler [CDU]: Herr Detjen, was ist das für eine Koalition? Hoffentlich steht das dann auch in dem Blättchen drin! Kleiner Schmierfink! - Gegenruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Hört doch auf!)

- Ich bitte Sie, Herr Köhler. Das finde ich jetzt nicht in Ordnung.

Ich will Ihnen noch das Ergebnis der Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 17.2 bekannt geben. Die gemeinsame Liste 1 ist gewählt worden, und zwar Zimmermann, Klipper, Moritz, Ruffen sowie als Stellvertreter Ott, Götz, Helling und Heuer. Damit ist das Ergebnis festgestellt.

Der öffentliche Teil der heutigen Ratssitzung ist beendet.

(Schluss: 20.26 Uhr)

Anlage 1**Zu Protokoll gegebene Rede
des Ratsmitglieds Brigitta von Bülow
(Bündnis 90/Die Grünen)
zu Tagesordnungspunkt 3.1.7:
Antrag der Fraktion Die Linke.
betreffend „Operngastspiele in Peking
und Schanghai müssen überprüft
werden!“
AN/0904/2010**

Wir verstehen den Antrag als Reaktion auf eine uns seit langem verfolgende missliche Situation.

Im Frühjahr 2009 wurde die verfristete Vorlage zur „Finanzierung und Absicherung des Gastspiels der Kölner Oper anlässlich der EXPO 2010 in Schanghai“ in den Betriebsausschuss Bühnen und in den Rat eingebracht. Die Einladung zur EXPO war bereits 2008 erfolgt.

Die Betriebsmittelrücklage der Bühnen durfte nach langer Diskussion laut Beschluss für die Gastspiele in Schanghai bis zu 825 000 Euro herangezogen werden - von ursprünglich 1,38 Millionen Euro geforderten. Die Anschlusskonzerte von „Don Giovanni“ in Peking wurden la-por-la genannt: Finanzierung aus dem Opernbudget 2010/2011. Ich zitiere:

Die Rücklage soll nur in Anspruch genommen werden, wenn es - aus welchen Gründen auch immer - nicht gelingen sollte, weitere Sponsoren und Fördergelder zu akquirieren. Die Oper schätzt die Möglichkeiten der erfolgreichen Akquise als absolut positiv ein. [5# Zitat nicht verifiziert]

Mit vielen Argumenten wurde die Dringlichkeit der Vorlage bescheinigt. Im Nachhinein erwiesen sich diese als kaum haltbar.

Das wäre gerade noch hinnehmbar. Aber trotz häufiger Nachfragen und trotz offizieller Anfragen tat sich bei der Sponsorensuche erstaunlich wenig angesichts dessen, dass die Reise zum einen ein Aushängeschild für Köln sein sollte, zum Zweiten dass Köln die Bundesrepublik Deutschland musikalisch auf der EXPO repräsentiert und wir uns zum Dritten in finanziell schweren Zeiten gewiss darin einig sind, dass ein Griff in die Betriebsmittelrücklage nur die Ultima Ratio sein sollte.

Zwischen Ambitionen und Strahlkraft, die mit der Reise verbunden waren und sind, und der Organisation des Ganzen klafft ein breiter Graben.

Am 2. Februar wurde auf unsere Anfrage hin mitgeteilt, die Verträge würden erst unterzeichnet werden; die Verfügbarkeit des Theaters in Schanghai hätte noch überprüft werden müssen. Ich erinnere daran: Als Grund für die Dringlichkeit wurde 2009 die Zusage zur Anmietung der Räume genannt.

Im Februar lag laut Verwaltung noch kein Vertragsentwurf für das Anschlussgastspiel vor. Planungssicherheit für alle Beteiligten sieht anders aus, von vertrauensbildendem Verhalten und Transparenz ganz zu schweigen.

Es gab im Februar aber auch Neuigkeiten: Ein Sponsor, nämlich das Land NRW, war gefunden worden - mit 145 000 Euro Unterstützung. Die Kosten waren damit noch nicht gedeckt, auch bei vollem Ausschöpfen der Betriebsmittelrücklage. Neu war in der Antwort auch der Hinweis auf die zusätzlichen Konzerte des Gürzenich-Orchesters in Macau.

In der Mitteilung vom März 2010 hieß es dann, dass Schanghai immer noch nicht unterschriftsreif sei. Einen Monat lang hatte sich also wenig geändert. Für die Anschlussveranstaltungen liefen noch die Verhandlungen; es war weiterhin nur von Planungen die Rede. Geändert hatte sich lediglich, dass das Auswärtige Amt nun 100 000 Euro dafür zugesagt hatte, dass die Oper Deutschland in Peking vertritt - eine magere Summe.

Wie wir sehen: Was das Sponsoring der Reise angeht, gab es nahezu keine Erfolge, obwohl dies vor einem Jahr als höchst wahrscheinlich galt. Das ist schade, wird die eigentlich begrüßenswerte Reise auf diese Weise vorab diskreditiert und überschattet.

Auch wir als Politikerinnen und Politiker bleiben mit einem faden Gefühl zurück. Wir möchten Projekte dieser Art mit gutem Gewissen verantworten können. Dass nun die Betriebsmittelrücklage undifferenziert für die gesamte Reise herangezogen wird, obwohl dies für die Anschlussveranstaltungen an die EXPO in der Ratsvorlage nicht vorgesehen war, macht uns das schwer. Das ist ein tiefer Griff in die Betriebsmittelrücklage in Zeiten leerer Kassen.



Somit unterstützen wir den Antrag der Linken, hatten aber eigentlich gehofft, dass ein solcher Antrag nicht nötig wäre. Denn eigentlich wird Selbstverständliches eingefordert, nämlich die sachgerechte Umsetzung eines bestehenden Ratsbeschlusses.

In unserem Änderungsantrag möchten wir jedoch einen Punkt des Ursprungsantrages ändern. Wir möchten die Verwaltung insgesamt beauftragen, die offenen Fragen zu klären und die Ergebnisse dem RPA, dem Finanzausschuss und dem Betriebsausschuss vorzustellen. Somit möchten wir die Chance nutzen, dass noch einmal alle Fakten offen dargelegt werden. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.